



Mit Klarheit zur Einheit

Ein Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland

Herausgeber und Verlag:

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung,
Fraktion Ausrichtung Kommunismus, Eigendruck im Selbstverlag

Anschrift:

KAZ-Redaktion
Reichstraße 8
90408 Nürnberg

Vi.S.d.P.:

E. Wehling-Pangerl, Reichstr. 8, 90408 Nürnberg

Mit Klarheit zur Einheit

Ein Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Mit Klarheit zur Einheit – Ein Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland	3
I. Organisatorisches Ziel	4
II. Klärungsprozess	4
III. Inhaltliche Festlegungen (Zusammenfassung)	5
IV. Entwicklung der Widersprüche in der BRD	12
◦ Unsere Traditionslinie: Die KPD	13
◦ 1956–68 Die KPD: Verboten, aber nicht totzukriegen	32
◦ 1968–69 DKP-Gründung statt Kampf zur Aufhebung des KPD-Verbots	37
◦ 1969–81 Zirkelwesen	40
◦ 1981 Die 10. Oktober-Bewegung und die Gründung der Grünen. Der Verfall von Zirkeln (KBW, KB, KPD-AO, KPD-ML)	46
◦ 1990 - Einverleibung der DDR und die PDS/Partei Die Linke (PDL)	51
◦ 2013 - Die Gründung der AfD und ihr Stellenwert im deutschen Imperialismus	67

Vorwort

Das vorliegende Dokument ist eine Überarbeitung, Aktualisierung und Erweiterung der im Jahr 2013 vorgelegten Broschüre. Ausgehend von unserem analytischen Ausgangspunkt, dass die Veränderung des Parteienspektrums „konzentrierter Ausdruck der Klassenbewegung“ ist, war seitdem die Gründung und Entwicklung der AfD der bedeutsamste Schritt. Mit der AfD wurde dem deutschen Monopolkapital die Plattform geschaffen, auf der sich die faschistischen Kräfte sammeln und an der konservative Kräfte meinen „andocken“ zu können, ohne ihr Gesicht zu verlieren.

Ebenfalls neu erarbeitet haben wir den Teil zur Entstehung und Entwicklung der PDS zur Partei „Die Linke“ und ihre besondere Rolle als Produkt der Konterrevolution von 1989/90 sowie als Sammlungspunkt des Widerstands gegen die Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus.

Die intensiven Diskussionen in den eigenen Reihen und mit zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen (vor allem aus DKP, Rotfuchs, KPD, „Koordinierungskreis für die Zusammenarbeit von Kommunisten“ u.a.) haben uns überzeugt, dass wir mit unseren „Inhaltlichen Festlegungen“ (s. Abschnitt III.) auch weiterhin richtig liegen. Die darin enthaltenen neun Punkte erscheinen uns als zentrale Themen in der Auseinandersetzung um Klarheit als zentral. Ihre Klärung ist Voraussetzung für die Einheit in einer Kommunistischen Partei, die diesen Namen verdient.

Wir haben auch gesehen, dass die Kräfte, die wirklich einen Beitrag zur Schaffung der Kommunistischen Partei in Deutschland leisten, sich – wenn auch zögerlich und in vielfältigen internen Auseinandersetzungen behindert – in diese Richtung bewegen. Besonders haben wir die Entwicklung in der DKP unter dem Vorsitz des Genossen Patrik Köbele begrüßt.

Dass die BRD heute ein imperialistisches Land ist und keine Bananenrepublik, dass der Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volks der deutsche Imperialismus ist, setzt sich durch. Dass die EU ein reaktionäres imperialistisches Konstrukt ist und kein Ausgangspunkt für „Vereinigte Staaten von Europa“ wird immer mehr bestätigt. Die Diskussion zum dialektischen Verhältnis der Kommunisten zur Sozialdemokratie und zum Sozialdemokratismus, der bekanntlich weit über die SPD hinausgeht – nicht zuletzt in unsere Gewerkschaften hinein –, sowie zu den potenziellen Bündniskräften hat begonnen. Am Anfang stehen auch noch die Klärungen zur Entwicklung der Arbeiterklasse unter den Aspekten der „Digitalisierung“, der „Ökologisierung“ und der sich ausweitenden Krise, auf deren Grundlage vermutlich der Generalangriff auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen kommen wird. Ins Stocken geraten ist wieder der Klärungsprozess um das Herankommen an die Revolution und um die Staatsfrage. Deutlich positive Entwicklung sehen wir in der Stellung zur DDR als der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, sowie im Verhältnis zum sozialistischen China und damit verbunden zu Russland als internationaler Friedenskraft.

Letztlich entscheidend, ob auf dieser Grundlage die Kommunistische Partei geschaffen werden kann, ob man sich auch organisatorisch zusammenschließen kann, wird der

Kampf sein gegen Regierung und Kapital, gegen die wachsende Ausbeutung und die Abwälzung der Krisenlasten auf Klasse und Volk, gegen die Gefahr von Faschismus und Krieg – für Sozialismus. Von zentraler Bedeutung wird es sein, ob wir eine gemeinsame Linie finden, um in die allenthalben sich entwickelnden Bewegungen hineinzuwirken.

Mit Klarheit zur Einheit!

Ein Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland

Für viele jüngere Revolutionäre sind Begriffe wie Organisation, Partei usw. mit Vereinsmeierei, Gequatsche, Intrigen, Starrheit, Gängelung negativ belegt. Es ist aber auch einsichtig, dass man zwar als Einzelner kämpfen kann, gewinnen kann man aber dann auch nur gegen Einzelne, nicht aber gegen das System, seine Strukturen, seine Institutionen. Es ist dann auch einsichtig: Wer nicht nur gegen Kapitalismus kämpfen, wer nicht nur Revolution machen, sondern dabei **siegen** will, der braucht Organisation, der braucht die kommunistische Partei. Sie verdient selbstverständlich diesen Namen nicht, wenn sie nicht über das Rüstzeug verfügt, das im Kommunistischen Manifest charakterisiert wurde: *„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.*

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ (K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 475)

Genau um diese *Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung* wird die Auseinandersetzung zu führen sein, damit die Kommunisten wieder in der Praxis der entschiedenste und immer weiter treibende Teil werden können.

Zur Unterstützung der gegenwärtigen Bestrebungen zur Vereinigung der Kommunisten in Deutschland legt die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung/Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“ das beigefügte Dokument vor. Es soll einen Beitrag leisten zur Klärung des **organisatorischen Ziels** einer Vereinigung und zur Klärung der **inhaltlichen Festlegungen**, die unseres Erachtens diskutiert werden müssen, um revolutionäre Einheit herstellen zu können.

Als Basismaterial stellen wir auch den (noch weiter zu bearbeitenden) Abriss der Entwicklung der Widersprüche in der BRD zur Verfügung (Teil IV). Dort wird die Entwicklung der Parteien in Westdeutschland als konzentrierter Ausdruck des Klassenkampfes (mit Schwerpunkt auf Westdeutschland) dargestellt.

I. Organisatorisches Ziel

Unser Ziel ist die KPD. Um sich über Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland verständigen zu können, sollte geklärt sein:

- es geht um eine kommunistische **Partei** als der höchsten Organisationsform der Arbeiterklasse, im Gegensatz zu einer diffusen Bewegung;
- es geht um eine **kommunistische** Partei, die sich auf revolutionärer Grundlage, ausgehend vom Marxismus-Leninismus ein klares Programm erarbeitet;
- ferner ein Statut auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus.
- Eine weitere Voraussetzung ist das Eingeständnis, dass es diese Partei noch nicht gibt, sondern sie erst wieder aufgebaut werden muss.

Mit der Formulierung „in Deutschland“ soll zum Ausdruck gebracht werden, dass in diesem Land durch die Teilung in eine DDR, die den sozialistischen Weg gegangen ist, und eine BRD, in der der deutsche Imperialismus wiedererstande ist, von den Revolutionären unterschiedliche Wege gegangen und unterschiedliche Erfahrungen gemacht wurden. Deswegen soll auch der Name KPD zunächst nicht verwendet werden, um keine Einheit vorzutäuschen, die auch nach mehr als zwanzig Jahren imperialistischer Wiedervereinigung nicht vorhanden ist. Durch die Formulierung „in Deutschland“ soll aber auch der Wille zum Ausdruck gebracht werden, ganz Deutschland vom Imperialismus zu befreien und dabei die Gegensätze zwischen den Klassengenossen in Ost und West zugunsten des gemeinsamen Klassenkampfes in diesem Land zu überwinden. In einem Vereinigungsprozess sind die besonderen Bedingungen der Bevölkerung in der einverlebten DDR sowie der Migranten zu berücksichtigen.

II. Klärungsprozess

Die Vereinigung der revolutionären Kräfte in Deutschland setzt einen inhaltlichen Klärungsprozess voraus. Entscheidende Fragen sind aus unserer Sicht:

- Epoche und Hauptfeind
- Bestimmung des Etappenziels (Diktatur des Proletariats)
- die Arbeiterklasse und ihre Abteilungen
- die Bündniskräfte im Klassenkampf
- das Verhältnis zur Sozialdemokratie
- das Verhältnis zu den Gewerkschaften
- Formen des Herankommens an die Revolution.

Sind diese Fragen geklärt, können die wichtigsten ideologischen Auseinandersetzungsfelder festgelegt werden:

- zur Monopolbourgeoisie (z.B. der Imperialismus als sterbender Kapitalismus und Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats)
- zum Kleinbürgertum (z.B. Öko-Kapitalismus/-Sozialismus)
- zur Arbeiteraristokratie (z.B. Arzt am Krankenbett des Kapitalismus)
- zu linken und rechten opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, insbesondere zum Revisionismus

Zur Klärung dieser Fragen soll die Bewegung der zentralen Widersprüche in der Entwicklung der BRD nach 1945 untersucht werden, eingebunden in den internationalen Kontext und unter besonderer Berücksichtigung der Einschnitte und Wendepunkte.

Diese Einschnitte und Wendepunkte lassen sich klar an den Entwicklungsstadien des deutschen Imperialismus und an dementsprechenden Brüchen in den Klassenkonstellationen und in der Parteienlandschaft festmachen. Insofern wird die Veränderung des Parteienspektrums (in Westdeutschland) als konzentrierter Ausdruck der Klassenbewegung verstanden. (s. dazu unsere bisherigen Ergebnisse unter IV.)

Diese Arbeit muss natürlich auch für die DDR geleistet werden, bei der vermutlich Einschnitte nach der Gründung der DDR wie die versuchte Konterrevolution 1953, wie die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls 1961, die Ereignisse in der CSSR 1968, der VIII. Parteitag der SED 1971 (dem die Absetzung Ulbrichts vorausgeht) usw. zu berücksichtigen sind.

III. Inhaltliche Festlegungen

Die Positionsbestimmung soll die **wesentlichen** – also nicht die nebensächlichen, untergeordneten – Punkte festlegen, die für die Einigung von revolutionären Kräften heute notwendig sind. Da es sich um den Vorschlag einer Gruppe handelt, muss diese zunächst darlegen, worauf es ihr ankommt. Wir wollen damit auch dem Leninschen Grundsatz Rechnung tragen: Wenn man sich zusammenschließen will, muss man sich voneinander abgrenzen bzw. Klarheit vor Einheit.¹

Aus unseren Untersuchungen (s. Teil IV.) ergibt sich:

1. Die größten Schwächen/Fehler der Kräfte mit kommunistischem Anspruch zeigten sich bei der **Analyse und Bestimmung der Epoche, der damit eng verbundenen Festlegung des Etappenziels und der daraus folgenden Bestimmung des Hauptfeinds und der revolutionären (Bündnis-)Kräfte**. Dies kam zum Vorschein in der Bezeichnung der BRD als „Bananenrepublik“, also als nicht-imperialistisches Land. Daraus wurde die Festlegung getroffen, dass der Hauptfeind der US-Imperialismus sei oder auch der sowjetische Sozialimperialismus. Vorschub wurde dem teilweise durch die Kennzeichnung des US-Imperialismus als dem „Feind der Völker der ganzen Welt“ geleistet. Sie findet sich z.B. in den Dokumenten der internationalen Tagung in Moskau von 1960.

In der Geschichte nach 1945 wechselte in Westdeutschland das Etappenziel nur einmal: Bis zur Wiederentstehung des deutschen Imperialismus Anfang der 50er Jahre hieß das Etappenziel: Befreiung von der Besatzung durch die imperialistischen Mächte und der Etablierung eines neu- bzw. volksdemokratischen Staates mehrerer revolutionärer Klassen unter der Führung der Arbeiterklasse.

¹ G. Dieckmann vom Rotfuchs nannte es auf der Veranstaltung in Rostock (Sept. 2011): Die wichtigsten Themen, in denen Einigung erzielt werden soll, und deren Gewichtung. K. Steiniger prägte die Formel: „Von der Einigung zur Vereinigung.“

In der DDR war als Etappenziel bis 1949 die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Bündnis mit der Sowjetunion festgelegt. Danach wurde als Etappenziel der Aufbau des Sozialismus in der DDR festgelegt. Zu prüfen ist die These, dass der Übergang zum Aufbau des Sozialismus in der DDR zu früh erfolgt sei. Dabei sind aber auch die Voraussetzungen zu nennen für abweichende Optionen.

In der BRD war das Etappenziel seit Anfang der 50er Jahre Sturz des (wiedererstandenen) deutschen Imperialismus. Die „Stalin-Note“ von 1952 war der letzte Versuch, eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Gesamtdeutschland zu ermöglichen. Seitdem war in der BRD der deutsche Imperialismus der Hauptfeind und sein Sturz durch die Errichtung der proletarischen Diktatur, des Sozialismus, das Etappenziel. Auf dem Weg dorthin bestand immer die Gefahr der Ablösung der bürgerlich-demokratischen Republik durch den Faschismus. Die Errichtung einer „klerikal-faschistischen Ordnung“, wie es u.a. 1957 von der KPD unterstellt wurde, erfolgte nicht.

In diesem Zusammenhang ist – nicht nur gegen die Trotzlisten – auch die Position zu verteidigen, dass die imperialistische Kette am schwächsten Glied reißen kann und der Sozialismus in **einem** Land möglich bzw. notwendig ist.

Die Schwächen der Analyse zeigen sich aktuell auch im Abgehen von der Erkenntnis, dass wir uns in einer Epoche der Kriege und Revolutionen befinden, im Imperialismus dem letzten und höchsten Stadium des Kapitalismus, als faulender, parasitärer und sterbender Kapitalismus und als Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats (s. dagegen z.B. die Vorstellung vom „transnationalen Kapitalismus“). Ebenfalls als analytische Schwäche sind Aussagen zum „kollektiven Imperialismus“ zu kennzeichnen, die die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten zum Teil negieren und daraus eine partielle Friedensfähigkeit des Imperialismus ableiten und die Kriegsgefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgeht, leugnen. Damit eng verbunden ist die Unterschätzung bzw. Leugnung der faschistischen Gefahr². Dabei ist auch der Schwäche in der Analyse zu begegnen (s.a. Erklärung der Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“ in KAZ 312), die den deutschen Imperialismus als übermächtig mystifiziert und so zum Defätismus, zur Schicksalsergebenheit bzw. zum zynischen Kommentieren der eigenen Schwäche beiträgt.

2. Als Irrweg im Kampf um grundlegende Veränderungen in Deutschland ist vor allem die Beschönigung der EU als Plattform für sozialistische „Vereinigten Staaten von Europa“ zu nennen. Die EU mit ihrer Agentur in Brüssel ist ein Zusammenschluss der imperialistischen Unterdrückernationen in Europa zur Unterdrückung von sozialistischen Bestrebungen, zur Unterdrückung anderer Nationen und zum Rivalisieren vor allem mit dem US-Imperialismus bei der Neuaufteilung der Welt. Die EU dient dazu, den dritten Anlauf Deutschlands zur Weltmacht zu verdecken. Es kann nicht das Bestreben der Kommunisten sein, dieses Gebilde zu demokratisieren und sozial auszugestalten. Die Brüsseler Agentur gilt es im Zuge der Revolutionierung in den einzelnen Ländern zu schwächen und zu zerschlagen, da-

² Drohte bis 1989/90 die faschistische Gefahr vor allem im Zusammenhang mit einem möglichen Überfall auf das sozialistische Lager verbunden mit deutschem Ostlandritt, so geht sie heute von einem Krieg aus, der von einer deutsch-dominierten Allianz um die Neuaufteilung der Welt geführt wird.

mit sie nicht als ökonomisches, politisches und militärisches Druckmittel gegen den Kampf des Proletariats und der Völker in Europa eingesetzt werden kann.

3. Wie in der historischen Entwicklung zu sehen, stellt sich als die schwierigste Frage heraus: Das **Verhältnis zu Arbeiteraristokratie-Sozialdemokratie-Sozialdemokratismus** zu bestimmen. Hier ist in jeder Aktion, bei jeder Publikation zu entscheiden, wo die Hauptseite in der richtigen Behandlung des Widerspruchs zur Sozialdemokratie liegt: Kampf **und/oder** Einheit, Teil der Arbeiterklasse **und/oder** soziale Hauptstütze der Monopolbourgeoisie; Wegbereiter des Faschismus **und/oder** selbst vom Faschismus bedroht, die Politik für den Imperialismus durchführen **und/oder** dadurch Rückhalt in der Arbeiterklasse verlieren. Kurz: die unvermeidliche Auseinandersetzung unter Revolutionären: Feind **und/oder** Bündnispartner etc.

Deutlich ist zu machen, dass das Verhältnis zur Sozialdemokratie wesentlich abhängt von der Bestimmung der Entwicklungsrichtung des Klassenkampfes. Bei einer Entwicklung in Richtung Faschismus sind auch die sozialdemokratischen Führer potenzielle Bündnispartner (da sie selbst von den Maßnahmen der Faschisten bedroht werden). Bei einer verstärkten revolutionären Entwicklung sind die sozialdemokratischen Führer als ein Haupthindernis für die Revolutionierung der Massen zu bekämpfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in unruhigen Zeiten ein Umschlag von der einen in die andere Richtung der Entwicklung rasch erfolgen kann.

Es ist stets zu beachten, dass wir es bei der Führung der deutschen Sozialdemokratie mit einer stabilen und erfahrenen konterrevolutionären Gruppierung zu tun haben, die fest mit dem besonders aggressiven (weil an der Veränderung des Status quo besonders interessierten) deutschen Imperialismus verbunden ist, seit sie als Komplize der deutschen Bourgeoisie das Proletariat 1914 in den Krieg getrieben hat und als erste Sozialdemokratie erfolgreich die proletarische Revolution 1918 niederschlug. Diese Erfahrung bringt sie international ein: Portugal 1974, Nicaragua usw. Sie ist ferner nicht nur eine ideologische Kraft mit über 400.000 Mitgliedern; sie hält wichtige Positionen in staatlichen Organen, in Gewerkschaften, Sozialversicherungen, Wohlfahrtsverbänden etc.

4. Die Sozialdemokratie verdankt ihre Machtstellung in der Gesellschaft ihrem Einfluss in der Arbeiterklasse, den sie vor allem über die **Gewerkschaften** ausübt. Sie setzt dabei an der Tatsache an, dass ohne wissenschaftlichen Sozialismus die Arbeiterklasse nur zu einem Bewusstsein gelangt, das die Grenze des Kapitalismus nicht überschreitet und sich auf den Kampf um „gerechten Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“ (Marx) beschränkt. Gemeinsam mit dem deutschen Kapital soll sich die Lage der Arbeiter verbessern. Statt internationale Solidarität steht in den reellen Auseinandersetzungen der Sieg in der internationalen Konkurrenz im Vordergrund bis hin zum Streikbruch. In ihrer Sozialpartnersicht sind die deutschen Gewerkschaftsführer durch die Niederlage des Sozialismus in Europa noch bestärkt worden. Sie waren Komplizen bei der Einverleibung der DDR und des FDGB. Dafür hat die Arbeiterklasse erst einen Teil bezahlt: Sinkende Reallöhne, sinkende Lohnquote, Hartz I-IV, Leiharbeitssektor usw. Gar nicht zu reden von der Rechtfertigung deutscher Kriegsbeteiligung und dem faktischen Kriegseinsatz unter der sozial-grünen Schröder-Regierung. Zu den Aufgaben in den **Gewerkschaften** haben Organisationen

mit kommunistischem Anspruch unterschiedliche Einschätzungen: Die DGB-Gewerkschaften sind Kampforganisationen (DKP), die Gewerkschaften dienen dem deutschen Imperialismus und sind zu bekämpfen und durch revolutionäre Organisationen zu ersetzen (z.B. früher Roter Morgen und heute noch Bolschewik Partizan/Trotz Alledem) oder die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen (z.B. KAZ). Auch unsere manchmal verwendete Losung: „Hinein in die Gewerkschaften! – Kein Frieden mit dem Kapital!“ weist in diese Richtung. Es ist die Richtung der Revolutionierung der bestehenden DGB-Gewerkschaften (gegen „RGO-Politik“³), ihre Nutzung als Schule des Klassenkampfes in scharfer Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen und linksopportunistischen Positionen.

Das ist jedoch nur strategische Orientierung und zeigt die Größe der Aufgabe, an der sich letztlich alle zentralen Fragen entscheiden. In der Praxis sind wir damit fast bei Null.

Zu klären ist, welche neuen Möglichkeiten sich u.U. ergeben durch die Auseinandersetzung zwischen den alten (eher SPD-orientierten) und den neuen Sozialdemokraten in der Gewerkschaftshierarchie (eher PDL-orientierten). Dabei ist das Verhältnis zu attac und den trotzkistischen Strömungen bei den verschiedenen Netzwerken linker Gewerkschafter zu bestimmen.

5. Im Verhältnis zu den potenziellen Bündniskräften (neben der oben bereits genannten Arbeiteraristokratie) sind bei Organisationen mit kommunistischem Anspruch in der Entwicklung folgende Schwächen aufgetreten: Der rechtsopportunistische Fehler zeigte sich in der Orientierung auf das Kleinbürgertum in der sog. Friedensbewegung der 1980er Jahre. Durch die Festlegung des Hauptstoßes gegen den US-Imperialismus wurde der deutsche Imperialismus aus der Schusslinie gehalten. Dadurch konnten zwar kurzfristig auch rückständige Teile des Kleinbürgertums mobilisiert werden, aber auch Tendenzen zur Aussöhnung mit den angeblich „friedliebenden“ Teilen des deutschen Monopolkapitals wurde Vorschub geleistet.

Die linksopportunistischen Fehler rühren aus der (schon auf Lassalle zurückgehenden) Verachtung der Zwischenschichten als „reaktionäre Masse“ her. Diese Haltung trifft sich gut mit der auch in der Gewerkschaftsführung verbreiteten Stimmung z.B. gegen „die“ Bauernschaft als „Subventionszocker“.

Ähnlichen Schwankungen war die Haltung zur Intelligenz unterworfen; sie reichte von der Glorifizierung der Studenten als revolutionäres Subjekt bis zur Verdammung als Stiefellecker der Faschisten.

Die opportunistischen Abweichungen in der Bündnispolitik müssen selbstverständlich für die DDR gesondert analysiert werden.

³ Darunter verstehen wir die sektiererische Politik, die an die Stelle des Kampfs in den DGB-Gewerkschaften (früher ADGB) die Gründung „roter Gewerkschaften“ zum Prinzip erhebt. Damit ist ausdrücklich nicht die notwendige Bildung von Opposition innerhalb der Gewerkschaften gegen bestimmte Gewerkschaftsführungen gemeint.

Auch in der Frage der Bündnispolitik gilt das oben bereits Gesagte. Sie ist abhängig davon, ob die Entwicklung in Richtung Faschismus geht (oder Konterrevolution wie in der DDR?) oder in Richtung Revolution. Bei Letzterem wird sich das Proletariat nur auf die unteren Schichten der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums stützen können. Bei der Entwicklung in Richtung Faschismus erweitern sich die Bündniskräfte – jedenfalls von der objektiven Interessenlage her. Dabei ist nicht zu übersehen, dass der Faschismus gerade das Kleinbürgertum als soziale Hauptstütze der Monopolbourgeoisie gewinnen will. Dazu wird der Faschismus gegenüber dem Kleinbürgertum, neben einer Fülle von Versprechungen auch tatsächliche Maßnahmen durchführen, um die Existenznot von einzelnen Teilen vorübergehend zu lindern.

6. Bei der **Entwicklung der Arbeiterklasse** ist festzuhalten, dass alle wichtigen Errungenschaften nur durch und mit der Arbeiterklasse durchgesetzt werden konnten. Sie wurden und werden von der Bourgeoisie zurückerobert, wenn und soweit die Arbeiterbewegung demobilisiert, desorientiert bzw. ideologisch entwaffnet wird. Festzuhalten ist, dass über 39 Millionen Lohnabhängigen rd. 90% der Erwerbstätigen ausmachen. Durch die Deindustrialisierung der DDR nach der Einverleibung und partiell auch in Westdeutschland haben sich jedoch die Reihen des am besten organisierten und kampfkraftigsten Teil der Arbeiterklasse, die Reihen des Industrieproletariats, drastisch gelichtet (als Anhaltspunkt: rd. 9,5 Mio Beschäftigte im sog. Produzierenden Gewerbe). Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt ist. Zudem können auch neue Abteilungen der Arbeiterklasse, die aufgrund der im internationalen Maßstab gewachsenen Vergesellschaftung der Produktion an neuralgischen Punkten der kapitalistischen Produktion sitzen (IT, Transport und Logistik u.a.) in die Klassenkämpfe einbezogen, dort organisiert und entscheidend wirksam werden.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Erziehungsarbeit im Sinne des proletarischen Internationalismus, um eine Ausnutzung als Streikbrecher oder als Schlachtvieh für die deutschen Monopole zu verhindern und wieder den hochherzigen und opferbereiten Geist, der die KPD- und SED-Genossen ausgezeichnet hat, zu verankern.

Besondere Aufgaben stellen sich gegenüber den ausländischen Kollegen im Sinne einer klassenorientierten Integration (siehe KAZ 333).

Die besonderen Aufgabenstellungen einer proletarischen Frauen- und Jugendpolitik (Absage an klassenspezifischen Feminismus einerseits und die besondere Bedeutung des antimilitaristischen Kampfs) sind unter Berücksichtigung der Erfahrungen der KPD und SED sowie einiger positiver Erkenntnisse aus den Zirkeln zu analysieren und festzulegen.

7. Formen des **Herankommens an die Revolution:** Zunächst sind die objektiven Faktoren bei allem zu berücksichtigen, wie sie Lenin für eine revolutionäre Situation benennt. Um an die Revolution heranzukommen, gibt es unterschiedliche Formen (Räte, Einheitsfront, Volksfront). Eine eigene Etappe zur Teilung der Macht mit der Bourgeoisie (wie es einmal das Konstrukt der DKP von der „antimonopolistischen Demokratie“ vorsah), muss in Deutschland ausgeschlossen werden.

Analytisch besonders problematisch war stets die Frage nach der Entwicklung einer revolutionären Situation. Hierzu hat Lenin die allgemeinen Kriterien gegeben⁴, aber in ihrer Anwendung haben wir keine oder schlechte Erfahrung. Um in einer revolutionären Situation den Sieg davon zu tragen, muss die Mehrheit der Arbeiterklasse und insbesondere des Industrieproletariats gewonnen werden. Vermutlich werden Räte als Organe der Gegenmacht und des Aufstands geschaffen, die sich durchsetzen müssen. Als Voraussetzung für die revolutionäre Orientierung der Räte und der Massen braucht es die kommunistische Partei, die in der Arbeiterklasse verankert ist und sich die Achtung und das Vertrauen durch Klarsicht, Organisiertheit und entschiedenes Handeln erworben hat.

Für das Herankommen an die Revolution ist die Einheitsfronttaktik von prinzipieller Bedeutung, denn in der gemeinsamen Aktion können die Massen überprüfen, wer den richtigen und gangbaren Weg geht.

Die Einheitsfront selbst kann die verschiedensten Formen annehmen: von einem losen Bündnis für eine einzelne Aktion in einem Betrieb über die gemeinsame Organisation einer zentralen Demonstration, bis hin zu einer provisorischen Einheitsfrontregierung. Von der Einheitsfront, die die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse überwinden soll, ist die Volksfront zu unterscheiden, die insbesondere zur Abwehr des faschistischen Angriffs die demokratischen Teile des Kleinbürgertums unter der Führung der Arbeiterklasse in den Kampf einbezieht.

Keine Einheit um der Einheit willen, kein Kampf um des Kampfes willen. Kompromisse werden daran bemessen, ob sie darauf gerichtet sind, dem Feind die Beute abzunehmen oder sie mit ihm zu teilen (Lenin).

8. In der **Staatsfrage** halten wir an den Erkenntnissen aus Lenins „Staat und Revolution“ fest. D.h. insbesondere, dass der Staat Repressionsorgan der herrschenden Klasse ist und dass das Proletariat im Verlauf der Revolution den Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlagen muss, um seine Diktatur zu errichten, die zur Unterdrückung der Bourgeoisie zu dienen hat und zur Befreiung der Arbeiterklasse noch den proletarischen Staat braucht. Es ist festzuhalten, dass auch die sozialistische Demokratie noch immer ein Staat ist. Und dass es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch dieser Staat absterben, einschlafen kann, so dass von den einstmaligen staatlichen Aufgaben nur bleibt: „Leitung von Produktionsprozessen und Verwaltung von Sachen“ (Engels). Dass dieser Prozess viel länger braucht, als die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus erwartet haben, ist eine Sache; dass er in Angriff genommen werden muss, die andere. Er muss in Angriff genommen werden mit dem Ziel des Kommunismus, d.h. der klassenlosen Gesellschaft.

⁴ „Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen und insbesondere durch alle drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt worden ist, besteht in folgendem: Zur Revolution genügt es nicht, dass sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in alter Weise weiterzuleben, bewusst werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die Unterschichten das Alte nicht mehr wollen und die Oberschichten in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ (Lenin, Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 71)

9. Ob ein **Land** für **sozialistisch** gehalten wird oder nicht, ist kein Kriterium für eine Mitgliedschaft in der KP. Maßgeblich ist anzuerkennen, dass über den Klassencharakter eines sozialistischen Landes die Verteidigung der Diktatur des Proletariats in diesen Ländern entscheidet. Von zentraler Bedeutung ist die Erkenntnis, dass der Sozialismus eine lange historische Epoche ist, in der es noch Klassen und Klassenkampf gibt und die Frage „Wer-wen?“ noch nicht entschieden ist. Für die Vergangenheit ist festzuhalten, dass die DDR die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war und durch die Entmachtung von Adel und Monopolkapital ein Bollwerk des internationalen Proletariats und aller Kräfte des Friedens und sozialen Fortschritts gegen den Imperialismus darstellte.

IV. Entwicklung der Widersprüche in der BRD

Ausgangspunkt ist der Artikel „50 Jahre KPD-Verbot“ in KAZ 315 (nur redaktionell verändert), der Aussagen zur Entwicklung der Partei bis zum Verbot 1956 macht. Danach wird folgendermaßen gegliedert:

- 1956–68 Die KPD: Verboten, aber nicht totzukriegen
- 1968–69 DKP-Gründung statt Kampf zur Aufhebung des KPD-Verbots
- 1969–81 Zirkelwesen
- 1981 Die 10. Oktober-Bewegung und die Gründung der Grünen.
Der Verfall von Zirkeln (KBW, KB, KPD-AO, KPD-ML)
- 1990- Einverleibung der DDR und die PDS/Partei Die Linke (PDL)
- 2013- Die Gründung der AfD und ihr Stellenwert im deutschen Imperialismus

In den einzelnen Abschnitten wird dabei nach folgender Gliederung vorgegangen:

- Charakteristika der Lage am Beginn und im Verlauf des Zeitraums
- Entwicklung der zentralen Widersprüche
 - Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager
 - Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, insbesondere BRD
 - Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus
 - Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen⁵
 - Widersprüche im sozialistischen Lager
 - Widersprüche in den sozialistischen Ländern

⁵ Diese ersten vier Widersprüche lagen noch den Beratungen der kommunistischen und Arbeiter-Parteien und deren Ergebnissen, Deklaration von 1957 und Erklärung von 1960, zugrunde. Sie können nachgelesen werden in „Polemik über die Generallinie“, S. 7 f. Zu den beiden letzten Widersprüchen s. KAZ 335

Unsere Traditionslinie: Die KPD

Es geht im Folgenden nicht darum das Hohe Lied der Partei zu singen. Das würde ein eigenes Epos verdienen. Die KPD – zu spät gegründet, zu früh ihrer besten Führer (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches) beraubt –, wurde sie in der Weimarer Republik trotzdem zum zentralen Sammelpunkt der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und zum Anziehungspunkt für die fortschrittlichsten Elemente des Kleinbürgertums (Brecht, Seghers, Tucholsky, Ossietzky, Heinrich und Klaus Mann und viele andere).

Sie hatte in ihren besten Zeiten über 300000 Mitglieder, hatte über 6 Millionen Wähler, war mit 100 Abgeordneten im Reichstag vertreten. Sie war nach der KPdSU die nächst-wichtige Stütze der Dritten, der Kommunistischen Internationale.

1. Dafür steht die KPD

Worauf man sich in der deutschen Geschichte nach Beginn des 1. imperialistischen Weltkriegs positiv beziehen kann, steht in enger Verbindung mit der KPD und ihrem Vorläufer, dem Spartakusbund: Der Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, wie er sich 1914 im Verrat der SPD-Führung an den Beschlüssen der Kongresse der 2. Internationale manifestiert hatte, dem Zerreißen des internationalen Bandes der Arbeiterbewegung, der Auslieferung der Proleten an die Schlachtbank, wie sie in der Zustimmung zu den Kriegskrediten zum Ausdruck kam.

In den revolutionären bewaffneten Kämpfen nach der Novemberrevolution um Berlin, München (1919), um das Ruhrgebiet (1920 nach dem Kapp-Putsch), um Sachsen und Thüringen (1920 und 1923), um Hamburg (1923) stand die KPD an der Spitze.

Konsequent und entschieden führte sie die Kämpfe gegen die Reaktion und die Aufrüstung Deutschlands an, zum Teil unter Einschluss der SPD wie bei den Volksabstimmungen zur Fürstenenteignung und zum Bau des Panzerkreuzers B. Früh erkannte sie die Bedeutung des Kampfs gegen die Nazibrut und ihre Hintermänner, zu spät allerdings die Notwendigkeit der Einheitsfront gegen Faschismus und neuerlichen Krieg. Doch welche Klarsicht bei der KPD im Vergleich zu SPD und den bürgerlichen Parteien!

Was dazu diente, den ausgebeuteten und unterdrückten Massen Selbst- und Klassenbewusstsein zu geben, trägt den Stempel der KPD:

Die Massenverbreitung der Perspektive des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft und des Sozialismus – der Weg dorthin und die Voraussetzung für eine Welt des Friedens und der Demokratie. Gegen die Hinnahme der kapitalistischen Gesellschaft wie man das Wetter hinnimmt, gegen Indifferenz und Hoffnungslosigkeit und daraus folgend täglicher, zäher Kampf um Arbeits- und Lebensbedingungen als Voraussetzung, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu überwinden.

Das Lernen von den Erfahrungen der Oktoberrevolution als das erste große Beispiel dafür, nicht nur kämpfen, sondern auch siegen zu können; als Beispiel, dass der bürgerliche Staat, die Schutzmacht des kapitalistischen Eigentums, zerschlagen und durch die Diktatur des Proletariats, als Schutzmacht der Ausgebeuteten und Unterdrückten, ersetzt werden kann. Das Lernen von Lenin, der die Organisation und die Partei als ihre höchste Form, als Waffe im Klassenkampf zu schmieden und zu handhaben verstand.

Die internationale Klassensolidarität gegen nationale Überheblichkeit, Fremdenhass und Rassismus.

Darum hat sich die KPD und ihre Führung verdient gemacht. Legt man die beiden Arbeiterparteien der Weimarer Republik auf die Waagschale, wohin wird das Pendel ausschlagen?

Die SPD-Führung zum Organisieren der Passivität, der Resignation und der Kapitulation der Arbeiterklasse zur besseren, ungestörteren Führung der Geschäfte für das deutsche Kapital und die deutsche Bourgeoisie!

Die KPD-Führung zum Organisieren der Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, ihres Aufbegehrens und Rebellierens und des Willens zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals und der Bourgeoisie in Deutschland als Beitrag zum internationalen Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker!

In diese Tradition sich zu stellen, ist einfach, an sie anknüpfen zu wollen selbstverständlich. Schwierig ist es dagegen, sich auch den Fehlern in dieser Tradition zu stellen.

Aus der Tradition des Idealismus, des deutschen insbesondere, und der Metaphysik kommt die Neigung, die Welt in Gut und Böse zu scheiden. Weil die Arbeiterbewegung, weil die KPD Schwächen hatte, Fehler gemacht hatte, nicht frei war von Intrigen und auch tödlichen Denunziationen, meint man, sich von ihnen distanzieren zu können.

Wir stellen uns in die Tradition der KPD **mit** ihren Schwächen und Fehlern, weil wir ein anderes Geschichtsverständnis haben, weil wir Geschichte als einen Prozess begreifen, der – mit langen und kräftigen Rückschlägen – sich auf höhere Stufen entwickelt. Fehler und Schwächen sind unvermeidlicher Teil dieses Prozesses. Sie dienen nicht dazu, sich von ihnen zu distanzieren, sondern aus ihnen zu lernen.

Und wir haben zu prüfen, ob eine Organisation, eine Partei, eine Bewegung (nicht zuletzt uns selbst) zum geschichtlichen Prozess der Weiter- und Höherentwicklung einen insgesamt positiven Beitrag geleistet hat oder nicht.

Wenn als Maßstab für eine Wertung von Parteien die entscheidenden Ereignisse in der Geschichte der Völker genommen werden – Revolution, Krieg, Faschismus, Völkermord – dann steht die KPD glänzend da. Wenn man danach die anderen deutschen Parteien messen will, wie traurig sähe dort das Bild aus.

1.1 1939: Die KPD zieht Bilanz

Auf der Berner Konferenz der KPD zog Wilhelm Pieck 1939 Bilanz über die Partei: „Zwanzig Jahre Kommunistische Partei Deutschlands, das sind zwanzig Jahre ununterbrochener Kampf der Partei für die Verbesserung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes – Kampf gegen das Trustkapital, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Knechtung der Massen – Kampf für eine wahre Demokratie, für die Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes – Kampf gegen das Versailler Diktat, für die nationale Freiheit – Kampf gegen Reaktion und Faschismus – Kampf für die Sicherung des Friedens, für die brüderliche Verständigung und Zusammenarbeit mit den anderen Völkern – Kampf für das Bündnis mit der Sowjetunion – Kampf für die internationale Solidarität – Kampf für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse als die dringendste Notwendigkeit und Voraussetzung für ihren Sieg – Kampf für den Marxismus-Leninismus, die schärfste Waffe gegen alle ihre Feinde – Kampf für den Sozialismus.“ (W. Pieck, 20 Jahre Kampf der KPD für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse, für Brot, Frieden, Demokratie und Sozialismus, in: Die Internationale, Nr.1/2 1939, zit. nach: Deutsche Kommunisten über die Partei, Berlin 1980, S. 276)

„In ihrem revolutionären Kampf verkörpert die Kommunistische Partei die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, deren Erbe sie übernommen hat und das sie im Geiste ihrer Begründer Ferdinand Lassalle, August Bebel und Wilhelm Liebknecht verwaltet, die im Klassenkampf des Proletariats und in der proletarischen Revolution den Hebel allen Fortschritts und den einzigen Weg zum Sozialismus sahen. Die KPD hat dieses Erbe verbessert durch die Berücksichtigung der Kritik, die Karl Marx und Friedrich Engels an den theoretischen und politischen Fehlern und Schwächen dieser Bewegung und ihrer Führer übten, sie hat dieses Erbe gewaltig vermehrt durch die Anwendung der revolutionären Lehren von Lenin und Stalin. Wie die alte Sozialdemokratie in ihrer Heroenzeit während des bismarckschen Ausnahmegesetzes den illegalen Kampf gegen dessen Urheber führte und ihn zum Sieg brachte, so wird auch die Kommunistische Partei durch ihren illegalen Kampf unter sehr viel schwierigeren Bedingungen die werktätigen Massen zum Sieg gegen einen viel mächtigeren Feind, das Trustkapital, führen, den Hitlerfaschismus stürzen und die demokratische Republik verwirklichen.“ (W. Pieck, a.a.O.)

„In der aufrichtigen Anwendung dieser Lehren (des 7. Weltkongresses der KI – Corell) begann 1935 ein neuer Kampfabschnitt der Kommunistischen Partei, wobei das Zusammengehen der Kommunisten und Sozialdemokraten schon in vielen Orten Wirklichkeit geworden ist. Durch dieses Zusammenarbeiten wird auch die Voraussetzung für die Vereinigung in einer einheitlichen Partei geschaffen, deren Notwendigkeit angesichts des Kampfes gegen den Faschismus immer dringlicher von den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern erkannt wird.“ (W. Pieck, a.a.O., S. 309)

„Gegenüber der reformistischen Lehre, die die Notwendigkeit des Klassenkampfes der Arbeiter und die proletarische Revolution verneint und mit der die Reformisten durch ihre Politik der Klassengemeinschaft mit der Bourgeoisie die werktätigen Massen Deutschlands dem Faschismus ausgeliefert haben, gegenüber der Lehre der Faschisten, die mit ihren Phrasen von der angeblichen Volksgemeinschaft das deutsche Volk auf

das tiefste knechten und ausplündern, die durch ihre Rassentheorie das deutsche Volk chauvinistisch zu verhetzen und in den Krieg hineinzutreiben versuchen, müssen wir Kommunisten uns die Lehre des Marxismus-Leninismus, die nicht nur die Lehre für die proletarische Revolution und die Verwirklichung des Sozialismus, sondern auch die Lehre für den täglichen Kampf der Massen ist, aneignen und sie in die Massen hineintragen.“ (W. Pieck, a.a.O., S. 309)

„Um die Erfüllung der revolutionären Aufgaben der Partei zu gewährleisten, ist die Einheitlichkeit des Willens der Partei unbedingt erforderlich, die nur durch eine eiserne Disziplin in der Partei, die unbedingte Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit herbeigeführt und gesichert werden kann. Natürlich beruht diese Disziplin auf der politischen Überzeugung von der Richtigkeit der Theorie und Praxis der Partei, sie ist also eine absolut freiwillige. Um diese Disziplin zu sichern, ist eine gründliche Ausrüstung aller Parteimitglieder mit der revolutionären Theorie und der Kenntnis der Gesetze der Revolution eine der wichtigsten Voraussetzungen. Dazu gehören ferner die ständige Selbstkritik an der Arbeit der Partei und der Kampf der Meinungen über die revolutionäre Praxis. Da aber die Partei kein Diskutierklub, sondern eine Kampfpartei ist, so muss der Kampf der Meinungen nach einer gewissen Klärung abgeschlossen und die Meinung der Mehrheit der Partei festgelegt werden, der sich die Minderheit unterzuordnen hat.“ (W. Pieck, a.a.O., S. 311)

Wir haben diese Aussagen Wilhelm Piecks genommen, der für den von den Nazis eingekerkerten Ernst Thälmann als Vorsitzender der KPD fungierte, weil sie - wenige Monate vor dem Überfall Nazideutschlands auf Polen – die wichtigsten Punkte verdeutlichen, derentwegen die KPD im Jahr 1956 verboten werden sollte.

Festhalten – auch während des wütendsten Faschismus – am Marxismus-Leninismus, an seiner Erkenntnis von der Notwendigkeit der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats, um den Sozialismus aufzubauen als Voraussetzung für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus; und Festhalten auch an der Partei und ihrem Organisationsprinzip, am demokratischen Zentralismus.⁶

Sie spiegeln trotz aller Schwierigkeiten den Ernst der damaligen Lage, aber auch die Siegeszuversicht wider, mit der die KPD zum Widerstand rief. Und während des gesamten Krieges – auch zwischen 1939 und 1941 unter den besonders schwierigen Bedingungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes – hielt die KPD am **organisierten** Widerstand fest, während die SPD spätestens nach der Selbstauflösung des Exil-ParteiVorstands in Lissabon (1940) als organisierende Kraft innerhalb Deutschlands nicht mehr in Erscheinung trat.

1.2 Opfer und Leistung der KPD im Widerstand

Wilhelm Pieck berichtete auf der „Brüsseler Konferenz“ der KPD im Oktober 1935 über das Ausmaß der Verluste. Danach waren von den 422 leitenden Parteifunktionären

⁶ Und darin stand Wilhelm Pieck auf dem Boden der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, s. Exkurs.

(das waren die Mitglieder und politischen Mitarbeiter des ZK, die führenden Funktionäre der Parteibezirke und der Massenorganisationen) 24 ermordet und 219 inhaftiert worden. Weitere 125 befanden sich im Exil, 41 waren aus der Partei ausgeschieden.

Insgesamt befanden sich von den rund 300 000 KPD-Mitgliedern des Jahres 1932 etwa 150 000 mehr oder weniger lange in Haft. Die Zahl der Ermordeten und Hingerichteten stieg bis Kriegsende auf über 20 000. Nicht eingerechnet sind dabei unsere Toten, die auf der Seite der spanischen Republik kämpften und fielen, oder als Kämpfer in der Roten Armee, in den anderen Armeen der Anti-Hitler-Koalition oder bei den Partisanenverbänden ihr Leben für das Niederringen der Nazi-Barbarei gaben.

Unvergessen auch die Kommunisten, die in den Auseinandersetzungen in der Sowjetunion zwischen 1936 und 1939 – deren grundsätzliche Notwendigkeit wir nicht bestreiten – zu Unrecht verurteilt und hingerichtet wurden.

Der deutsche Widerstand konnte das Hitlerregime nicht aus eigener Kraft stürzen. Die Kommunisten hatten jedoch gezeigt, dass Widerstand – selbst unter so grausamen Bedingungen wie in den KZ – möglich ist, dass es ein anderes Deutschland gab, das sich nicht mit Wegschauen und Wegducken zufrieden gab, von der Masse der Hurra-Brüller ganz zu schweigen. Und sie hatten gezeigt, dass sie uneigennützig über Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinaus, die Zusammenarbeit mit Allen, die guten Willens waren, suchten und tatkräftig organisierten. Dafür stehen die Widerstandsgruppen um unsere Genossen Uhrig, Neubauer, Bästlein, Saefkow, Jacob und viele andere mehr.

Auch im Exil hatten sich Formen der Zusammenarbeit nicht nur zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten als den Parteien der Arbeiterklasse herausgebildet, sondern auch mit Repräsentanten anderer Schichten und Klassen. Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) gehört dabei an erster Stelle genannt, und nicht zuletzt die Gründung der Freien Deutschen Jugend (1936 in Paris, 1938 in Prag und 1939 in London).

2. Deutschland nach 1945 und die Aufgaben der KPD

Die überlebenden Kommunisten aus Deutschland und aus dem Exil bildeten den Grundstock an Kadern, um das zerstörte Land wieder aufzubauen und einem Neuen Deutschland unter den schwierigsten Bedingungen Form zu geben. Das neue Deutschland war aufzubauen mit einer Bevölkerung, die nicht nur materiell Not litt und Millionen Angehörige auf den Schlachtfeldern des Kriegs verloren hatte, sondern nach 12 Jahren rassistischer, chauvinistischer und antikommunistischer Verhetzung durch einen Staat, der von den Junkern und Monopolherren in die Hand der Nazi-Banditen gegeben worden war, desillusioniert und orientierungslos war. Und sie war behaftet mit der Schande, damit nicht selbst fertig geworden zu sein, die Opfer gebracht zu haben für eine verbrecherische Sache, es zugelassen und dadurch gefördert zu haben, dass Chauvinismus, Antikommunismus, Rassismus und Antisemitismus ihre blutige Ernte einfahren konnten.

Das war noch 1945 Konsens der Alliierten der Antihitlerkoalition: „*Es ist unser unerschütterliches Ziel, den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten und dafür Garantien zu schaffen, dass Deutschland nie wieder imstande sein wird, den Weltfrieden zu brechen. Wir sind fest entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt zur Wiedergeburt des deutschen Militarismus beigetragen hat, ein für allemal zu zerschlagen, sämtliche deutschen militärischen Anlagen zu konfiszieren oder zu zerstören, die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion genutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Bestrafung zuzuführen sowie Wiedergutmachung in Form von Sachleistungen für die Zerstörungen zu erheben, die von den Deutschen verursacht worden sind; die nazistische Partei, die nazistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu liquidieren, alle nazistischen und militaristischen Einflüsse in den öffentlichen Einrichtungen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes zu beseitigen und gemeinsam solche anderen Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die sich für den künftigen Frieden und die Sicherheit der ganzen Welt als notwendig erweisen können. Es ist nicht unser Ziel, das deutsche Volk zu vernichten. Nur dann, wenn der Nazismus und Militarismus ausgerottet sein werden, wird für das deutsche Volk Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.*“ (Erklärung der Konferenz von Jalta vom 12. Februar 1945).

Im Westen Deutschlands stützten sich die USA, England und Frankreich in ihren Besatzungszonen zunächst auf kirchliche Kreise. Insbesondere die katholische Kirche hatte ja durch die Kollaboration mit dem Naziregime (schließlich war Hitler ja als Erstes vom Vatikan anerkannt worden) ihre Strukturen über die Jahre der Nazidiktatur weitgehend erhalten können. Seit 1947 förderten die Imperialisten zunehmend offen die antikommunistischen Kräfte in der SPD⁷ und begannen die alten Nazis wieder für ihre Art von Aufbau heranzuziehen. Mit dem im Sommer 1947 beginnenden IG Farben-Prozess vor dem Nürnberger Tribunal stand auch die Rolle bestimmter Kreise des US-amerikanischen Monopolkapitals, insbesondere die mächtige Erdölindustrie, aber auch die Automobil-, die Elektro- und Büromaschinenindustrie, als Förderer des Nazi-Regimes auf dem Prüfstand. Die Industrieherrn von Auschwitz⁸ kamen mit lächerlichen Strafen davon. Diese faktische Aussöhnung mit den deutschen Monopolherrn, denen man noch zwei Jahre zuvor mit der Waffe in der Hand gegenüber gestanden war, markierte den Übergang der westlichen Alliierten zur Politik der Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse in ihrem Teil Deutschlands, zum Bruch der Antihitlerkoalition zur Entfesselung der Furie des Antikommunismus, zur erneuten Spaltung der Arbeiterklasse mit Hilfe solcher Führer der SPD wie Kurt Schumacher, die ihr Überleben in der Hölle der KZ kommunistischen Klassenbrüdern verdankten.

Im Osten Deutschlands wurde unter dem Schutz der Sowjetmacht Ernst gemacht mit den Lehren der Geschichte.

⁷ 1946 hatten sie den im Osten vollzogenen Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED verboten.

⁸ Die IG Farben waren bekanntlich die Produzenten von Zyklon B und hatten mit Hilfe von Häftlingen das Buna-Werk in Auschwitz-Monowitz errichtet.

Die Monopole und die Grundherrenklasse der Junker, die maßgeblich Hitler gefördert, ihn zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung angehalten und zum Krieg getrieben und von ihm profitiert hatten, wurden enteignet. Junkerland kam in Bauernhand. Dass die Spaltung der Arbeiterklasse durch den Opportunismus erst den Machtantritt des Faschismus ermöglicht hatte, daraus zogen Kommunisten und Sozialdemokraten die Lehre, eine gemeinsame Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die SED, zu schaffen. Nicht der Sozialismus stand auf der Tagesordnung, wie es Kurt Schumacher großmäulig für die Westzonen verkündete und wie es sogar noch seinen Reflex im Ahlener Programm der CDU findet, sondern die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zur Sicherung der Volksmacht und zur Heranziehung aller antifaschistischen Kräfte für den Aufbau – der Kräfte nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauernschaft, des städtischen Kleinbürgertums und Teilen der Bourgeoisie –, für einen Aufbau, der den Schwur von Buchenwald und den Auftrag des Potsdamer Abkommens, den Nazismus mit seinen Wurzeln auszureißen, umzusetzen hatte. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung war auch die Voraussetzung, um den Kampf für eine Wiedervereinigung Deutschlands von links (im Gegensatz zu der Art von „Wiedervereinigung“, wie wir sie 1990 erleben mussten) führen zu können – für ein freies, einiges und demokratisches Deutschland. Das war die zentrale Losung, solange der Kampf um die nationale Unabhängigkeit gegen die imperialistischen Besatzungsmächte im Vordergrund stand, die Westdeutschland zu einem Bollwerk gegen den Sozialismus ausbauen wollten.⁹

Das waren – grob skizziert – die beiden unterschiedlichen Entwicklungswege in Ost und West, als im Juni 1948 mit der Währungsreform im Westen faktisch die ökonomische Spaltung Deutschlands vollzogen wurde, der im Mai 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik die politische Spaltung folgte. Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet, nicht um die Spaltung zu besiegeln, sondern um einen Staat zu schaffen, der die Spalter Deutschlands organisiert bekämpfen konnte. Die DDR ist eine Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse, der es 40 Jahre gelingen sollte, dem Imperialismus, dem in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Imperialismus insbesondere, einen Riegel vorzuschieben.

Exkurs

Was ist die Kommunistische Partei und wozu brauchen wir die KPD?

„Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der fortgeschrittenste, klassenbewussteste und deshalb revolutionärste Teil. Die Kommunistische Partei entsteht durch die Auslese der besten, klassenbewusstesten, selbstlosesten und weitblickendsten Arbeiter. Die Kommunistische Partei hat keine von den Interessen der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Masse der Arbeiter dadurch, dass sie den ganzen geschichtlichen Weg der Arbeiterklasse überschaut und an allen Wendepunkten dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen, einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit verteidigt. Die Kommunistische

⁹ Als der deutsche Imperialismus auf dem Gebiet der BRD wiedererstand war und zunehmend wieder Eigenständigkeit gewann, ging der Kampf weiter – nun um ein freies, einiges und **sozialistisches** Deutschland.

Partei ist jener organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg führt.“

(Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei, angenommen auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 20. Juli 1920)

Lenin führte dazu auf dem Kongress aus: *„Und in der Tat, im Zeitalter des Kapitalismus, wo die Arbeitermassen unaufhörlich ausgebeutet werden und nicht imstande sind, ihre menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln, ist für die politischen Parteien der Arbeiter gerade der Umstand am charakteristischsten, dass sie nur eine Minderheit der Klasse erfassen können. Die politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse erfassen, ebenso wie die wirklich klassenbewussten Arbeiter in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheit aller Arbeiter bilden. Deshalb müssen wir anerkennen, dass nur diese klassenbewusste Minderheit die breiten Arbeitermassen leiten und mit sich führen kann. ... Was ist unter organisierter Minderheit zu verstehen? Wenn diese Minderheit wirklich klassenbewusst ist, wenn sie die Massen zu führen versteht, wenn sie fähig ist, auf jede aktuelle Frage eine Antwort zu geben – dann ist sie im Grunde eine Partei. ... Wenn die Minderheit es nicht versteht, die Massen zu führen, eine enge Verbindung zu ihnen herzustellen, so ist sie keine Partei und überhaupt nichts wert, ganz gleich, ob sie sich nun Partei oder Landesausschuss der Räte der Betriebsobleute nennt.“* (W.I. Lenin, Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei, LW 31, S. 223)

„Ich wiederhole, die Erfahrungen der siegreichen Diktatur des Proletariats in Russland haben denen, die nicht zu denken verstehen oder nicht in die Lage kamen, über diese Frage nachzudenken, deutlich gezeigt, daß unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin des Proletariats eine der Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie sind. ...

Und da taucht vor allem die Frage auf: wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewusstsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, dass sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird

erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt.

Wenn der Bolschewismus in den Jahren 1917-1920 unter unerhört schweren Bedingungen die strengste Zentralisation und eine eiserne Disziplin schaffen und erfolgreich verwirklichen konnte, so liegt die Ursache dafür ganz einfach in einer Reihe historischer Besonderheiten Russlands.

*Einerseits ist der Bolschewismus im Jahre 1903 auf der festen Grundlage der marxistischen Theorie entstanden. Dass aber diese – und nur diese – revolutionäre Theorie richtig ist, haben nicht nur die internationalen Erfahrungen des ganzen 19. Jahrhunderts, sondern insbesondere auch die Erfahrungen mit den Irrungen und Wirrungen, mit den Fehlern und Enttäuschungen des revolutionären Denkens in Russland bewiesen. Im Laufe ungefähr eines halben Jahrhunderts, etwa von den vierziger und bis zu den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, suchte das fortschrittliche Denken in Russland, unter dem Joch des unerhört barbarischen und reaktionären Zarismus, begierig nach der richtigen revolutionären Theorie und verfolgte mit erstaunlichem Eifer und Bedacht jedes ‚letzte Wort‘ Europas und Amerikas auf diesem Gebiet. Den Marxismus als die einzig richtige revolutionäre Theorie hat sich Russland wahrhaft in Leiden errungen, durch ein halbes Jahrhundert unerhörter Qualen und Opfer, beispiellosen revolutionären Heldentums, unglaublicher Energie und hingebungsvollen Suchens, Lernens, praktischen Erprobens, der Enttäuschungen, des Überprüfens, des Vergleichens mit den Erfahrungen Europas. Dank dem vom Zarismus aufgezwungenen Emigrantenleben verfügte das revolutionäre Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über eine solche Fülle von internationalen Verbindungen, über eine so vortreffliche Kenntnis aller Formen und Theorien der revolutionären Bewegung der Welt wie kein anderes Land auf dem Erdball.“ (W.I. Lenin, *Der linke Radikalismus ...*, LW 31, S.8 ff.)*

3. Die „Pfeiler“ der BRD

Spaltung der Nation – um wenigstens in einem Teil unseres Landes die alte Ausbeuterordnung wieder herstellen zu können.

Remilitarisierung – um wieder aggressiv nach Außen auftreten zu können, um wieder anderen Völkern drohen zu können, um wieder eine „Politik der Stärke“ betreiben zu können

KPD-Verbot – um den Widerstand des Volkes gegen all die volksfeindlichen Maßnahmen im Zuge der Spaltung und Remilitarisierung zu brechen.

Das sind die drei Pfeiler, auf denen die Bundesrepublik Deutschland „ruht“.

Das Grundgesetz, das so gerne als Pfeiler unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung bezeichnet wird, zählt nicht dazu. „*Der Staat, den Sie gebaut haben, – das beweist eindeutig das Fehlen der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte – wird ein Staat der Reaktion werden*“, hielt der KPD-Abgeordnete Heinz Renner vorausschauend dem Parlamentarischen Rat entgegen.

Nicht einmal ein Mandat vom Volk, die Verfassung auszuarbeiten, hatte der Parlamentarische Rat. Solche Angst hatten die Westalliierten und die deutsche Bourgeoisie, dass sie sich noch nicht einmal trauten, freie Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung anzuberaumen. Die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte, die von der KPD gefordert wurden, sind u.a.: Recht auf Arbeit, Verankerung des Koalitions- und Streikrechts, das Verbot von Aussperrungen, das Verbot von privaten Monopolorganisationen und die Enteignung des privaten Großgrundbesitzes über 100 ha. Ferner die Verankerung von Volksbegehren und Volkentscheid, wie sie in fast jeder bürgerlichen Verfassung vorgesehen sind.

Und als ob er in die Zukunft schauen könnte, erklärte der KPD-Vorsitzende Max Reimann 1949:

„Wir lehnen das Grundgesetz ab, weil es die Spaltung Deutschlands bedeutet. Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz die Zustimmung. Die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Grundgesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen“.

3.1 Remilitarisierung – wieder Waffen für die alten Kriegsbrandstifter

- Schon vor 1948 existierten Pläne für eine Wiederbewaffnung. Die Rüstungskonzerne bleiben in ihrem Bestand unangetastet.
- Im Oktober 1950 wird die Dienststelle Blank gegründet. Sie soll die Voraussetzungen für die Aufstellung der neuen/alten Wehrmacht schaffen.
- 1954 werden die Pariser Verträge abgeschlossen. Die BRD erhält die Möglichkeit, eine Armee bis zu 500.000 Mann aufzustellen. Sie verzichtet auf das Recht, selbstständig über Fragen der Wiedervereinigung oder über Fragen eines Friedensvertrages zu entscheiden.
- 1955 wird die BRD Mitglied der NATO.
- 1955, zehn Jahre nach dem Krieg, hat die BRD wieder einen Kriegsminister, Theodor Blank.
- 1955, Franz Josef Strauß wird „Bundesminister für Atomfragen“. (Am 18.10.1956 wird er Kriegsminister).
- 1956 wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.
- 1956 sind von 38 bisher eingestellten Generälen 31 Mitglieder von Hitlers Generalstab gewesen, von 237 Obersten waren 100 und von 225 Oberstleutnanten 84 Nazi-Generalstäbler. 6 Generäle, 64 Oberste und 75 Oberleutnante haben während der Überfälle der „Wehrmacht“ des deutschen Imperialismus auf die Völker Europas länger als drei Jahre Feldtruppenteile geführt.

10 Jahre nach dem Krieg kommandierten die gleichen Herren, die Deutschland und die Welt ins Elend gestürzt hatten, wieder deutsche Gewehre. Die Deutsche und die Dresdner Bank, die Allianz und Münchner Rück, die Stahl- und Kohle-Monopole der Thyssen, Krupp und Flick, Siemens und AEG, die IG Farben-Nachfolger von Bayer,

BASF und Hoechst, die Daimler und Bosch waren wieder am Start, um in die Neuaufteilung der Welt einzugreifen. Der Staatsapparat, Polizei, Geheimpolizei, Justiz, die Medien waren wieder mit alten Nazis und solchen, die ihnen beim Machtantritt die Stange gehalten hatten, durchgesetzt. Und endlich hatten die deutschen Monopolherren wieder Waffen. Eine Bourgeoisie ohne Waffen ist eben keine Bourgeoisie. Wie sonst wollten sie das eigene Volk nieder halten, wie sonst wollten sie anderen Völkern drohen. Hatten sie dieses Geschäft bisher vornehmlich unter der Führung und mit den Waffen der Westalliierten betrieben, so waren sie jetzt unabhängiger geworden und konnten wieder mehr „Gewicht“ in den Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Einflussphären werfen.

Das sind die Stationen der Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus, das sind Stationen auf dem Weg zu heute: Bundeswehr auf dem Gebiet der DDR, deutsche Truppen in aller Welt.

Die Remilitarisierung wurde gegen das Volk durchgesetzt. Sie konnte durchgesetzt werden, weil die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer nichts unversucht ließen, den Widerstand im Namen des Antikommunismus zu hintertreiben.

„Dr. Schumacher, der seit Monaten die Aufstellung zahlreicher alliierter Divisionen in Deutschland forderte, um im Falle eines Krieges die erste Schlacht an der Elbe und die zweite an der Weichsel (!) schlagen zu können, meinte, dass alle angekündigten Verstärkungen nicht ausreichend seien und keinen Schutz bieten.“ (Nürnberger Nachrichten, 25.10.1950)

Am 21.11.1950 veröffentlichten die DGB-Führer folgende EntschlieÙung: *„Sie (die deutschen Gewerkschaften) sind auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen und der gegenwärtigen besonderen deutschen Situation gegen die Wiedererrichtung einer selbstständigen deutschen Armee. Sie wollen nicht, dass reaktionären Elementen erneut durch die Wiederherstellung einer Wehrmacht Auftrieb und Macht gegeben werden...“* Aber: *„Andererseits sind sich die deutschen Gewerkschaften darüber klar, dass eine Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit auch an Deutschland Anforderungen stellt, denen sich das deutsche Volk nicht verschließen kann“.*

3.2 KPD–Verbot: Die Kampfpartei der Arbeiterklasse zerschlagen

Was sonst nur in faschistischen Staaten üblich und ein Kennzeichen des Faschismus ist – das Verbot der Kommunistischen Partei – wurde mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 auch für die BRD Wirklichkeit. In den Schranken des Gerichts hatte Walter Fisch, Mitglied der KPD, in den Nazikerkern misshandelt, nach Verfolgung und Exil Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung in Hessen, Mitglied im Hessischen Landtag und im Parlamentarischen Rat, die Politik und die Grundlagen der KPD in den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin mutig und konsequent vertreten. Und das obwohl ihm das Gericht die berüchtigte Geheimrede Chruschtschows zur Verurteilung Stalins als „größenwahnsinnigen Verbrecher“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU vorhielt.

Das Verbot ist die „Krönung“ einer langen Reihe von Schlägen gegen die Arbeiterklasse und das ganze Volk, von Verfolgungen gegen Kommunisten und anderen Demokraten.

- Verbot des Zusammenschlusses von SPD und KPD (1946)
- Verbot der Bewegung für einen Gesamtdeutschen Verfassungsgebenden Volkskongress und in Zusammenhang damit Verbot von KPD-Zeitungen. (Jan./Febr. 1948)
- Der sogenannte „Korea-Erlass“ Adenauers vom 20.9.1950, der die Säuberung von Kommunisten und anderen Demokraten aus dem öffentlichen Dienst befiehlt, darunter die KameradInnen aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).
- Verbot der „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages“ am 24.4.1951. An dieser Aktion beteiligten sich trotz Verbot über 9 Millionen Menschen.
- Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ) am 26.6.1951.
- Verbot der VVN am 26.7.1951 trotz großer Empörung im Ausland.¹⁰
- Im August 1951 werden in das Strafrecht wieder die Tatbestände „Hoch“- und „Landesverrat“ und „Staatsgefährdung“ eingeführt. Mithilfe dieses „1. Strafrechtsänderungsgesetzes“ kommt es zu breiten Verfolgungsaktionen gegen Kommunisten. Am 23.11.1951 stellt die Adenauerregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD.
- Am 31.1.1952 werden zahlreiche Geschäftsräume der KPD durchsucht und Beschlagnahmungen vorgenommen. Diese Praxis soll nicht mehr aufhören. Das 1952 verabschiedete KPD-Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands wird als Vorbereitung zum Hochverrat erklärt. Der Münchner Arbeiter und junge Kommunist, Philipp Müller, wird am 11. Mai 1952 in Essen auf einer Demonstration gegen die Remilitarisierung von hinten durch die Polizei erschossen.
- Am 23.11.1954 beginnt der KPD-Prozess beim 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts. Innerhalb dieses Prozesses wird die KPD permanent durch verfahrensrechtliche Verstöße behindert.
- Am 4.6.1955 verurteilt der Bundesgerichtshof zwei Mitglieder der FDJ zu hohen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen. Im Juli 1955 erhalten vier Funktionäre der deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft hohe Gefängnisstrafen. Dem 1. Sekretär werden die bürgerlichen Ehrenrechte (also das Recht zu wählen, gewählt zu werden und öffentliche Ämter wie z.B. das eines Schöffen, auszuüben) auf vier Jahre aberkannt.
- Im April 1956 werden in Niedersachsen die Nationale Front, die sozialistische Aktion und das Komitee für Einheit und Freiheit im deutschen Sport durch das Innenministerium aufgelöst. Allein im ersten Halbjahr 1956 sind 3423 politische Verfahren anhängig und 1004 Personen in Haft. Am 13.7.1956 werden vom Bundesgerichtshof drei Kommunisten wegen Hochverrat zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. So sind dann bei Verkündung des KPD-Verbots 7 von 11 Sekretären des ZK der KPD verhaftet bzw. wegen drohender Verhaftung außer Landes.
- Als im Sommer 1956 der Präsident des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) persönlich versucht, Adenauer zur Zurücknahme des Verbotsantrages zu bewegen, wird die Geschäftsordnung des BVerfG dahingehend verändert, dass falls

¹⁰ Zwölf Jahre zog sich die gerichtliche Überprüfung des Verbots der VVN hin. 1963 musste es dann aufgehoben werden.

der 1. Senat nicht innerhalb von sechs Wochen zur Entscheidung gelangt, das Verfahren auf den 2. Senat übergeht.¹¹

Das KPD-Verbot, auf diese Weise gut vorbereitet, war die nachträgliche „Legalisierung“ all dieser Unterdrückungsmaßnahmen. Ziel des KPD-Verbots war es, die organisierte Vorhut des Proletariats, die Kommunistische Partei, zu zerbrechen und damit dem breiten Widerstand des Volkes gegen das neuerliche Erstarken des deutschen Imperialismus, gegen die Spaltung der Nation und die Remilitarisierung des Rückgrats zu brechen.

Nicht eine der konkreten Taten der KPD konnte das Gericht verurteilen. Da hätte es ja nur verurteilen können, dass die KPD konsequent für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens gekämpft hat. Nein, die KPD habe diesen Kampf „missbraucht“, um ihre eigenen „bösen“ Ziele, die Diktatur des Proletariats, Sozialismus und Kommunismus zu verwirklichen. Diese Ziele sind aber nun einmal verfassungswidrig, und mögen die Kommunisten auch noch so viele Taten im Interesse des Volkes vollbringen. Diese Taten sind verfassungswidrig, weil die Gesinnung der „Täter“ verfassungswidrig ist.

„Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie einzelne Bestimmungen, ja ganze Institutionen des Grundgesetzes ablehnt. Sie muss vielmehr die obersten Werte der Verfassungsordnung verwerfen, die elementaren Verfassungsgrundsätze, die die Verfassung zu einer freiheitlich-demokratischen machen.“ (KPD-Prozess in 3 Bänden, S. 612)

Da aber nach Art.79 Abs.3 GG nur der Artikel 1 (Würde des Menschen) und der Artikel 20 (BRD ist demokratischer und sozialer Bundesstaat; alle Staatsgewalt geht vom Volke aus; Rechtsbindung) unabänderlich sind, muss das Bundesverfassungsgericht neue unveränderliche Werte schaffen, um die KPD verbieten zu können.

Um den Tatbestand der Verfassungswidrigkeit zu erfüllen, *„muss der politische Kurs der Partei durch eine Absicht (!) bestimmt sein, die grundsätzlich und dauernd tendenziell (!) auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist“*. (S. 613)

„Das Einschreiten gegen eine Partei auf Grund des Artikels 21 Abs.2 GG ist seinem Wesen nach Präventivmaßnahme, Vorsorge für die Zukunft. Sie soll Gefahren rechtzeitig abwehren, mit deren Eintreten nach der bisher in Reden und Handlungen sichtbar gewordenen allgemeinen Haltung der Partei gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerechnet werden muss“. (S. 613)

Mit dieser Begründung erspart sich das Hohe Gericht, nach verfassungswidrigen Tätigkeiten der Partei zu forschen. Tendenzielle Absichten, die allgemeine Haltung bilden die Verbotsgrundlage, machen den Weg frei für Gesinnungsschnüffelei.

¹¹ Vgl. auch Schubert, Karl-Heinz, 25 Jahre KPD-Verbot Streiflichter des Kalten Krieges in: blz 10/1981, S.22f

Auch für die Feststellung der „Absichten“ hat das Bundesverfassungsgericht wahrhaft neue Normen geschaffen. Programme, parteiamtliche Erklärungen usw. reichen offenbar für ein Verbot nicht aus. Daher *„sind auch geheime Zielsetzungen...rechtserheblich. Im Einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestreben verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet es ein, dass Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden. Die politischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte(!) geben genügende Hinweise, um aus der Art der von einer Partei verwendeten Mittel, aus dem „Stil“ ihrer Aktionen ihre echten Ziele zu erkennen und sie von den vorge-täuschten richtig zu unterscheiden“*. (S. 614)

Also: Die Ziele einer Partei sind verfassungswidrig. Diese Ziele werden jedoch von ihr geheim gehalten. (Das Bundesverfassungsgericht durchschaut das natürlich alles). Durch den „Stil“ ihrer Aktionen wird der ganze Schwindel der Kommunisten aufgedeckt und die wahren Ziele kommen zum Vorschein. Diese sind – wie könnte es bei Kommunisten auch anders sein – verfassungswidrig!

Diese Punkte kennzeichnen das formale Vorgehen des Bundesverfassungsgerichts.

Hatte die Kommunistenhatz in den USA unter McCarthy von den Nazis gelernt, so knüpften die Richter aus Karlsruhe direkt an die unseligen Praktiken des „Volksgerichtshofs“ an, an „Gesinnung“ und „Heimtücke“.

Die inhaltliche Prüfung der Verfassungswidrigkeit der KPD ist im Wesentlichen eine Auseinandersetzung über die Frage, ob die Revolution und die Diktatur des Proletariats, die die KPD wie jede kommunistische Partei als notwendige Etappe auf dem Weg zum Kommunismus propagiert, mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar sind.

Und das geht so: Aus Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin werden Zitate entnommen (das kann heute durchaus ein Schulungsleitfaden für uns sein) und wird dann mit „erläuternden“ Hinweisen der Herren Richter versehen. Heraus kommt ein düsteres Schreckgemälde, das ABC des kleinen Antikommunisten.

Dieser Finsternis wird die lichtvolle Gegenwart und Zukunft der vom Gericht entworfenen freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegenübergestellt.

Allerdings gibt das Gericht zu, dass sich sein Bild einer *„idealtypischen freiheitlich demokratischen Grundordnung keineswegs mit der Verfassungswirklichkeit in der BRD deckt. Das braucht es auch gar nicht“*. Im Gegenteil: *„Das ergibt sich aus dem Inhalt des Artikel 21 GG (Verbot von Parteien - Corell.), der selbst wiederum in der der freiheitlichen Demokratie zugrunde liegenden Denkweise wurzelt. Dieser Denkweise entspricht es gerade nicht, eine Übereinstimmung von Ideal und Wirklichkeit zu behaupten. Sie hält eine solche Übereinstimmung sogar für unerreichbar, für utopisch. Deshalb kann sie nur fordern, dass das politische und soziale Leben auf dieses Leitbild hin entwickelt werde...“* (S. 642)

Und nun kommt das Leitbild: *„Das Gesamtwohl wird eben nicht von vorne herein gleichgesetzt mit den Interessen oder Wünschen einer bestimmten Klasse; annähernd gleichmäßige Förderung des Wohles aller Bürger und annähernd gleiche Verteilung der Lasten wird grundsätzlich erstrebt... Die staatliche Ordnung der freiheitlichen Demokratie muss demgemäß systematisch auf die Aufgabe der Anpassung und Verbesserung und des sozialen Kompromisses angelegt sein“.* (S. 643)

Und schließlich: *„Darüber hinaus entnimmt die freiheitliche demokratische Grundordnung den Gedanken der Würde und Freiheit des Menschen die Aufgabe auch im Verhältnis der Bürger unter einander für Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu sorgen. Dazu gehört, dass eine Ausnutzung des einen durch den anderen verhindert wird. Allerdings lehnt die freiheitliche Demokratie es ab, den wirtschaftlichen Tatbestand der Lohnarbeit im Dienst privater Unternehmer als solchen allgemein als Ausbeutung zu kennzeichnen. Sie sieht es aber als ihre Aufgabe an, wirkliche Ausbeutung, nämlich Ausnützung der Arbeitskraft zu unwürdigen Bedingungen und unzureichendem Lohn zu unterbinden. Vorzüglich darum ist das Sozialstaatsprinzip zum Verfassungsgrundsatz erhoben worden; es soll schädliche Auswirkungen schrankenloser Freiheit verhindern und die Gleichheit fortschreitend bis zu dem vernünftigerweise zu fordernden Maße verwirklichen.“*

Die freiheitliche Demokratie ist von der Auffassung durchdrungen, dass es gelingen könne, Freiheit und Gleichheit der Bürger trotz der nicht zu übersehenden Spannungen zwischen diesen beiden Werten allmählich zu immer größerer Wirksamkeit zu entfalten und bis zum überhaupt erreichbaren Optimum zu steigern. Dies erscheint ihr erstrebenswerter als die Verfolgung eines utopischen, d.h. rational nicht beweisbaren und durch die Erfahrung der Geschichte nicht gestützten Staatsideals, das die volle Verwirklichung beider Ideale in einer nicht absehbaren Zukunft verspricht, dafür aber das Opfer von Generationen verlangt, denen weder Freiheit noch Gleichheit gewährt werden kann“. (S. 647)

Dagegen die KPD in der Sicht der Richter:

„Das Selbstverständnis der KPD ist eben ganz von den Vorstellungen her geprägt, die der Marxismus-Leninismus allgemein von der kommunistischen Partei als der „revolutionären Partei der Arbeiterklasse“ entwickelt hat. Die KPD kann also auch ihre aktuellen Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland nur in diesem Lichte sehen. Sie versteht sich selbst als die Klassenpartei des Proletariats, der die Aufgabe zufällt, die „werkstätigen Massen“ auf den Weg zum „Sozialismus“ - und das heißt auch zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats - zu führen. Wie sie ihre ganze innere Organisation mit der unbedingten Parteidisziplin und der absoluten „Einheit des Willens“ dieser Auffassung entsprechend gestaltet hat, so kann sie auch ihre Haltung gegenüber den Institutionen der freiheitlichen Demokratie nur danach bemessen, wieweit diese sich als Mittel in der Führung des revolutionären Kampfes benützen lassen. Auch in dieser Haltung liegt eine gewollte Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“

Damit ist ein für alle Mal bewiesen: der Marxismus-Leninismus ist verfassungswidrig.

Der Rest ist einfach: Die KPD propagiert den verfassungswidrigen Marxismus-Leninismus. Alle ihre Aktionen sind dann natürlich vor diesem Hintergrund zu sehen und damit verfassungswidrig.

Also: Die KPD ist selbst verfassungswidrig und somit zu verbieten.

„Hexenprozess“ und „Inquisitionsverfahren“, so wurde der KPD-Prozess von vielen Demokraten bezeichnet.

War die „Hexenjagd“ schon vor dem Verbot im Gange, so erreichte sie nun neue Höhepunkte.

Über 200 Jahre Zuchthaus oder Gefängnis wurden verhängt. Mehr als 200 demokratische Organisationen wurden verboten, darunter der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, der Deutsche Turn- und Sportverband, der Deutsche Städte- und Gemeindetag, der Verband Deutscher Konsumgenossenschaften und viele mehr.

Verwandtenbesuche in der DDR, Briefkontakte nach „drüben“, Sportveranstaltungen mit DDR-Bürgern wurden überwacht, verboten und verfolgt.

Rechte Gewerkschaftsführer taten das Ihre und schlossen Kommunisten aus der Gewerkschaft aus. Bis heute bestehen in einzelnen Gewerkschaften noch sog. Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die gelegentlich auch praktiziert werden (vor allem gegen Mitglieder der MLPD) und die bedeuten, dass Kommunisten nicht in der Gewerkschaft Mitglied sein dürfen.

Unvergessen ist auch das Leid der Verfolgten und ihrer Familien, die nach 12 Jahren in den Nazikerkerkern nun wieder wegen ihrer Gesinnung verurteilt wurden.

3.3 Das KPD-Verbot: Handhabe gegen alle Demokraten

Die Spur des KPD-Verbotsurteils zieht sich durch die ganze Geschichte der BRD: Von den Berufsverboten aufgrund des „Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz über Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, dem sog. Radikalenerlass vom 28. Januar 1972, im Zuge dessen 6 Millionen Menschen bespitzelt, erfasst, überprüft wurden, über die sog. Anti-Terror-Gesetze der 70er Jahre, zu den Sondergesetzen und -maßnahmen gegen Kommunisten nach der Wiedervereinigung von rechts, nach der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus, bis hin zur heutigen Praxis des „Kriegs gegen den Terror“, zur Einschüchterung von Muslimen, zur Verfolgung von Antifaschisten, zu neuerlichen Berufsverboten wie gegen Michael Csaszkóczy. Überall zieht sich der rote Faden von Gesinnungsschnüffelei durch. Hätte man die gleichen Maßstäbe an das Verbot der NPD gelegt, sie wäre längst von der Bildfläche verschwunden.¹²

¹² Inzwischen hat es das Bundesverfassungsgericht geschafft, ein Verbot der NPD zu verhindern mit geradezu Streicheleinheiten für die Faschisten. Sie seien zwar verfassungsfeindlich, aber zu unbedeutend, um verboten zu werden. – Man hat ja inzwischen die AfD! (s. KAZ 354 „Wer hat Angst vor NPD-Verbot?“)

Mit dem KPD-Verbotsurteil wurde die „rechtliche“ Handhabe, diese „höchstrichterliche“ Anordnung geschaffen, um den Widerstand des Volkes gegen die immer schärfer werdende Gangart der Monopole zu ersticken.

4. Die Bewegung gegen das KPD-Verbot!

Diese Bewegung der 50er Jahre und späten 60er Jahre hat großen Widerhall im In- und Ausland gefunden.

Am 6. und 7. Mai 1967 fand eine Konferenz in Düsseldorf statt, zu der 124 Persönlichkeiten der BRD aus der Arbeiterklasse und dem demokratischen Kleinbürgertum eingeladen hatten. Dazu erklärte Prof. Helmut Ridder¹³: *„In der vieltausendfältigen alltäglichen Berieselung aus offiziellen und offiziösen Quellen ist alles, was auch nur nach Kommunismus riechen könnte (und es riecht alles nach Kommunismus, was irgendwie oppositionell ist), Gegenstand eines abergläubischen Austreibungsrituals geworden. Und der Kommunismus der Deutschen selbst, diesseits wie wegen der gemeinsamen deutschen Vergangenheit auch jenseits, ist an der Ausdifferenzierung und der Anpassung an weltweite Bewegungen auf den Frieden hin auf das empfindlichste behindert, weil er schreien muss, um sich vernehmbar zu machen, und ‚Schreien‘ ist kein Wohllaut. Wahrhaft ein deutsches Trauerspiel!*

Dass es dahin gekommen ist, hängt mit der totalen antikommunistischen Verken- nung des Kommunismus zusammen, der doch eine sozialistische und marxistische Ausformung der Demokratie ist. Sie ist durch platteste politische Dogmen des in Schulen, von Kanzeln und in der Publizistik vermittelten Geschichtsbildes und durch gedankenlose Redewendungen – wie die vom ‚Links-‘ und vom ‚Rechtsradika- lismus‘ – begünstigt worden. Kommunistische Formierungen gehören indes notwen- dig zum vollständigen Spektrum, zum nichtpathologischen Erscheinungsbild der überlieferten liberalen, neuzeitlichen, demokratischen Verfassungsordnungen und Verfassungssysteme. Sie machen – früher mit sehr starker Akzentuierung der Mög- lichkeit eines revolutionären Übergangs zur ‚Diktatur des Proletariats‘, heute mit stärkerer Akzentuierung der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zu einer sozi- alistischen Staats- und Gesellschaftsordnung – den linken Flügel dieses demokrati- schen Spektrums aus. Sie können freilich als ‚radikal‘ bezeichnet werden, nämlich bis an die Wurzeln gehend, indem sie die bloß staatliche Demokratisierung durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu ergänzen oder zu verbessern trachten.

Dass der eventuelle revolutionäre Übergang einen Legalitätsbruch darstellen wür- de, bedarf keiner näheren Erläuterung. Auch ist hier – ungeachtet so interessanter, einschlägiger Auffassungen, wie wir sie in ‚Populorum progressio‘ finden – nicht zu erörtern, ob und wann dieser Legalitätsbruch doch legitimiert sein könnte, weil die Frage sich ausweislich der bekannten westeuropäischen und KPD-Programmatik

¹³ Helmut Ridder, Jahrgang 1919, aus katholischem Elternhaus war Professor für Öffentliches Recht und für die Wissenschaft von der Politik an der Universität Gießen, Doktor der Jurisprudenz und Ehrendoktor der Universität Łódź. Von 1967 bis 1972 war er der Erste Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD e.V.

gegenwärtig und sicherlich für sehr lange Zeit nicht stellt. Mir als einem dezidierten, nichtkommunistischen Demokraten sei übrigens hier am Rande nur die Bemerkung gestattet, dass es im Jahre 1933 der KPD und der deutschen Demokratie vielleicht bekömmlicher gewesen wäre, wenn auch diese Partei beizeiten neben größerer Kooperationsfähigkeit außer dem pathetischen Wort etwas mehr von der revolutionären Aktion gekannt hätte.

Das Pendant zum Kommunismus ist auf dem rechten Flügel des tradierten Spektrums der bürgerlichen Demokratie der Konservatismus und nicht etwa die gemeinhin mit ‚Rechttradikalismus‘ etikettierte reaktionäre und faschistische Perversion, die vielmehr außerhalb des demokratischen Spektrums steht. Dem deutschen Nazismus kommt hier zweifellos ein – unter grauenhaften Menschenopfer erbrachtes – Verdienst zu, das Verdienst, durch letztstufige Primitivierung und Barbarisierung die Grundstrukturen des Faschismus von allen Verschleierungen, von allen dekorativen Schönungen befreit und zugleich – sozusagen in einer historischen Sekunde zusammengerafft – dargetan zu haben, dass und wie der Abbau demokratischer Institutionen auf der Grundlage einer undemokratischen Bewusstseinsbildung breiter Volksschichten zu jenem faschistischen Despotismus hinführt.“ (W. Abendroth, H. Ridder, O. Schönfeldt (Hrsg.), KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben?, Reinbek 1968, S.61 f.)

Ridder formuliert die Position, weshalb die **bürgerliche** Demokratie die legale kommunistische Partei braucht (so wie es sie im Übrigen in Frankreich und England und auch in den USA gibt) und weshalb das KPD-Verbot aufgehoben werden muss, das die Legalität auch von „Nachfolgeorganisationen“ wie ein Damokles-Schwert bedroht, gleichgültig ob sie sich „zahn“ oder besonders radikal geben:

- Ohne eine legale KP kann alles, was das Bestehende in Frage stellt, als kommunistisch diffamiert werden.
- Die Kommunisten und ihre KPD repräsentieren den linken Flügel der neuzeitlichen demokratischen Verfassungsordnungen.
- Die Kommunisten haben das Recht, über eine bloß formale staatliche Demokratie hinaus nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu streben¹⁴.
- Die Nazis stehen selbstverständlich außerhalb des demokratischen Spektrums. Das hat Ridder, der grundsätzlich gegen Parteienverbote nach Art. 21 GG eingetreten ist, auch unterstrichen, als er 2001 das Verbot der NPD befürwortete. Nach seiner Ansicht bestehe allerdings der eigentliche Skandal darin, dass Staat und Gesellschaft der BRD das Gedankengut der Nazis duldeten, beförderten und es wieder organisatorische Strukturen finden könne.

So spricht ein aufrechter bürgerlicher, nichtkommunistischer Demokrat, der darüber hinaus offenbar Sympathien mit revolutionären Aktionen signalisiert, die vor 1933 den Machtantritt der Faschisten verhindert hätten.

¹⁴ Wie von Karl Marx erkannt, wird durch den Sozialismus als erster Stufe des Kommunismus zunächst mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die materielle Grundlage für eine lebendige von den Massen getragene Demokratie gelegt. Mit der Schaffung der Voraussetzungen zur Überwindung der Klassen kann jeder Staat, und damit auch der demokratische **Staat** überflüssig gemacht werden. An die Stelle eines Staates, der die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit erzwingt, kann dann ein Gemeinwesen treten, das für die Leitung von Produktionsprozessen und die Verwaltung von Sachen zuständig ist – ohne Zwang und Repression.

Auch die Arbeiterklasse und die Kommunisten verteidigen die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus. Sie wissen, dass je größer die Rechte und Freiheiten für die Werktätigen, desto deutlicher wird, dass Armut und Elend, Abstumpfung und Brutalisierung nicht von fehlenden Rechten, sondern von der Ausbeutung aufgrund der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, vom Privateigentum an den Produktionsmitteln kommen. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, dass der Sieg des Faschismus die Freiheit zum höchsten Gut werden lässt, hinter dem der Kampf gegen die Ausbeutung zurücktritt.

Wir wissen aber auch, dass die bürgerliche Demokratie die „beste Hülle“ (F. Engels) für die Diktatur des Finanzkapitals ist. Dass die formale Gleichheit nur dazu dient, Arm und Reich gleichermaßen zu verbieten, „unter den Brücken zu schlafen“. Deswegen verteidigen wir die bürgerliche Demokratie, um über sie hinauszukommen, zur Diktatur des Proletariats über die Ausbeuter, die sich nur halten kann, wenn für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen breiteste Demokratie herrscht und so die Massen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen können.

„Weg mit dem KPD-Verbot“ muss deshalb wieder die Forderung aller demokratischen Kräfte in unserem Land werden. Der Wiederaufbau der marxistisch-leninistischen KPD, das ist heute die Aufgabe der Arbeiterklasse!

1956–68 Die KPD: Verboten, aber nicht tot zu kriegen

1. Lage 1956:

Die Deutsche Bank wird nach der Zerschlagung gemäß Potsdamer Abkommen zum 1.1.1957 vollständig wiederhergestellt. Damit ist auch formal die Basis für die Wiederherstellung eines eigenständigen staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD erfüllt. Die KPD hatte schon auf dem Hamburger Parteitag 1954 davor gewarnt: „Unsere Partei hat seit ihrer Gründung der Arbeiterklasse, unserem ganzen Volk immer die Wahrheit gesagt. Durch unseren unvergessenen Ernst Thälmann, den treuen Sohn und Führer der deutschen Arbeiterklasse, hat die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt: Hitler, das ist der Krieg. Wie wir damals die Wahrheit sagten, so hat der Parteitag der KPD auch heute recht, so sagt er auch heute wiederum die Wahrheit, wenn wir unserem Volk erklären: der deutsche Imperialismus und Militarismus ist das größte Unglück für unser Volk und Vaterland.“ (Max Reimann, Schlusswort aus Protokoll, S. 280)

Seit 1956 intensive Vorbereitung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als europäischer Block gegen das sozialistische Lager und als Plattform für den deutschen Imperialismus, um aus der vollständigen Abhängigkeit von den Besatzungsmächten heraus zu kommen und zunächst in die Rolle des Juniorpartners der USA zu gelangen; die BRD beginnt ihren Aufstieg zur stärksten und aggressivsten Macht in Europa. Aggressiv, weil sie objektiv das größte Interesse und das größte Potenzial an einer Veränderung des Status quo hat.

Die BRD ist der NATO beigetreten, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Errungenschaften der Arbeiterklasse: Nach den zahlreichen politischen Niederlagen (Spaltung Deutschlands durch das Adenauer-Regime, fehlendes Streikrecht im Grundgesetz, Restauration der Monopole, Entmachtung der Arbeitervertretungen durch Mitbestimmungs-/Betriebsverfassungsgesetz, Remilitarisierung, Durchsetzung des KPD-Verbots) einzelne Erfolge wie die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch den 6-wöchigen Metallstreik in Schleswig-Holstein. Nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 geht die KPD relativ geordnet in die Illegalität (mit der DDR als Hinterland).

2. Entwicklung der zentralen Widersprüche zwischen 1956 und 1968

- **Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager:** Jugoslawien wird seit 1947 aus dem sozialistischen Lager herausgelöst. Von Jugoslawien auch Infiltrationsversuche gegen die Volksrepublik Albanien, die 1948 gestoppt werden. Korea-Krieg 1950-1953 (auch hier ging die Spaltung ähnlich wie in Deutschland von den USA und ihrer Marionette Rhee aus). Infiltrationsversuche und Angriffe gegen DDR (17. Juni 1953), Polen (Juni-Oktober 1956), Ungarn (Oktober 1956-Januar 1957), Kuba (Schweinebucht 1961, Oktoberkrise 1962), Vietnam (Tongking 1964 ff.), CSSR (1966-68). Gegen das Ausbluten und das Unterwandern der DDR: Antifaschistischer Schutzwall Berlin 1961. Versuche, die DDR international zu ächten (Hallstein-Doktrin), werden 1972 mit dem Abschluss des sog. „Grundlagenvertrags“, d.h. der wechselseitigen Anerkennung von DDR und BRD (jedoch mit dem Vorbehalt des von der CSU erwirkten Urteils des Bundesverfassungsgerichts) zum Schein aufgegeben. Die BRD fährt mit der Nichtanerkennung der Ergeb-

nisse und Grenzen des 2. Weltkriegs weiterhin revanchistischen Kurs und verstärkt die Frontstellung gegen das sozialistische Lager.

Verharmlosung des US-Imperialismus durch Chruschtschow. Dies u.a. auf Reisen von führenden Politikern der UdSSR in die USA, etwa Chruschtschow bei Eisenhower 1959, Kossygin 1967 (mit Gromyko u.a. in Glassboro/USA mit Johnson – wenige Tage nach dem Überfall Israels auf die arabischen Länder – „Sechstage-Krieg“), dienen diesem Ziel entgegen den Beschlüssen der internationalen Moskauer Konferenzen von 1957 und 1960, die den US-Imperialismus als „Hauptfeind der Völker“ bezeichnen.

- **Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, insbesondere BRD:**

Die KPD charakterisiert 1957 die politischen Verhältnisse in der BRD (vor den Bundestagswahlen und ein Jahr nach dem Verbot der Partei): „Das Programm einer dritten Regierung Adenauer wäre äußerste soziale Reaktion, klerikal-faschistische Diktatur und am Ende Atomkrieg. (Vorschlag des Zentralkomitees der KPD für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm, 4.9.1957, aus: Die KPD lebt und kämpft, Dokumente der KPD 1956-63, S. 133). Später wird auf die Gefahr der Errichtung einer „klerikal-militaristischen Diktatur“ hingewiesen (z.B. a.a.O. S. 180) oder vom „klerikal-militaristischen Adenauer-Staat“ gesprochen (a.a.O., S. 190, 208). In einem Beschluss der Delegiertenkonferenz der KPD von 1960 heißt es: „Wir sind für die Beseitigung der klerikal-militaristischen Herrschaft und für die Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung.“ (a.a.O. S. 430) Daraus wird als nächstes Ziel die Herbeiführung einer „demokratischen Wende“ propagiert, die den Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand in den Vordergrund stellt (s. Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand, a.a.O. S. 410) Seit Gründung der BRD versucht die herrschende Klasse gestützt auf die sich wieder bildende und von den rechten Führern der SPD geführte Arbeiteraristokratie mit Unterstützung der Justiz (und den Besatzungsmächten) die politischen Spielräume der Arbeiterbewegung zu beschneiden. Und mit dem seit 1950 angedrohten und Ende 1951 beantragten KPD-Verbot dem Kampf der Arbeiterklasse (gegen die Spaltung Deutschlands und Remilitarisierung) die Führung und die Spitze zu nehmen. Die Kämpfe sollen auf eng begrenzte ökonomische Auseinandersetzungen eingeschränkt werden. Die Metallarbeiterstreiks 1956 (in Schleswig-Holstein) um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werden zwar in der Sache gewonnen. Um Schadensersatzforderungen zu entgehen, willigt die IGM-Führung aber in eine knebelnde Schlichtungsordnung ein. Mit dem Godesberger Programm von 1959 wird die SPD ganz offen zur staatstragenden „Volks“-Partei: Abschied vom Klassenkampf, Akzeptanz der Marktwirtschaft, Ja zu NATO und Westintegration, Nein zu DDR und Kommunisten. Ihre Besonderheit gegenüber den bürgerlichen Parteien bleibt jedoch ihre Herkunft aus der Arbeiterbewegung und ihr Einfluss in den Gewerkschaften.

1958 wird in der BRD erstmals die Grenze von einer Million Erwerbslosen unterschritten. Massive Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR bis 1961, die sich häufig als Antikommunisten andienen. Nach 1961 verstärkte Arbeitsimmigration vor allem aus Südeuropa inkl. Jugoslawien. Das Kapital erwartet dadurch auch Verstärkung der Konkurrenz unter den Arbeitern. Dagegen z.B. 1963 der große Metallereistreik in Baden-Württemberg – dort stehen ausländische Kollegen ganz vorne. „Der

Streik und die Aussperrung von etwa 500000 Metallarbeitern Baden-Württembergs sowie die Streikvorbereitungen in Nordrhein-Westfalen waren die größte Klassenschlacht in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung.“ (Parteitag 1963 der Kommunistischen Partei Deutschlands, Protokoll, Max Reimann, Rechenschaftsbericht, S. 10) Er wird von Max Reimann als „Beginn eines neuen Kampfabchnitts“ gesehen. Er verweist u.a. auf ein Transparent am 1. Mai 1963 – mitten im Streik - „Mit dem Kommunistschreck nimmt man uns die Freiheit weg.“

Festzuhalten ist, dass das sog. „Wirtschaftswunder“ in Westdeutschland ein Ergebnis der Rolle des deutschen Imperialismus als Aasgeier über den Schlachtfeldern des gar nicht so „Kalten Kriegs“ ist. Seit 1958 wird offen eine westdeutsche Rüstungsindustrie aufgebaut, an der alle notorisch bekannten deutschen Monopole wieder beteiligt sind. Die in dieser Zeit stattfindende Klassendifferenzierung (Herausbildung der Arbeiteraristokratie, starke Zunahme der Angestellten und des öffentlichen Dienstes, starke Erhöhung der Beschäftigung von Frauen) und des Klassenbewusstseins (Nutzung zunächst der Kriegsflüchtlinge, dann der Republikflüchtigen als antikommunistische und antigewerkschaftliche Masse vor allem auch in Klein- und Mittelbetrieben; Zerstörung bzw. verhaltener Wiederaufbau von Arbeitervierteln und Arbeitervereinen) wird von den reaktionären Kräften gegen revolutionäre Bestrebungen genutzt.

Höhere Löhne werden erkämpft. Ab 1955 wird in einzelnen Branchen die Einführung der 5-Tage-Woche durchgesetzt. Die 40-Stunden-Woche wird 1964 in der Druckindustrie erreicht, 1967 bei Metall.

Auffüllung der im Krieg vernichteten Reserven und in der Währungsreform 1948 entwerteten Ansprüche aus den Sozialkassen. Insbesondere in der Rentenversicherung haben sich seit Mitte der 1950er Jahre große Überschüsse angesammelt, die nun als Finanzierungsquelle für die westdeutschen Monopole geplündert werden. (Münemann Affäre).

Erste zyklische Konjunkturkrise nach dem Krieg 1966 mit einer halben Million Erwerbsloser. Große Koalition seit 1966. Zur Sicherung der Klassenherrschaft werden Ausländergesetze, Notstandsgesetze und auch das sog. Stabilitätsgesetz verabschiedet, flankiert von Ausbau und Aufrüstung von Armee und Polizeiapparat. Zusätzlich werden die NPD-Faschisten (gegr. 1964) aufgepäppelt.

Die Hereinnahme der SPD in die Regierung 1966 zeigt eine Neuorientierung in der imperialistischen Politik der BRD gegenüber dem sozialistischen Lager: „Entspannungspolitik“, um die „Burg von Innen sturmreif zu machen“. Dies erfordert eine Stärkung der rechtssozialdemokratischen Arbeiteraristokraten. Sie sollen auch die Arbeiter durch keynesianischen Staatsinterventionismus zur Krisenbekämpfung ruhig stellen. Ferner soll damit auch die Empörung gegen die neue Welle der Aufrüstung und den Expansionskurs nach Außen klein gehalten werden. Das Ganze wird durch die Notstandsgesetze abgesichert.

Im Kampf gegen die Notstandsgesetze und gegen den „Bildungsnotstand“ bilden sich Ansätze einer demokratischen Massen- und Volksbewegung heraus. Aus ihr geht auch die Bewegung zur Aufhebung des KPD-Verbots hervor. Der Demokratismus der Massen entwickelt sich an dem immer offensichtlicher werdenden Gegensatz von „Verfassung und Verfassungswirklichkeit“. Zunehmende Wahrnehmung des weltweiten imperialistischen Aggressionskurses (Vietnam) und der Unterstützung der BRD für Marionettenregimes wie das des Schahs von Persien.

Erstmals seit 1848 sind die Studenten und die Hochschulen keine sichere Stütze der herrschenden Klasse mehr.

Die KPD hält Linie trotz Verfolgung und Illegalität:

Der Hauptfeind sind die Monopolherrscher im eigenen Land (s.a. Hamburger Parteitag 1954): Gegen die Spaltung der Nation, gegen die Remilitarisierung und Atombewaffnung der BRD (seit 1960 mit der DFU - Deutsche Friedensunion), für die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen gegen faschistische und Kriegsgefahr.¹⁵

Verteidigung der sozialistischen Länder.

Unterstützung der Befreiungsbewegungen

Probleme und offene Fragen:

Die KPD führte seit 1945 auf allen Ebenen den Kampf um die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten und zeigte dabei immer wieder auf, welche Fehler trotz der Erfolge in den Kämpfen bis 1968 gemacht wurden. Dabei spielten sowohl die Aufrufe und Vorschläge an die SPD-Führung wie an die Basis in den Betrieben und Gewerkschaften zu konkreter Bündnisarbeit eine wichtige Rolle.

Inwieweit sich die Partei vor und während der Illegalität mit Fragen des Titoismus und Trotzismus auseinandergesetzt hat, muss hier zunächst unbeantwortet bleiben. Stellung zum Adenauerbesuch in Moskau 1955, bei dem Chruschtschow die Entlassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen zusagt, ohne die Einstellung der Verfolgung der KPD zu verlangen!

Selbstkritik 1965 an der Losung: Für den revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes; Unterstützung der Linie des 20. Parteitags der KPdSU „gegen den Personenkult“ (August 1956), aber korrekte Linie in Bezug auf friedliche Koexistenz (s. Parteitag 1963 S. 40) – in der Auseinandersetzung in der kommunistischen Weltbewegung unterstützt die KPD eher Chruschtschow und erklärt volle Übereinstimmung mit dem Brief an das ZK der KP China (offenbar Schreiben vom 30. März 1963, das mit Schreiben vom 14. Juni „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ beantwortet wird, a.a.O. S. 96);

Im vom Parteitag 1963 verabschiedeten Statut der KPD heißt es: „Die brüderliche Verbundenheit der KPD mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR das Beispiel für ganz Deutschland schafft, beruht auf der Lehre des Marxismus-Leninismus, auf der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Es ist die Pflicht eines jeden Kommunisten, konsequent für die Friedenspolitik und die sozialistischen Errungenschaften der DDR einzutreten, sie offensiv und kämpferisch zu vertreten.

Das Ziel der KPD ist der Sozialismus, der die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat. Die gegenwärtige Hauptaufgabe der Partei

¹⁵ Programmatische Erklärung auf dem Parteitag 1963 „Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“. Die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte und eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung stehen im Mittelpunkt des Kampfes der KPD. Die Partei richtet den Hauptstoß gegen die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals und tritt konsequent für die Aktionsgemeinschaft der westdeutschen Arbeiter und für das Zusammengehen der Arbeiter in beiden deutschen Staaten ein.“ (aus Weltgeschichte in Daten, S.1119)

ist der Kampf für die Erhaltung und Sicherung des Friedens, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, für die Verwirklichung der im Grundgesetz enthaltenen Grundrechte.“ (a.a.O. S. 469 f.) Gegen den Kurs der KPD-Führung regt sich Opposition von links: Blinkfüer, Roter Morgen u.a.

- **Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus:**

In der BRD ist seit 1950 (s. Weißbuch) der deutsche Imperialismus wieder erstanden, der sich zunehmend von den USA unabhängig macht (EWG-Vertrag 1958, Aufwertung der DM 1961); die nationale Bourgeoisie der BRD geht auf die Seite der Monopolbourgeoisie über, dadurch wird die soziale Revolution des Proletariats zum einzigen Mittel, die nationale Frage in Deutschland zu lösen (BRD ist keine „Bananenrepublik“ mehr).

Fortsetzung des Befreiungskampfs im Süden Vietnams, Sieg der FLN im algerischen Befreiungskrieg 1954-1962, Befreiung Kubas (1956-1958). „Entlassung in die Unabhängigkeit“ der meisten englischen, niederländischen und französischen Kolonien, Herausbildung des Neokolonialismus (besonders deutlich die Vorgänge im Kongo 1960/61 mit dem Sturz und der Ermordung Lumumbas oder 1965 die Etablierung von Marionetten des Imperialismus in Indonesien verbunden mit hunderten von Massakern an Kommunisten, über eine Million Tote).

Entstehung von Befreiungsbewegungen (u.a. PLO 1964, bewaffneter Kampf in Südafrika seit 1959/61)

Seit 1955 (Konferenz von Bandung und erstmals Selbstbezeichnung als „Dritte Welt“). Entstehung der Bewegung der „Blockfreien Länder“ mit Indien, Jugoslawien, Ägypten aber auch der VR China.

- **Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen:**

USA verdrängen England und Frankreich, die ihre Kolonien verlieren (nach den asiatischen wie Indien, Indochina etc. nun die afrikanischen, wie Kenia, Nigeria, zuletzt Algerien z.T. durch Befreiungskämpfe). Die Suez-Krise 1956 besiegelt die Vorherrschaft der USA gegenüber den Verbündeten England und Frankreich. Sie werden so immer mehr zu Zugeständnissen an die aufstrebende deutsche Monopolbourgeoisie gedrängt. Frankreich und Italien gehen 1956 in die Verhandlungen zur Bildung der EWG. Die „Römischen Verträge“ werden am 25.3.1957 unterzeichnet und treten zum 1.1.1958 in Kraft. Israel wird zum Vorposten der USA im Nahen Osten.

1964 holt Frankreich sein Gold aus den USA zurück und tritt 1966 aus den NATO-Strukturen aus. De Gaulle unterstreicht damit die Vorstellungen der französischen Monopolbourgeoisie von einer „polyzentrischen“ Welt gegenüber einer „bipolaren“ Konstellation (USA vs. UdSSR).

Wiederaufstieg des deutschen und japanischen Imperialismus zunächst im Windschatten der USA.

Neuformierung der Monopolgruppen um die Deutsche Bank einerseits und die Dresdner Bank andererseits, Positionierung des „alldeutschen Flügels“ (später von uns „Europäer“ genannt) und des „Amerika-Flügel“ (später „Transatlantiker“) des deutschen Finanzkapitals, Allianzen mit US-Monopolen (AEG-GE, Siemens-Westinghouse u.v.a.), Umverteilung der Quoten in den alten/neuen Kartellen zugunsten der deutschen und japanischen Monopole.

- **Widersprüche im sozialistischen Lager:**

Zunehmende Bedeutung für die Entwicklung gewinnen die Widersprüche im sozialistischen Lager. 1956: 20. Parteitag der KPdSU und die Durchsetzung des modernen Revisionismus, konterrevolutionäre Aufstände in Polen und Ungarn, massive Abwerbung von Fachkräften zur Destabilisierung der DDR (verstärkt ab 1958). Die Hegemoniebestrebungen der SU-Führung, die den Ländern des RGW keine umfassende Entwicklung der nationalen Ökonomien mehr zubilligen, sondern auf Arbeitsteilung und Spezialisierung drängen. Die Stärkung der „nationalkommunistischen“ Bestrebungen in Polen und Ungarn, die Rechtfertigung des jugoslawischen Kurses durch Chruschtschow. Die Bestrafung von „Abtrünnigen“ wie VR Albanien und VR China (1958/59) mit Isolierung und Entzug der Hilfe. 1963 kommt es zum offenen Bruch zwischen der KPdSU und der KP China.

3. Die weitere Entwicklung:

Mit der Wirtschaftskrise 1966 ist die Wiederaufbauphase des deutschen Imperialismus vorüber. Neben dem Wiedereintritt in den Konjunkturzyklus zeigen sich bereits Anzeichen der allgemeinen Krise (sog. Strukturkrise beim Kohlebergbau). Wiederenstehung einer eigenen Rüstungsindustrie mit den alten Nazimonopolen an der Spitze: Krupp, Thyssen, Flick, Siemens, Daimler, Messerschmitt u.a. BRD wird Kapital exportierendes Land. Die BRD wird stärkste Wirtschaftsmacht in der EWG und ist Komplize des US-Imperialismus bei der Finanzierung der Weltgendarmenrolle (in einem System der festen Wechselkurse bedeutet die Duldung eines faktisch überhöhten Dollar-Kurses, dass den USA-Monopolen erlaubt wird, billig Rohstoffe, Zulieferprodukte etc. im Ausland einzukaufen).

1968–69 DKP-Gründung statt Kampf zur Aufhebung des KPD-Verbots

1. Lage 1968

BRD hat sich zur führenden Wirtschaftsmacht in Westeuropa entwickelt. Der deutsche Imperialismus beginnt aus dem Windschatten des US-Imperialismus heraus zu treten. Mit der „neuen Ostpolitik“ (bereits von Willi Brandt begonnen als Außenminister in der großen Koalition) tritt die offen revanchistische Variante in der Politik des deutschen Imperialismus zurück gegenüber der „liberalen“ Variante: „Die Burg von Innen sturmreif machen“, „Wandel durch Annäherung“ (erstmalig von Egon Bahr, dem engsten Berater von Brandt, bei einem Vortrag in der Evangelischen Akademie in Tutzing ausgeführt).

Im Jahr 1968 verknüpfen sich verschiedene Bewegungen:

Die Anti-Vietnam-Kriegsbewegung, die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und die Bewegung der Studenten gegen reaktionäre Bildungsinstitutionen und unerträgliche Studienbedingungen. Anwachsen von antifaschistisch-demokratischem Bewusstsein: Auseinanderklaffen von Verfassung und Verfassungswirklichkeit, gegen Totschweigen der Nazivergangenheit, gegen das Anwachsen der 1964 gegründeten NPD. Zunehmend spielt auch eine Rolle bei der Bewegung in den Betrieben die Umverteilung zugunsten der Monopolbourgeoisie im Rahmen der „Konzertierten Aktion“ (zentrale Arbeitsgemeinschaft von Unternehmerverbänden, Staat und Gewerkschaften), das Hinterherhinken der Löhne trotz starkem Konjunkturaufschwung und nicht zuletzt die Benachteiligung von Arbeiterkindern im Bildungssystem der BRD.

Als Hintergrund ist die spannungsgeladene politische Atmosphäre zu berücksichtigen, die an folgenden Ereignissen festgemacht werden kann:

- Der im Juni 1967 vom US-Imperialismus angezettelte Krieg Israels gegen Ägypten, Syrien und Jordanien.
- Das Attentat auf Dutschke im April 1968,
- das Durchpeitschen der Notstandsgesetze im Mai 1968,
- die von Teilen der französischen Arbeiterklasse unterstützte Studentenbewegung in Frankreich,
- die Zuspitzung des Vietnamkriegs der USA¹⁶ (sog. Tet-Offensive im Januar 1968, 16. März Massaker von My Lai).
- Die Hoffnungen, die durch die Erfolge bei der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der VR China geweckt werden: Massenlinie der KP China, Verteidigung des Marxismus-Leninismus, Kampf gegen die Restauration des Kapitalismus, Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen.
- Dagegen die objektiv konterrevolutionären Studentenbewegungen in einzelnen Staaten des Warschauer Vertrags, die allerdings auch Ausdruck der revisionistischen Entwicklungen in den kommunistischen Parteien sind (s. auch Wertung durch die Partei der Arbeit Albaniens auf dem IV. Parteitag);
- schließlich der Einmarsch in die CSSR von bewaffneten Streitkräften der Warschauer Vertragsstaaten am 21. August 1968, der zwar die Auslieferung der CSSR an den Imperialismus verhindert, aber die Fehler, die in diese Lage geführt haben, nicht grundlegend korrigiert.

2. Entwicklung der zentralen Widersprüche 1968

• Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager:

Die Widersprüche scheinen sich im Befreiungskampf des vietnamesischen Volks zu konzentrieren. Die SU versucht aber die Politik des Ausgleichs mit dem US-Imperialismus fortzusetzen. Hier ist auch die Reise von Staatspräsident Podgorny und Ministerpräsident Kosygin in die USA zu beachten: Das Treffen mit US-Präsident Johnson in Glassboro im Juni 1967 (s.o.).

Die Breschnew-Doktrin¹⁷ beansprucht neben der Sicherheitsgarantie für die sozialistischen Länder, aber auch die Suprematie der SU gegenüber den anderen sozialistischen Ländern einschließlich des Eingreifens in die inneren Angelegenheiten. (Ein gegenläufiges korrektes Eingreifen könnten die Volksfreiwilligen der VR China in Korea 1951 darstellen). 1969 ist ein zentrales Jahr im Ringen des Weltproletariats mit der Weltbourgeoisie um Machtpositionen und Einfluss. Dabei ist das Weltproletariat geschwächt durch das Verstärken des Revisionismus.

• Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, besonders BRD:

Die gute Konjunktur, die nicht zuletzt durch die Vietnam-Konjunktur des US-Imperialismus gefördert wird (Aasgeier-Rolle des deutschen Imperialismus), verbessert die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. Betriebliche Aktionen gegen die Notstandsgesetze werden zunächst von der IGM-Führung geduldet, aber dann abgewürgt. Mit

¹⁶ 1968 sind über 500000 amerikanische Soldaten in Südvietnam stationiert!

¹⁷ Hauptthese: Die Souveränität eines einzelnen sozialistischen Staates findet ihre Grenzen an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft

der großen Koalition und dem Konjunkturprogramm wird die Rüstungsindustrie stark ausgebaut. Den rechten Gewerkschaftsführern gelingt es, die demokratische und antifaschistische Bewegung für die SPD zu kanalisieren. Durch die DKP-Gründung¹⁸ entfernen sich die Kommunisten von der Massenbewegung zur Aufhebung des KPD-Verbots, die entstehenden kommunistischen Zirkel können der Bewegung noch keine neue Stoßkraft verleihen.

Die Linie der KPD und die Auseinandersetzungen:

- für eine „demokratische Wende“, statt großer Koalition
 - Unterstützung des Kampfs gegen die Notstandsgesetze und der Studentenbewegung – Desorientierung in der Haltung zur CSSR und der Dubcek-Regierung
 - Desorientierung durch Verhandlungen über eine Wiedezulassung der kommunistischen Partei. Die Initiative geht von Willy Brandt aus unter Einschaltung der KP Italien, die sich als Mittler zu SED und KPdSU anbietet. Während die KPD in der BRD noch die Bewegung zur Aufhebung des KPD-Verbots unterstützt, fällt im September das Politbüro der SED die Entscheidung, eine Legalisierung als DKP unter Verzicht auf Diktatur des Proletariats, dialektischen Materialismus und demokratischen Zentralismus anzustreben. Breite Teile der Mitgliedschaft und der Führung sind von dieser Entscheidung überrascht und brüskiert. Gegen die im Oktober erfolgte Gründung der DKP polemisiert Max Reimann noch auf der Beratung der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien im Januar 1969 in Moskau.
- **Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus:**
Wie oben.
 - **Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen:**
Wie oben.
 - **Widersprüche im sozialistischen Lager:**
Die Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und der VR China gipfeln im Ussuri (chin. Wusuli Jiang)-Konflikt 1969 mit bewaffneten Kämpfen um den Grenzverlauf.¹⁹ Von der KP China wird die SU-Führung als sowjetrevisionistische Renegatenclique und die Sowjetunion als sozialimperialistisches Land, später sogar als sozialfaschistisches Land bezeichnet. Ausgangspunkt war die sog. 3-Welten-Theorie, bei der die „erste Welt“ aus den beiden Supermächten USA und Sowjetunion besteht. Hier sind auch die Konflikte im RGW zu untersuchen und die Formen, in denen sich die Widersprüche zwischen der sozialistischen Sowjetunion und den mit ihr befreundeten sozialistischen Ländern im RGW unter dem Einfluss „nationalkommunistischer Ideologie“ (siehe Gomulka, Dubcek usw.) entwickeln.
Ebenso sind Einheit und Widerspruch zwischen China und Albanien, Vietnam, Laos, Kambodscha zu sehen. Auch die Auswirkungen der Existenz zweier sozialistischer Lager auf die Befreiungsbewegungen, wie sich später zeigen wird, in den verschiedenen „Moskau-“ oder „Peking-orientierten“ Organisationen.

¹⁸ Die fortgeschrittensten Kräfte in der demokratisch-antifaschistischen Bewegung befanden sich in der Initiative zur Abschaffung des KPD-Verbots (siehe: KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben, Reinbek 1968). Mit der DKP-Gründung war dem **demokratischen** Kampf gegen den Antikommunismus die Spitze abgebrochen.

¹⁹ 1995 Anerkennung der chinesischen Ansprüche durch Russland – ratifiziert 2005

3. Die weitere Entwicklung

Die Studentenbewegung verbreitert und differenziert sich bis ca. 1973. Die besten Kräfte sammeln sich gegen die reaktionäre Hochschulgesetzgebung. Ausdifferenzierung in die verschiedenen Organisationen mit demokratisch-antifaschistischem und kommunistischem Anspruch.

Es werden in Westdeutschland in den folgenden Jahren mehr Hochschulen gegründet als bis dahin im ganzen 20. Jahrhundert. Die Bourgeoisie ist bestrebt, den Anschluss an die internationale technische Entwicklung zu gewinnen (relativer Mehrwert), dafür werden z.T. nicht mehr haltbare ständische Strukturen an den Hochschulen geopfert.

Die Bewegung hat scheinbar unumstößliche Autoritäten zum Wanken gebracht, internationalistische sowie antifaschistische, demokratische und antimilitaristische Forderungen erhoben. Was durchgesetzt werden konnte (Strafrechtsreform etc.) machte die BRD zu einem imperialistischen Land mit etwas modernerem Antlitz. Dass seine Grundlage weiterhin der Antikommunismus war, wird sich in den Berufsverboten zeigen.

Die verschiedenen Figuren, die die „68er“ hervorgebracht haben: Mahler, Rabehl, Langhans u.a., die zu den Faschisten überlaufen, der Flügel der zum kleinbürgerlichen Fanal-Anarchismus mit individuellem Terror übergeht (RAF u.a.). Die durch den „Marsch durch die Institutionen“ „geformten“ Helden wie Josef Fischer (Spontis), Jürgen Trittin (KB), Andrea Fischer und Ulla Schmidt (KBW), oder als Stamokap-Jusos „erzogene“ Heroen wie Gerhard Schröder.

Demgegenüber die wenigen kommunistischen Kader, die nicht von SPD oder Grünen aufgesaugt wurden, die nicht im Niedergang des sozialistischen Lagers in Europa das Handtuch warfen.

Konnte 1968 der Vormarsch der Reaktion in der BRD zeitweise verlangsamt werden und antifaschistisch-demokratische Ideen zeitweise die Oberhand gewinnen, blieb die Bewegung im Klassenunspezifischen stecken, im kleinbürgerlichen Demokratismus, in der Verbreitung von Gleichheitsillusionen. Für einen Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz“. Daher auch die Affinitäten zu den reaktionären Bewegungen in den sozialistischen Ländern, die sich hinter der Losung des Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“ versammelten.

1969–1981 Zirkelwesen

1. Lage und Auseinandersetzungen:

1968/69 bilden sich in vielen Großstädten der BRD marxistische Zirkel heraus, die den Kampf in Schulen und Hochschulen mit dem Kampf in den Betrieben verbinden und ihm eine sozialistisch/kommunistische Perspektive geben wollen, die sie bei der DKP vermissen. Gegenüber der DKP spielen auch latent antikommunistische Vorbehalte eine Rolle, die sich u.a. an den Vorurteilen gegenüber der Sowjetunion und der DDR festmachen. Die DKP wird als „moskau-treu“ verschrien, ohne dass die Unterschiede gegenüber den gleichlautenden Vorwürfen der Reaktionäre hinreichend gezogen wurden. Ferner wird die DKP als Zentrum des modernen Revisionismus gesehen und damit

im großen Stil die Auseinandersetzung in der kommunistischen Weltbewegung thematisiert. Aus verschiedenen Vorläuferorganisationen, wie z.B. Arbeiter-Basis-Gruppen, Neues Rotes Forum usw. bilden sich die KPD/ML in Frankfurt, die KPD/AO in Westberlin, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) in München (1973), der Kommunistische Bund Westdeutschland in Heidelberg, der Kommunistische Bund in Hamburg und der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD) in Tübingen/Stuttgart. Daneben erhalten Zulauf trotzkistische Organisationen wie die GIM und Organisationen in der Tradition der KPO wie Arbeiterpolitik/Arbeiterstimme (in der Tradition der von der KPD als Rechtsopportunisten 1928 ausgeschlossenen Funktionäre Heinrich Brandler und August Thalheimer). Gelegentlich übernimmt das sozialistische Büro Offenbach Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen verfeindeten Organisationen, vor allem auf gewerkschaftlicher Ebene.

Die dem Mao Tse-tung-Denken verpflichteten oben genannten Bünde begreifen sich zunächst alle als Zirkel im Leninschen Sinne (siehe Lenin, Was tun, 1902), aus denen durch die Überwindung von ideologischer Unklarheit und von Handwerkelei zunächst überörtliche Vereinigungen und schließlich bundesweite Organisationen/Parteien entstehen sollen. Dieser Prozess wird durch vorzeitige Gründungen von verschiedenen KPDs mit Alleinvertretungsanspruch abgebrochen. Programm und Statut, sowie eine strenge organisatorische Gliederung genügen, um sich als Avantgarde-Partei selbst zu ernennen.

Die wesentlichen Auseinandersetzungen zwischen diesen Organisationen verlaufen in der Frage der Bestimmung des Hauptfeindes: Deutscher Imperialismus (AB) oder sowjetischer Sozialimperialismus und US-Imperialismus (Supermächte – KPD/AO, KPD/ML, KABD). Alle diese Organisationen, außer dem AB, zeichnen sich durch eine Unterschätzung der Gefahr von Faschismus und Krieg aus, die vom deutschen Imperialismus ausgeht.

Weiterhin zur Haltung gegenüber der Sozialdemokratie: Wegbereiter des Faschismus und Einheitsfronttaktik oder sozialfaschistisch und ultralinke Abgrenzung.

Gegenüber den Gewerkschaften: Die (bestehenden) Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen oder eigene rote Gewerkschaften aufbauen (RGO-Politik – KPD/ML).

Zur nationalen Frage: Sturz des deutschen Imperialismus in der BRD mit der Perspektive eines freien, einigen und sozialistischen Deutschlands (in Verbindung mit der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR) oder BRD (und DDR) als von US- bzw. sowjetischen Sozialimperialismus beherrschte Länder, mit der Perspektive eines nationalen Befreiungskampfs unter Einbeziehung der nationalen Bourgeoisie. Daneben auch alle möglichen weiteren Strömungen wie den Luxemburgismus/Kosmopolitismus u.a.

Insgesamt zeichnet die Jahre ab 1967-1973 eine Aufbruchstimmung aus, die vor allem die Jugend erfasst. Sie wird von den genannten Gruppen mit der Entwicklung einer revolutionären Situation verwechselt.

Seit 1972 erfolgt mit dem sog. Radikalenerlass eine massive Repressionswelle mit Überwachung, Verhören und Berufsverboten, die zunächst vor allem Genossen von DKP und MSB trifft. In diesem Klima und bei sich verschärfenden wirtschaftlichen Kämpfen bilden sich Gruppen, die den individuellen Terror als Initialzündung für das Aufrütteln von Massen ansehen. Die bilden im Weiteren die RAF, die zunächst Sympathien vor allem in Teilen des Kleinbürgertums, aber auch in rückständigen Teilen der Arbeiterklasse genießt. Die Unterwanderung und Benutzung durch die Geheimdienste kann inzwischen als gesichert erachtet werden. Die Ereignisse spitzen sich 1976/77 zu; sie gehen hart an die Grenze des Staatsstreichs mit der Bildung eines Krisenkabinetts unter Einbeziehung von Franz Josef Strauß und anderen Rechten und Faschisten durch die Schmidt-Genscher-Regierung (Schleyer-Entführung, Entebbe, GSG 9).

Die RAF und andere Gruppen sind als Ausdruck einer „linken“ Strömung anzusehen, weil sie im Gegensatz zu den faschistischen Terroranschlägen einzelne Personen der herrschenden Klasse vernichten und keine Vernichtung von Massen zur Erzeugung von politischer Spannung anstreben – auch wenn sie in der Wirkung ähnlich sind. Auch sie liefern der herrschenden Klasse publikumswirksame Vorwände, um den Ausbau des Staatsapparats, der Repressionsorgane, sowie den Abbau demokratischer Rechte voranzutreiben und von den wirklichen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung abzulenken.

Scharfe Auseinandersetzung der DKP mit „Maoisten“, hier vor allem die Verdammungsveranstaltungen von Steigerwald gegen die oben genannten Zirkel/Parteien – und umgekehrt. Im Zentrum stehen von unserer Seite: der Klassencharakter der BRD (deutscher Imperialismus oder vom Imperialismus abhängiges Land), die Staatsfrage (gegen das Konstrukt der DKP von der „antimonopolistischen Demokratie“), die Gewerkschaftsfrage (Gewerkschaften sind bereits Kampforganisationen der Arbeiterklasse oder müssen erst wieder dazu gemacht werden), und die Revisionismus-Debatte inklusive des Klassencharakters der Sowjetunion und der DDR.

Ab den Verbotsdrohungen von 1977 und dem Rückgang der spontanen Arbeiter- und Jugendbewegung Zerfall der meisten Zirkel/ „Parteien“, von denen sich breite Teile den Grünen anschließen (vor allem KBW und KB). Die Grünen (gegründet im Januar 1980, seit 1983 im Bundestag) sammeln die kleinbürgerlichen Strömungen ein, die folgende Antworten auf die brennenden Fragen geben: Auf die zunehmende Kriegsgefahr Pazifismus, auf die Zerstörung der natürlichen Grundlagen Kampf der Technik insbesondere der Atomtechnologie.

Mit der Wahl des SA-Mannes Carstens zum Bundespräsidenten (1979) und mit der Kanzler-Kandidatur des Offiziers für wehrgeistige Führung und selbsternannten Führers der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ Strauß (1980) zeigt das rechte und faschistische Lager in der BRD, wie es die rechte Politik der SPD-Führung zu nutzen versteht. Das faschistische Programm von Strauß, in Sonthofen (1974) verkündet und bei seinem Besuch in Pinochet-Chile 1977 bestätigt, wird zur realen Gefahr. Als Ministerpräsident in Bayern (seit 1978) deckt er die Mordserie der Terrorfaschisten um die Wehrsportgruppe Hoffmann und versucht deren Attentat auf dem Oktoberfest vom 26.9.1980 den Linken anzulasten. Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

und die Brecht-Tochter Hanne Hiob ergreifen mit dem „Anachronistischen Zug“ die Initiative zum Widerstand. Strauß kann als Kanzler zwar verhindert werden, aber er und die CSU/CDU erhalten bei den Wahlen vom 5.10.1980 immerhin 44,5% der Stimmen.

2. Entwicklung der zentralen Widersprüche im Zeitabschnitt

• Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager:

Versuchte Abschwächung dieser Widersprüche durch die Führung der KPdSU, Moskauer Verträge 1970 über den Kopf der DDR hinweg, Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1973-75/Schlussakte von Helsinki). Von diesen Initiativen profitierte in erster Linie der deutsche Imperialismus, der dadurch verharmlost wird, nicht einmal zu elementaren Zugeständnissen gezwungen wird und den Revanchisten alle Türen offen gehalten werden wie Nichtigkeit von Anfang an (ex tunc) des Münchner Abkommens von 1938, Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze usw.. Statt die Kriegstreiber zu entlarven und zu bekämpfen, wird ihnen prinzipielle Friedensfähigkeit bescheinigt und die Freiheit für die Einmischung in die Angelegenheiten der sozialistischen Länder garantiert. Gleichzeitig lässt sich die CSU mit ihrer Klage gegen den Einigungsvertrag BRD und DDR durch das Bundesverfassungsgericht die völkerrechtliche Nichtanerkennung der DDR bestätigen. Ab 1977 nimmt die SU die wachsende Bedrohung durch den Imperialismus zur Kenntnis: Stationierung von SS 20 Raketen u.a. auf dem Territorium der DDR. Darauf erfolgt 1978 der sog. Nato-Doppelbeschluss, der die Stationierung von Pershing-Raketen vorsieht. Neben dieser Peitsche, Zuckerbrot wie z.B. die Ausweitung des innerdeutschen Handels (z.T. kreditfinanziert durch den sog. Swing)

• Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder:

Den 1969/70 geführten spontanen Kämpfe u.a. um Nachschläge („Septemberstreiks“) werden von der rechten Gewerkschaftsführung u.a. durch Repressalien gegen Revolutionäre die Spitze abgebrochen (Abgrenzungsbeschlüsse). Gleichzeitig müssen hohe Lohnforderungen aufgrund der sichtbar werdenden Umverteilung zugunsten der Monopole und aufgrund der steigenden Inflation aufgestellt werden. 1972 geht die IGM mit einer Forderung von 11% (schon stark herabgesetzt gegenüber viel höheren Forderungen aus den Betrieben) in die Tarifaueinandersetzungen. 1974 werden z.B. von der ÖTV Lohnabschlüsse von mehr als 7% erreicht. Mit dem Beginn der Krise 1973 („Ölkrise“) werden einerseits die arabischen Staaten und nicht die Ölmonopole verantwortlich gemacht, die chauvinistische Hetze gegen „Ölscheichs“ etc. wird durch drastische Aktionen wie Sonntagsfahrverbote untermauert. Dies wird ergänzt durch Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte, die somit als Buhmann für die Erwerbslosigkeit gebrandmarkt werden.

Das Jahrzehnt 1970/1980 ist geprägt durch sozialdemokratisch geführte Regierungen (mit der FDP). Zunächst mit Willi Brandt als Kanzler, der nach dem Misstrauensvotum 1972 die Wahlen gewinnt, aber 1974 über die Guillaume-Affäre fällt. Aus dieser Zeit rühren auch die Auseinandersetzungen über eine richtige Wahltaktik der Kommunisten (Wahlboykott, SPD als kleineres Übel wählen oder die SPD stützen wie der Strick den Gehängten). Während offiziell eine Entschärfung aller Widersprüche verlautbart wird: Entspannungspolitik, Demokratie wagen, soziale Gerechtigkeit... wird in diesem Jahrzehnt der deutsche Imperialismus zur stärksten und aggressivsten Macht in Europa. Aggressiv, weil weiterhin die territorialen Ansprüche nach Osten

aufrechterhalten werden und die massive Akkumulation von Kapital die Expansion nach Außen erforderlich macht. So exportiert die BRD zwischen 1970 und 1975 ebenso viel Kapital ins Ausland wie zwischen 1950 und 1969.

Ab 1975 erreicht die Erwerbslosigkeit über 1 Million; dagegen große gewerkschaftliche Aktion vor allem gegen Jugendarbeitslosigkeit. Aber insgesamt erhöht die hohe Erwerbslosenzahl die Konkurrenz unter den Arbeitern und drückt auf die spontane Bewegung gegen die Abwälzung der Krisenlasten.

Ein Hoffnungszeichen ist der Stahlarbeiterstreik 1978/79, bei dem auch die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wird.

Durch den massiven und zunehmenden Kapitalexport der (west-)deutschen Monopole wird der Prozess eingeleitet, dass wachsende Teile der Belegschaft eines Konzerns im Ausland arbeiten.

In Folge der Krise werden von der Regierung auch zunehmend die Sozialkassen geschwächt und geplündert. Je mehr die Sozialdemokratie das Geschäft der Bourgeoisie betreibt, desto mehr verliert sie ihren Rückhalt in der Arbeiterklasse. Davon profitieren aber nicht die Kommunisten, sondern die Rechten.

- **Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus:**

Ein Höhepunkt des neudemokratischen Kampfs ist 1975 der Sieg des vietnamesischen Volks gegen den Imperialismus, gegen den US-Imperialismus vor allem, und die Befreiung Vietnams, Laos und Kampuchea. Vom kolonialen Joch befreien sich 1974 auch die portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique, Guinea-Bissau und Kapverdische Inseln. In Europa befreien sich 1974 Portugal und Griechenland von den faschistischen Regimes (Salazar seit 1926 und Papadopoulos/Pattakos seit 1967) und schließlich fällt das Franco-Regime 1976 (seit 1939 über ganz Spanien). 1979 kann sich das iranische Volk vom Schah-Regime befreien. Gleichzeitig beginnt der Rollback des Imperialismus mit dem Sturz der Allende-Regierung in Chile 1973. Dieser Rollback findet einen Höhepunkt einerseits in dem faschistischen Militärputsch in der Türkei vom 11. September 1980 und dem vom US-Imperialismus angezettelten Überfall des Irak (damaliger Bündnispartner: Saddam Hussein) auf den Iran 1980 und mit dem Beginn der konterrevolutionären Solidarność-Bewegung in Polen. Hintergrund ist die sog. „Schuldenkrise“. In den 1970er Jahren hatten die imperialistischen Länder großzügig Kredite an sozialistische und an Entwicklungsländer vergeben (auch unter Einbeziehung von IWF und Weltbank), die mit Krise und schleppender Konjunktur seit 1974/75 nicht mehr bedient werden können. Besonders betroffen davon sind auch sozialistische Länder wie Polen (dessen Schicksal von den im sogenannten „Pariser Club“ versammelten staatlichen und privaten Gläubigern verhandelt wird), aber auch die SU und z.B. Rumänien, denen jetzt die Rechnung präsentiert wird. Dies nimmt die Form von radikalen Sparprogrammen an, die die Versorgungslage in diesen Ländern zum Teil drastisch verschlechtert. Dies ist auch im Zusammenhang mit dem seit Gomulka gepflegten und von Chruschtschow sanktionierten Nationalkommunismus zu sehen.

- **Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen:**

Der rasante Niedergang des Währungs-Systems von Bretton Woods seit 1968 bis zu seinem Zusammenbruch 1973 war einerseits ein Befreiungsschlag des US-Imperialismus, der nun nicht mehr mit Gold für seine Schulden haften musste. Aber mit der (relativen) Freigabe der Wechselkurse kam es auch zum Fall des Dollarkurses und

damit zur Verteuerung der bisher billigen weltweiten Einkaufsmöglichkeiten (von Rohstoffen und Unternehmen). Gleichzeitig damit: Weiter fortschreitender Aufstieg des deutschen und japanischen Imperialismus, die durch die Krise 1974/75 und auch durch die Sanierungsmaßnahmen des englischen und französischen Imperialismus nicht aufgehalten wurden. England ist in diesen Jahren geprägt durch starke gewerkschaftliche Widerstandsaktionen. Dagegen sucht die herrschende Klasse Anschluss an die EWG, der sie 1974 mit gewissen Sonderrechten beitrifft. Die von England als Gegengewicht gegen die EWG favorisierte EFTA führt danach nur noch ein Schattendasein.

In Italien verzeichnet die Arbeiterbewegung durch hohe Streiktätigkeit zahlreiche Erfolge (Statuto dei lavoratori mit Erschwerung von Entlassungen, Scala Mobile als automatische Lohnanpassung an die Preissteigerungen). Daneben systematischer Ausbau des faschistischen Terrors 1969 bis hin zum Anschlag vom 2. August 1980 in Bologna mit der strategia di tensione (Strategie der Spannung) als offene Drohung mit faschistischer Machtübernahme. Die Bedeutung, die das geheime von US-Imperialismus und NATO unterstützte Netzwerk GLADIO in diesen Verhältnissen hat, wird zum Teil erst in den letzten Jahren aufgedeckt.

Die Deutsche-Bank-Gruppe mit Siemens, Daimler und Anderen gewinnt als „Alldeutsch-Europäischer“-Flügel des deutschen Finanzkapitals, den Vorrang gegenüber der Dresdner-Bank-Gruppe mit AEG u.a., die in dieser Zeit für den „Amerikanisch-Transatlantischen“-Flügel des deutschen Finanzkapitals steht. Bezeichnend dafür ist vor allen Dingen die Schwächung und das schließliche Verschwinden der AEG ebenso wie die beinahe Pleite des Krupp-Konzerns, dessen Hausbank in dieser Zeit ebenfalls die Dresdner Bank ist.

- **Widersprüche im sozialistischen Lager:**

Ausdruck des Zerfalls des sozialistischen Lagers sind nicht nur die Auseinandersetzungen mit China und Albanien, sondern auch die Aufnahme von Krediten einzelner Länder bei den imperialistischen Ländern und deren Großbanken. (Polen, Rumänien u.a.), die dann im Zuge der Weltwirtschaftskrise in erhebliche Absatz- und damit Zahlungsschwierigkeiten geraten. Anwachsende Widersprüche zwischen der SU und den anderen RGW-Ländern.

Die SU ist auf kapitalistischem Kurs: Ab der Krise 1973-75 verstärkte Orientierung am Weltmarkt (Ölpreis) und damit in Frage stellen der gesamten etablierten Austausch- und Preisrelationen im RGW.

Die Sowjetunion interveniert 1979 militärisch in Afghanistan und wird dort Macht und Ansehen verspielen. Brzezinski: „Wir haben ihnen ihr Vietnam bereitet.“

Die VR China bleibt im sozialistischen Lager relativ isoliert. Die Verbindung zu Albanien zerbricht 1978,

1979 fallen chinesische Truppen in Vietnam ein. 1977 war Vietnam militärisch gegen die Roten Khmer in Kampuchea vorgegangen. (s. zu diesem Thema auch KAZ 347: „Vietnam und China: Was steckt hinter dem Streit um die Inseln.“)

Enge Beziehungen der VR China bestehen weiterhin zu DVR Korea.

Nach 1969 kommt keine autoritative Beratung der Kommunisten und Arbeiterparteien mehr zu Stande, zumal sich die stärksten westeuropäischen KPs unter der Fahne des „Eurokommunismus“, in der Tat als Eurorevisionisten, immer offener auf den rechtsopportunistischen Weg begeben. (Italien, Frankreich, Spanien).

Die „nationalkommunistischen“ Tendenzen verstärken sich vor allen Dingen in

Polen (s. hierzu auch Wojtila in „Papst ohne Heiligenschein“) und unterschwellig in den baltischen und in den Kaukasus-Republiken der UdSSR. Dabei scheinen die Streiks 1970 in Polen noch keine konterrevolutionäre Stoßrichtung gehabt zu haben. Die bürgerliche Dissidentenbewegung in der SU (Sacharow und Solschenizyn, der Bewunderer der chilenischen Faschisten) gewinnt an Einfluss.

Biermann-Affäre 1976, die mit dem Abfall von Teilen der Intelligenz endet: Die DDR-Führung hilflos, aber noch nicht machtlos. Möglicherweise ist die Biermann-Angelegenheit ein Beispiel dafür, was passiert, wenn Widersprüche zwischen uns und dem Feind und Widersprüche im Volk nicht sorgfältig unterschieden werden.

Im Westen von den Trotzkiten und z.T. von „Antirevisionisten“ gefeiert, die, ähnlich wie bei Havemann und Bahro, den kleinbürgerlichen Klassencharakter der Kritik am Sozialismus vertuschen.

3. Die weitere Entwicklung:

s. unten: „Die Einverleibung der DDR ...“

1981 Die 10. Oktober-Bewegung und die Formierung der „Grünen“

1. Lage und Auseinandersetzungen:

Das Jahr 1980 ist geprägt durch die lautstarke Rückkehr des US-Imperialismus als führende Weltmacht und als Weltpolizist. Dies kommt in der Wahl von Reagan und dessen Ankündigung des SDI-Programms („Krieg der Sterne“) zum Ausdruck.

Im September 1980 wird der Krieg zwischen dem Irak, wo die USA Saddam Hussein aufgebaut haben und dem Iran, wo im Februar 1979 das Schah-Regime durch einen Volksaufstand gestürzt worden war, angezettelt. Sein erstes Ergebnis war die Zerstörung der größten Raffinerie außerhalb der imperialistischen Länder in Abadan/Iran ist. Im Dezember 1979 waren sowjetische Truppen in Afghanistan nach dem Sturz der Regierung Taraki einmarschiert.

Am 11.09.1980 putscht das Militär in der Türkei.

Im November 1980 wendet sich das Bündnis um den Krefelder Appell, in dem die DKP maßgeblich mitwirkt, gegen den Nato-Doppelbeschluss und die wachsende Kriegsgefahr. Das ist der Ausgangspunkt der sog. Friedensbewegung, die zur großen **Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981** in Bonn rund 250 000 Teilnehmer mobilisiert.

Aus dieser Bewegung und der Anti-AKW-Bewegung (anwachsend seit 1974/75 mit den Massenprotesten gegen das geplante AKW Whyll) erhält die Partei Die Grünen ihren Zulauf. Sie erhält Unterstützung nicht nur von den bereits oben erwähnten Teilen aus KB und KBW, sondern auch von offen reaktionären Kräften (Ökofaschisten wie Baldur Springmann, teilweise rückwärts gewandte Kräfte wie die AUD u.a.). Damit gewinnt das Kleinbürgertum eine neue Stimme, die den Frieden erhalten und die Natur schützen will ohne grundlegende Veränderung der Eigentums-, Klassen- und Herrschaftsverhältnisse. Die Losung: „Ob schwarz, ob rot, ob grün – der Atomtod bedroht uns alle!“ drückt die Absage an den Klassenkampf und die Tendenz zur Volksgemeinschaft deutlich aus. Hinzu kommt, dass Umweltfragen in den Vordergrund gerückt werden, die ebenfalls als über den Klassen stehend behandelt werden. Auch Greenpeace deckt mit seinen Aktionen zwar durchaus Missstände auf, aber stellt die Verbindung zu den

Eigentumsverhältnissen nicht her. (Was sie sich auch nicht als Aufgabe gestellt haben)
Die Kommunisten sind nicht in der Lage die Enthüllungen entsprechend zu nutzen.
Die Gründung der Grünen bedeutet einen entscheidenden Schlag gegen die kommunistische und antifaschistisch-demokratische Bewegung in Westdeutschland. Die größten Zirkel (DKP, KBW, KB) ordnen sich entweder bei den Grünen ein oder ordnen sich der Friedensbewegung unter. Die Friedensbewegung selbst wendet sich ganz überwiegend gegen den US-Imperialismus und verharmlost den deutschen Imperialismus als Bananenrepublik. Deutlich wird dies u.a. auch, dass den seit 1980 provokativ (Verteidigungsminister Apel/SPD) stattfindenden öffentlichen Gelöbnissen (im November 1981 auch auf dem Gelände der Firma Keiper Recaro in Rockenhausen) von Seiten der Friedensbewegung kein organisierter Widerstand entgegengesetzt wird. Vor lauter Friedensbewegung bleibt die Erklärung der DGB-Führung („Sieben-Punkte-Erklärung“ von 1981) zur „Ausöhnung“ von deutschem Militär und Arbeiterbewegung weitgehend unbeachtet. Die Friedensbewegung zerfällt, als am 22. September 1982 der Bundestag trotz aller Proteste die Stationierung der Pershing-Raketen beschließt. Dies ist die letzte Großtat des SPD-Bundeskanzlers Schmidt, der wenige Tage später vor Kohl kapituliert und abdankt.

Eine ganze Reihe von Revolutionären verabschiedet sich aus der westdeutschen Politik und wendet sich antiimperialistischen Bewegungen in Nicaragua (1979 nach dem Sturz des Somoza-Regimes durch die Sandinisten) oder Palästina zu, insbesondere wieder nach dem Überfall Israels auf den Libanon 1982 (Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila) bzw. nach Beginn der Intifada 1987.

Zulauf erhält auch die Hausbesetzerszene, die zwar militant, aber geleitet ist durch kleinbürgerlich-anarchistische Vorstellungen. Zwar wird das Eigentum angegriffen, aber die Eigentumsverhältnisse werden nicht antastet. „Instandbesetzen“ von vergammelten Drecklöchern statt Besetzung von Palästen zeigt, dass es um eigenes Häuschen, Gärtchen geht.

Übrig bleiben die geschwächte DKP, die 1987 durch die rechtsopportunistischen „Reformer“ und Gorbatschow-Anhänger gespalten wird. Als weitere Zirkel: der BWK (Überrest des KBW), die Überreste der KPD/ML, deren Mehrheit sich mit der GIM zur VSP vereinigt und der AB, der nach dem Höhepunkt der anachronistischen Züge 1979/80 nicht mehr in der Lage ist, kontinuierlich eine Zeitung herauszugeben, aber gelungene Aktionen durchführt wie die Aufführung der Brechtstücke „Herrenburger Bericht“, „Die Legende vom toten Soldaten“ (Verdun und Bitburg). Zu erwähnen sind hier noch der „Soldatenmarsch“ 1984 zum Landgericht Koblenz mit roter Fahne und in Uniform (unter der Losung: „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn“) und die große Veranstaltung „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten“ zum 40sten Jahrestag zur Befreiung vom Faschismus. 1990 erfolgt dann die Spaltung angesichts der sich seit den Wahlen vom 18. März abzeichnenden Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus. Es geht dabei um die Frage, soll auf die Einverleibung der DDR mit einem weiteren Anachronistischen Zug geantwortet werden oder mit dem systematischen Aufbau der Propaganda um die und in der kommunistischen Arbeiterzeitung.

Der KABD meinte angesichts der Schwächung der kommunistischen Kräfte in der BRD, in die Offensive gehen zu müssen und gründet 1982 die MLPD.

2. Entwicklung der zentralen Widersprüche 1980 – 1989

• Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager:

Die SU gerät gegenüber dem imperialistischen Lager immer stärker ins Hintertreffen. Ökonomisch werden die Produktivkräfte nicht einmal in dem Tempo wie in den imperialistischen Ländern weiterentwickelt. Die Drohung der USA mit dem Krieg der Sterne führt zu einer Ausweitung des Rüstungssektors, der massiv Ressourcen bindet und unter dem Aspekt der Geheimhaltung auch keinen Transfer in die zivile Produktion erbringt. Diese Anforderungen der Rüstung verlangen auch hohe Beiträge von den RGW-Ländern, was die zentrifugalen Kräfte im sozialistischen Lager verstärkt. Dies wird besonders in Polen deutlich, wo die vom US- und deutschen Imperialismus über den Vatikan (Wojtyla seit 1978 Papst Johannes Paul II.) gesteuerte Solidarność 1980 große Streiks organisiert. Es kommt zu konterrevolutionären Unruhen, zur Ermordung von Funktionären der PVAP und der ihr verbundenen Gewerkschaft, was im Dezember 1981 zur Verhängung des Kriegsrechts führt. Zunehmende Verschuldung Polens und Abhängigkeit vom Kreditregime des sog. Pariser Clubs der monopolistischen Großbanken. In Jugoslawien wird seit 1982 der IWF zum bestimmenden Element der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dennoch gilt Jugoslawien als Teil der sozialistischen Länder, statt als trojanisches Pferd des Imperialismus im sozialistischen Lager. Nicht zu unterschätzen auch der zersetzende Einfluss des „jugoslawischen Wegs“ in der Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder mit der scheinbaren Öffnung des sog. „dritten Wegs“ (Arbeiterselbstverwaltung u.a.). Auch Ungarn gerät in diesen Sog.

Die politische und ideologische Hegemonie geht zunehmend auf die Imperialisten über. Mit „Entspannungspolitik“, KSZE, mit der Intervention in Afghanistan und Äthiopien verliert die SU an Einfluss. Durch die auch zu Breschnews Zeiten weiterverfolgte Ideologie des modernen Revisionismus desorientiert die KPdSU-Führung die sozialistischen Länder, die nationalen Befreiungsbewegungen und die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern ideologisch.

Dem gegenüber starten die Imperialisten zunächst in England mit Thatcher und schließlich mit Reagan in den USA die Offensive des „Neoliberalismus“. Vor dem Hintergrund der sog. Schuldenkrise und mit Hilfe des IWF werden insbesondere die vom Imperialismus abhängigen Länder gezwungen, den Schutz ihrer eigenen Ökonomie aufzugeben und ihre sozialen Systeme zu liquidieren. In den imperialistischen Ländern selbst beginnt der Großangriff auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung. In Detroit, dem Zentrum der US-Autoindustrie, werden 1982 Armenküchen errichtet. In der BRD kommt es zum Bruch der sozialliberalen Koalition im Oktober 1982: Im sog. Lambsdorff-Papier hatte die FDP eine massive Verschärfung der schon unter Helmut Schmidt begonnenen sozialen Demontage verlangt. Die darauffolgende Kohlregierung wird das politische Bild in Westdeutschland und ab 1989 in Größer-Deutschland 16 Jahre lang prägen. Bereits 1982 hatte der durch Strauß „eingefädelt“ Milliardenkredit die DDR in weitere Abhängigkeit vom deutschen Finanzkapital gebracht.

- **Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder:**

Nicht zu vergessen ist auch bei Berücksichtigung der sonstigen Widersprüche, dass im imperialistischen Teil der Welt 1980 die zyklische Wirtschaftskrise (in Verbindung mit den Stagnationstendenzen der allgemeinen Krise) beginnt. Sie führt schnell in der BRD auf den Stand von über 2 Millionen Erwerbslosen und wird sich bis Ende des Jahrzehnts nur unwesentlich darunter bewegen. Die Krise selbst wird bis Mitte 1982 andauern, sie führt in der BRD nur vereinzelt zu Gegenwehr. Dem Block aus rechten Gewerkschaftsführern und den Sozialdemokraten in der Regierung Schmidt gelingt es, die Arbeiterklasse still zu halten und die Angst- und Existenzunsicherheit durch die von Helmut Schmidt eingeleitete soziale Demontage zu verstärken. Und gleichzeitig bereitet sie so der Machtübernahme durch den offen reaktionären Teil des deutschen Finanzkapitals den Weg. In der seit Oktober 1982 (dank der Kapitulation von Kanzler Helmut Schmidt) an die Macht gekommene und durch die Wahlen im März 1983 bestätigten Regierung Kohl/Genscher hat der ultrarechte und faschistische Block unter Strauß erheblichen Einfluss. Mit dem bereits genannten Milliardenkredit wird die Untergrabung der DDR vorangetrieben, des ersten Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden (bzw. des „proletarischen Stützpunktgebiets“). Die nationale Wiedervereinigung unter der Knute des deutschen Imperialismus wird zum bestimmenden Faktor in der Politik. Durchaus mit Förderung durch Strauß konstituieren sich Ende 1983 die „Republikaner“ als faschistische Ergänzung des westdeutschen Parteienspektrums, um die rechten Kräfte aufzufangen, die den Strauß-Kurs der Erdrosselung der DDR durch Wohltaten skeptisch bzw. verständnislos gegenüberstehen. Die Republikaner unter SS-Schönhuber (Vorsitzender 1985-1994) verstärken in den folgenden Jahren die ausländerfeindliche und rassistische Propaganda und ziehen in mehrere Landtage z.T. mit mehr als 10% der Stimmen ein. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche endet mit einem scheinbaren Erfolg 1984 durch die IG Metall in Baden-Württemberg. Dieser Erfolg wird durch den erneuerten Burgfrieden mit dem Kapital erkaufte. Sein offenkundiges Zeichen ist die Zerstörung des Normalarbeitstages mittels der Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Dadurch wird die konkrete Ausgestaltung des Arbeitstages in die Hände der Kapitalisten gespielt und der Widerstand auf die vereinzelt Belegschaften und ihre Betriebsräte – weg von der Gewerkschaft – verschoben und damit geschwächt.

Die Wühlarbeit der SPD gegenüber der DDR erreicht 1987 einen Höhepunkt mit der Verabschiedung des „Reinholdpapiers“, das die Kapitulation der SED im ideologischen Kampf mit dem Sozialdemokratismus dokumentiert.

Nicht zu unterschätzen sind die Rückwirkungen, die aus den anderen imperialistischen Ländern kommen, auf die westdeutsche Arbeiterbewegung: Der rapide Niedergang der britischen und US-amerikanischen Gewerkschaften nach gravierenden Niederlagen. Teile der westdeutschen Arbeiterklasse werden im Bergarbeiterstreik in England 1984/85 zu Streikbrechern missbraucht. Die Niederlage dieses Streiks (Vorsitzender der NUM Arthur Scargill) durch die Thatcher-Regierung schwächt die Gewerkschaften in England für lange Zeit.

In den USA ist der durch die Reagan-Regierung systematisch niedergemachte Flughafenstreik ein solcher Einschnitt.

Hinzu kommt die Zerreibung der französischen PCF in ihrer kurzzeitigen Beteiligung an der Regierung Mitterrand 1980/81 und die dort durchgeführten Verstaat-

lichungen, die zu nichts anderem als der Sanierung der Kapitalisten führten; auch Aufstieg und Niedergang der eurorevisionistischen Parteien PCI in Italien und PCE in Spanien.

Zur weiteren ideologischen Verwirrung trägt die Unterstützung der Solidarność vor allem durch trotzkistische Kräfte bei (s. zu diesem Komplex auch KAZ 366, „Solidarität mit Solidarność?“). Die vollständige ideologische Entwaffnung findet durch das Gesäusel von „Glasnost“ (Öffnung) und „Perestroika“ (Umbau) durch den seit 1986 amtierenden Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow (heute mit Sitz am Tegernsee), statt.

So ist bei objektiv sich verschärfendem Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat das Klassenbewusstsein auf Seiten des Proletariats weitgehend zerstört.

- **Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus:**

Mit der Verschärfung der Schuldenkrise durch den US-Imperialismus gelingt es, die Unabhängigkeitsbestrebungen einzudämmen und die meisten Länder dieser Welt unter die Diktatur des von den imperialistischen Ländern dominierten IWF zu stellen. Durch den Niedergang der Sowjetunion wird auch die Möglichkeit einer „Schaukelpolitik“ zwischen den Blöcken erheblich reduziert. In einigen Ländern stehen sich zudem auch Befreiungsbewegungen unter sowjetischem Einfluss, anderen Befreiungsbewegungen unter chinesischem Einfluss gegenüber, was, wie z.B. in Angola ausgenutzt wird zur Etablierung von Banden direkt unter imperialistischer Führung. Die sog. Stellvertreterkriege, bei denen Länder im Auftrag von unterschiedlichen Imperialisten gegeneinander aufgehetzt werden, nehmen zu. Länder, die sich im Volkskrieg vom Imperialismus befreit haben, werden vom Imperialismus wieder botmäßig gemacht (siehe Nicaragua). Die Monopolisierung der Lebensmittelproduktion (food-power-strategy), die damals schon mit Genmonopolisierungen, den Schädlingsbekämpfungs- und Düngemitteln beginnt, trägt ebenfalls dazu bei, die Länder vom Imperialismus abhängig zu machen. Ein Lichtblick ist die 1987 beginnende Intifada, die jedoch rasch durch die von Israel/Mossad begründete und unterstützte Hamas gespalten wird.

Einen verheerenden Schlag für die antiimperialistische Solidarität bringt das von sozialrevolutionär-anarchistischen Ideen verleitete Pol-Pot-Regime in Kampuchea. Besonders problematisch ist die Unterstützung von Äthiopien durch die Sowjetunion und auch durch kubanische Truppen im Kampf gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des eritreischen Volks. Während der Einsatz der kubanischen Genossen an der Seite der angolanischen Befreiungskämpfer gegen das südafrikanische Rassistenregime völlig gerechtfertigt erscheint, ist die Berechtigung des Einsatzes gegen die Bewegung in Eritrea fraglich (Recht auf Lostrennung).

- **Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen:**

Durch die Reorganisation des US-Imperialismus und des britischen und französischen Imperialismus wird die Expansion des deutschen Imperialismus und der Monopole in diesen Ländern eingedämmt. Gemeinsam mit den europäischen Imperialisten wenden sie sich gegen die Expansion der japanischen Monopole. Die BRD selbst verlegt sich auf die weitere Erschließung und das Eindringen in die RGW-Länder. Zu einer Machtprobe kommt es 1983 mit dem Erdgas-Röhrengeschäft, das die westdeutschen Stahlmonopole mit der Sowjetunion abschließen. Die Reagan-Regierung versucht dieses Geschäft - ohne Erfolg - zu verbieten. Im westdeutschen Mo-

nopolkapital geht die Bedeutung der traditionellen Schwerindustrie weiter zurück, die Bedeutung von Fahrzeug-, Chemie-, Elektroindustrie wächst weiter an, im Flugzeugbau wird die BRD mit MBB wieder zu einer bedeutenden Macht. In den fortgeschrittensten Industrien wie Atomkraft und IT werden über Siemens nur mäßige Fortschritte erzielt. Fast gänzlich zerschlagen bzw. verlagert werden die klassischen Leichtindustrien wie Textil und Bekleidung.

(Zur Entwicklung der Monopolgruppen s.a. KAZ 363: „Die Theorie von Fraktionen im Monopolkapital oder Wie entsteht politischer Wille und Handeln des Staates.“

Zur aktuellen Entwicklung der zwischenimperialistischen Widersprüche s. KAZ 366: „Die EU, ein imperialistisches Instrument.“)

- **Widersprüche im sozialistischen Lager:**

Das Meiste ist oben schon angesprochen. Die Verschärfung kommt mit Gorbatschow in das RGW. Offen wehrt sich lediglich Fidel Castro 1987 gegen diesen Kurs und leitet die „periodo especial“ ein.

Die VR China sucht ab 1984 unter Deng sowohl Frieden mit dem US- Imperialismus als auch mit der SU zu machen. 1989 widersteht die VR China der Konterrevolution.

3. Die weitere Entwicklung:

Einverleibung der DDR und konterrevolutionäre Auflösung der UdSSR

1990-Einverleibung der DDR und die PDS/Partei Die Linke (PDL)

1. Lage und Auseinandersetzungen:

1990 ist gekennzeichnet durch die Niederlage des Sozialismus in Europa und den Triumph der Konterrevolution, die mit der vollzogenen Einverleibung der DDR²⁰ (3. Oktober 1990) und der Auflösung der SU im Dezember 1992 vollendet wird.²¹ (Dazu gehören auch die Vorgänge in Polen, Ungarn, Rumänien, CSSR, Bulgarien und nicht zuletzt Albanien) Vom „Ende der Geschichte“ ist die Rede, „Jesus statt Marx“ usw. Die Gegenwehr in der BRD gegen den Aufschwung der Konterrevolution in der DDR hielt sich in bescheidenen Grenzen. Soweit bekannt, gab es lediglich in München kleinere Montagsdemonstrationen als Antwort auf die Umtriebe in der „Heldenstadt“ Leipzig. Niemand – auch nicht die, die den Revisionismus in der SED kritisiert und die DDR auf dem kapitalistischen Weg gesehen hatten – hatte noch im Oktober 1989 vorhergesehen, dass am 9. November der antifaschistische Schutzwall niedergerissen würde. Gänzlich überrascht wird die DKP, die rasant zerfällt. Immerhin kommt am 12. Mai 1990 in Frankfurt/M. eine Demonstration mit 20 000 Teilnehmern gegen Großdeutschland und Viertes Reich zustande und kann bescheidenen Protest anmelden, auch wenn sie von

²⁰ Wir sprechen bewusst von der **Einverleibung** der DDR. Das ist einerseits gerichtet gegen den Kampfbegriff der Reaktion „Wiedervereinigung“, aber auch gegen den populären Begriff „Wende“, der klassenspezifisch und bedeutungslos verwendet wird. Er wendet sich auch andererseits gegen den Begriff der Annexion. Es ist u.E. gerade das Spezifische bei der Einverleibung der DDR, dass die Annexion durch den deutschen Imperialismus – das ist zweifellos Inhalt und Ergebnis der Konterrevolution – in der Form der Wiederherstellung der Nation geschehen konnte. – Als sich 1866 nach dem Sieg Preußens über Österreich abzeichnete, dass die deutsche Einheit unter Preußens Stiefel mit Blut und Eisen von Oben hergestellt würde, schrieb Engels an Marx (25.7.1866): „Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müßenden Facilitäten (= Erleichterungen) zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können.“ Marx antwortete am 27. Juli: „Ich bin ganz Deiner Ansicht, dass man den Dreck nehmen muss, wie er ist.“ (S. MEW Bd. 31, S. 240 ff.

²¹ s. R. Corell, Die Größe der Sowjetunion und ihr Untergang, KAZ 335

der falschen Losung „Nie wieder Deutschland!“ überlagert wurde.²² Da waren aber mit den Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März und mit der Bildung einer Regierung L. de Maizière die Weichen für die kampflose Übernahme durch den deutschen Imperialismus gestellt. So wurde z.B. am 19. März die Deutsche Kreditbank (DKB) als erste private Bank der DDR gegründet, über die die Deutsche Bank und die Dresdner Bank schließlich den direkten Zugriff auf die Aufteilung der DDR-Wirtschaft bekamen. Der ehemalige Vizepräsident der Staatsbank der DDR und Mitbegründer der DKB, der dieses Geschäft schon länger angebahnt hatte, wurde später mit einem Vorstandsposten bei der Deutschen Bank belohnt. Ähnlich lief es mit der staatlichen Versicherung der DDR. 1990 wurde auf Druck der Allianz AG die „Staatliche Versicherung der DDR in Abwicklung“ gegründet. Die neu gebildeten „Deutschen Versicherungs-AG“ und der „Deutschen Lebensversicherungs-AG“ gingen 1998 in der Allianz-Versicherungs AG in München auf. Die Auflösung der „SV in Abwicklung“ zum 31. Dezember 2007 markierte das endgültige Ende der Staatlichen Versicherung der DDR.

Offen bleiben eine Reihe von Fragen, die bisher nur in Ansätzen bearbeitet wurden:

- Weshalb konnte die Konterrevolution kampflos siegen? Wie wurden insbesondere die bewaffneten Kräfte ideologisch entwaffnet und handlungsunfähig gemacht? Seit wann?
- Welche Rolle spielte dort der moderne Revisionismus – insbesondere in der nationalen Frage?
- Wie ist das Sammelsurium zur Demonstration und Kundgebung am 4. November zustande gekommen?
- Wie haben der deutsche Imperialismus und seine Geheimdienste unmittelbar in die Organisierung der Konterrevolution eingegriffen?
- Ist es nicht zu einfach, der SU-Führung ganz überwiegend die Verantwortung für die Aufgabe der DDR zu geben?
- Wie sind die Liquidatoren der SED (u.a. eben auch Modrow, Krenz) zu bewerten und zu behandeln?

²² „Diese Losung ‚Nie wieder Deutschland‘, das kann nicht die unsere sein. Deutschland ist eine Realität. Wir gehören zu diesem Land, wir haben in ihm Verantwortung zu tragen. Wir sollten eine positive Antwort geben, wie wir zu Deutschland stehen. Antwort auf diese Frage wird mir immer wieder von Jugendlichen abverlangt. Wenn wir uns nicht ins Abseits gestellt sehen wollen, dann stellen wir uns der Frage, was für uns das eigene Land bedeutet, in dem wir leben und kämpfen, was für uns national und nationalistisch ist, wie wir mit dem Begriffen Vaterland, Vaterlandsliebe, Heimatliebe und Patriotismus umgehen. ... Zunächst halte ich den ‚Antideutschen‘ immer wieder entgegen: Von Karl Liebknecht kam nicht der Spruch: ‚Der Feind ist das eigene Land‘. Sondern: ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land!‘. Das heißt, alles Reaktionäre, die Kriegstreiber im eigenen Land zu bekämpfen. Oft werde ich gefragt, wie konntest Du in dieses Land wieder zurückkehren, gleich nach der Befreiung, nach all dem, was dies der Welt, der jüdischen Bevölkerung angetan hatte, – fast meine gesamte Verwandtschaft wurde ja ausgerottet, vor jenem Deutschland musste ich damals mein zweijähriges Kind verstecken. Ich bin deshalb zurückgekommen, um mit allen anderen überlebenden Opfern mitzuhelfen, damit ein anderes Deutschland entsteht, wie es Johannes R. Becher und Bert Brecht in ihren Nationalhymnen ausdrückten. Das sah ich als Deutscher als meine nationale Pflicht an. Zugleich war es und ist es eine Pflicht des Internationalismus, dass von diesem Land keine Bedrohung anderer Völker ausgehen kann. Da kann es keinen Widerspruch geben zwischen Nationalem und Internationalismus. Wenn ich es als Pflicht als Deutscher, als Kommunist aus jüdischer Familie begreife – meinetwegen als nationale Pflicht begreife –, im eigenen Land für den Fortschritt zu kämpfen, ist es zugleich meine internationalistische Pflicht. Andererseits ist es zum Wohle des eigenen Landes, dass wir alles, was es in anderen Ländern an fortschrittlichen Bewegungen gibt, unterstützen. Das zeichnete die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien aus.“ So der Kommunist Peter Gingold in einem Interview mit der VVN-BdA Baden-Württemberg, Antifa Nachrichten 3/2006). Siehe hierzu auch KAZ 353 „Thälmann – ein Nationalist“)

- Welche Klassenkräfte standen hinter der Gründung der PDS?
- Wie ist die Gesetzgebung der Modrow-Regierung (zwischen Dezember 89 und März 90) zu bewerten und gegebenenfalls zu benutzen (demokratische und Gewerkschaftsrechte, Schutz des Volkseigentums u.ä.)?
- Welche Kräfte haben die Kohlregierung von dem ursprünglichen Angebot einer Konföderation zur vollständigen Unterwerfung und Einverleibung der „neuen Länder“ getrieben?
- Wie ist die Bildung der Treuhand zustande gekommen und welche Modelle und Kräfte haben dafür Pate gestanden – dies im Gegensatz auch zu alternativen Übergangsformen in den Eigentumsverhältnissen in anderen RGW-Ländern?

Auch ohne diese offenen Fragen geklärt zu haben, ist besonders die von der MLPD unterstützte These zu kritisieren, dass die Einverleibung der DDR in der Hauptseite positiv gewesen sei, ebenso wie die sog. Bürgerrechtsbewegung (s.a. KAZ 258: Der „echte“ Sozialismus und der „Status quo“). Dem gegenüber ist heraus zu stellen, dass die DDR die bisher größte Errungenschaft nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern der internationalen Arbeiterbewegung auf deutschem Boden war. Dennoch ist keine Glorifizierung angesagt. Es ist hilfreich und notwendig, vor allem die Erfahrungen zusammen zu fassen, die es der DDR ermöglichten, 40 Jahre lang dem Druck des Imperialismus zu widerstehen. Es ist aber um der Zukunft des Sozialismus willen unabdingbar zu klären, was ihre Widerstandskräfte zum Erlahmen und Erliegen brachte.

Von Bedeutung ist es auch, Klarheit darüber zu gewinnen, dass die vom Imperialismus seit 1947 offen betriebene Teilung Deutschlands die deutsche Nation nicht zerstören konnte. Erinnert sei an die Mahnung Stalins: Die Bourgeoisie hat das Banner der Nation in den Staub getreten, es ist am Proletariat, es wieder aufzurichten!²³ Das Versäumnis der DDR-Führung bestand vor allem auch darin, dass sie durch Revisionismus in der nationalen Frage dem deutschen Imperialismus, dem Spalter der Nation, ein Einfallstor für seine heuchlerische Propaganda an die „Brüder und Schwestern im Osten“ Tür und Tor öffnete und es ihm erleichterte, sich als Verteidiger der Nation in Szene zu setzen. Die Losung „Für ein freies, einiges und sozialistisches Deutschland“ war aufgegeben worden. Seit Anfang der 1970er Jahre vertrat die DDR-Führung die These von zwei Nationen auf deutschem Boden, eine Theorie, die z.B. in den Lostrennungsfantasien des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD überwintert hat. Eine Lostrennung etwa auf dem Gebiet der DDR kann unter revolutionären Gesichtspunkten nur als kurzfristige Notmaßnahme oder als Episode ins Kalkül gezogen werden, um im ganzen Deutschland an die sozialistische Revolution heran zu kommen. Eine solche

²³ An die kommunistischen Parteien gewandt, die noch nicht an der Macht sind, erklärte Stalin auf dem 19. Parteitag 1952: „Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation. Sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie „über alles“. Jetzt ist vom „nationalen Prinzip“ auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn Sie Patrioten Ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte.“ (SW 15, S.394 f.) Siehe z.B. auch „Das Banner der Nation, das von der Partei der Arbeiterklasse erhoben wurde, ist zum Banner der überwältigenden Mehrheit des Volkes in ganz Deutschland geworden. Millionen bestätigen heute die Richtigkeit der Worte, die in dem Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 „Die Nationale Front ...“ (ND 17.10.1954)

Situation ist natürlich nie ganz auszuschließen, aber kann doch nicht als der Weg zum Sozialismus in Deutschland verabsolutiert werden.

Eine andere Frage ist die Frage der Vereinigung der Kommunisten in Ost- und Westdeutschland in einer gemeinsamen kommunistischen Partei. Unsere bisherige Haltung dazu war im Wesentlichen korrekt: Keine Ausdehnung unserer Organisation auf dem Gebiet der DDR, um nicht im Gefolge des deutschen Imperialismus eine ideologische Kolonisierung von Seiten westdeutscher Kommunisten zu verfolgen. Dies insbesondere auch in Erkenntnis des Versagens der westdeutschen Arbeiterbewegung insgesamt bei der Einverleibung der DDR. Hinzu kamen die unterschiedlichen Kampferfahrungen: In der DDR mit dem Proletariat als der herrschenden Klasse und Kommunisten als Minister, Generäle, Direktoren usw. und demgegenüber in der BRD: Das Proletariat als unterdrückte Klasse mit Kommunisten als Verfolgte, Vorbestrafte, mit Berufsverboten belegte Kämpfer usw. Dies waren Gründe, deren Verletzung zu solchen Rückschlägen führte wie sie bei der DKP Berlin Nordost zu verzeichnen waren, aus der der „Rotfuchs“ hervorgegangen ist. Gegenüber diesen Gefahren und Gefährdungen steht aber auch die drängender werdende Notwendigkeit sich zusammen zu schließen, damit in diesem Land die Kampffront nicht länger zwischen Ost und West, sondern zwischen Oben und Unten, zwischen Proletariat und Bourgeoisie verläuft. Die Vereinigung der Kommunisten in Deutschland auf lange Sicht für unmöglich zu erklären, heißt die Spaltung vertiefen und damit den Klassenfeind zu stärken.

Die Einverleibung der DDR bringt dem deutschen Imperialismus zunächst eine politische Stärkung, aber eine ökonomische Schwächung (insbesondere durch die massiv steigende Staatsverschuldung und den seit dem Tiefpunkt von 1990 tendenziell wieder ansteigendem Dollarkurs). Bereichern können sich natürlich einzelne Monopole, die sich ihre einst in Volkseigentum überführten Unternehmungen wieder holen (entschädigungslos!), wie die Deutsche Bank, Dresdner Bank, Allianz, IG Farben-Nachfolger (vor allem die BASF), Siemens, Zeiss, u.a. Insgesamt aber schließt die Schlussbilanz der Treuhand, des Organisators der Verschiebung und Verschleuderung des DDR-Volksvermögens, mit einem Minus von weit über 300 Milliarden DM. In geradezu wundertätiger Weise wurde Gold in Dreck verwandelt. Jährlich wurden rund 150 Milliarden DM (u.a. aus dem Solibetrag) vom Westen in die „Neuen Bundesländer“ transferiert²⁴, ohne dass dort „blühende Landschaften“ entstanden wären, sondern um die Gewöhnung an Massenerwerbslosigkeit und Verarmung voran zu treiben. Und: Die Steuerzahler aus der Arbeiterklasse und den anderen Volksschichten wurden herangezogen, um dem deutschen Monopolkapital die Filetstücke der DDR-Wirtschaft profitgerecht zu servieren.

Um die günstige weltpolitische Konstellation rasch zu nutzen und die Stimmung der DDR-Bevölkerung anzuheizen, wurde die DM am 1. Juli 1990, also noch vor dem Einigungsvertrag, eingeführt. Der Umstellungskurs wurde so gewählt, dass die Löhne,

²⁴ In den Jahren 1991 bis 2005 sind pro Jahr zwischen 60 und über 80 Milliarden Euro geflossen. Größter Batzen: die „Sozialleistungen“. Der Ökonom Blum zeigt auf, dass die DDR letztlich auch diese Beträge aufgebracht hat durch den Beitrag, den die abgewanderten Arbeiter in der BRD erbracht haben sowie durch die Öffnung des DDR-Markts, der im Westen dann Löhne und Profite und damit Steuern und Sozialabgaben generiert hat, von denen dann ein Teil wieder in den Osten gelangt ist. Vgl. hierzu die knappe Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags von 2018: <https://www.bundestag.de/resource/blob/550094/8e17e37a176c0f9c69150314bed6894d/WD-4-033-18-pdf-data.pdf>

Gehälter, Renten, Mieten u.a. zum günstigen Kurs von 1:1 umgestellt wurden. Auch die Sparguthaben der DDR-Sparer konnten relativ günstig umgetauscht werden. In dem dadurch ausgelösten Kaufrausch übersahen die meisten DDR-Bürger, dass dieser Kurs für die DDR-Kombinate das Aus bedeutete und damit die Entlassung. Mit dem Oktroyieren der DM (von vielen DDR-Bürgern herbei gesehnt) verteuerten sich die Waren der volkseigenen Betriebe am 1. Juli 1990 mit einem Schlag um etwa das Fünffache.²⁵ Die Märkte vor allem in den RGW-Ländern brachen bis Ende August weg, die meisten DDR-Betriebe wurden faktisch illiquide und damit reif für die Abwicklung durch die Treuhand.

Die verloren gegangenen Märkte im Osten wieder zu gewinnen, war das Bestreben des deutschen Imperialismus in den folgenden Jahren. Die Besetzung der Kommandohöhen in der Wirtschaft Polens, Ungarns, CSFR, (später Tschechien und Slowakei als eigenständige Republiken) und natürlich in Jugoslawien zeigen die wachsende Aggressivität des deutschen Imperialismus. 1992 wird durch die provokative Anerkennung Sloweniens und Kroatiens der Bürgerkrieg angeheizt, die Zerschlagung Jugoslawiens, das als Ergebnis des Widerstandskampfs gegen den deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg entstanden war, besiegelt, und die Übernahme der Wirtschaft Kroatiens und Sloweniens durch deutsche und österreichische Banken- und Industriekonzerne vorangetrieben. Diese Ausbreitung geht vonstatten, während der US-Imperialismus den Krieg gegen den Irak vorbereitet. Die BRD kauft sich von einer Beteiligung an diesem Krieg mit einem Betrag von 17 Milliarden DM frei.

Mit dem Jahr 1992 tritt der Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter die imperialistischen Staaten und die monopolistischen Gruppen in eine neue Etappe ein. Die territoriale Neuaufteilung hatte 1989/90 mit der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus begonnen, wird fortgesetzt durch die Zerschlagung Jugoslawiens, mit der Aufteilung des Kosovo in Protektorate, mit der Besetzung von Irak und Afghanistan und den wachsenden Bestrebungen aus vom Imperialismus abhängigen, aber politisch-formal souveränen Ländern wieder direkte Kolonien zu machen. Eine besondere Bedeutung gewinnt die Beherrschung der ehemaligen Sowjetrepubliken. Die baltischen Staaten geraten schnell unter den Einfluss des deutschen Imperialismus, der zusammen mit skandinavischen Ländern insbesondere Schweden und Finnland dort eindringt. In den kaukasischen Republiken versucht der US-Imperialismus unter Einbeziehung der Türkei die Vorherrschaft zu erlangen gegen den Widerstand Russlands. Auch in die Republiken Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien, Turkmenistan, Usbekistan dringt der US-Imperialismus ein. Im Kampf um die Vorherrschaft in der Ukraine behält der US-Imperialismus gegenüber Russland und den deutschen Imperialisten in der „orange-Revolution“ die Oberhand. Auch Polen versucht sich, gegenüber dem Vordringen des deutschen Imperialismus bei den USA rückzuversichern. Selbstverständlich sind in all diesen Ländern auch die reaktionären Kräfte wieder freigesetzt worden, die mit chauvinistischer Demagogie ihre Völker zu vergiften suchen: Großpolen, Großungarn, Großalbanien, Großtürkei etc.

²⁵ Wenn man als damaligen offiziellen Umtauschkurs (ab 2. Jan. 1990) von DM in DDR-Mark mit 1 : 5 ansetzt. Auf dem Schwarzmarkt wurde im Verhältnis 1 : 8 gehandelt. Vorher galt für interne Zwecke der DDR als „Richtungskoeffizient“ ein Kurs von 1 : 4,4

Die ökonomische Krise, die 1989 die imperialistischen Länder zu erfassen begann, wird durch den Einverleibungsboom in der BRD bis ins Jahr 1994 hinausgezögert. Der von Warschauer Vertrag und RGW „befreite“ Imperialismus/Kapitalismus verliert dadurch seine Krisenhaftigkeit nicht. Der Anstieg der Industrieproduktion in den 90er Jahren wird immer wieder von Finanzkrisen (Mexiko-Krise, Asien-Krise, Argentinien-Krise) und Börsenkrähen unterbrochen. Die größte Schranke der Entwicklung des Kapitalismus ist der Kapitalismus selbst, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Ausbeutung der Arbeiter im Namen des Profits für die Privateigentümer und der damit zwingend einhergehende Raubbau an allen Ressourcen der Natur. Das endgültige Ende der „Honeymoon-Period“ des Imperialismus nach der großen Niederlage des Sozialismus in Europa wird durch den großen Börsenkrach im März 2000 manifest. Im Frühjahr 2001 bricht auch die übrige Konjunktur ein. Am 11. September 2001 werden die Anschläge auf das World Trade Center zum Anlass genommen, um eine neue Etappe im Kampf um die Neuaufteilung der Welt einzuläuten. „Krieg gegen den Terrorismus“ ist die Werbebotschaft, hinter dem sich die imperialistischen Länder um die Beute streiten, die durch die Ausplünderung des Irak, der kaukasischen Staaten, durch die schamlose Auspowerung Afrikas vorneweg des Kongo, von Nigeria, von Ruanda Burundi usw. eingefahren wird.

Auch militärisch entsteht durch Um- und Neurüstung keine große Atempause. Die neuen Kriege erfordern lediglich **neue** Waffen, aber **nicht weniger**. Indien und Pakistan werden zu neuen Atommächten, während angebliche Plutoniumanreicherung durch den Irak und Iran zu Druck, massiven Drohungen und schließlich zu Kriegseinsätzen führen.

In der BRD geht die Kohl-Ära 1998 zu Ende. Die große Gewerkschaftsdemonstration mit über 300 000 Teilnehmern im Jahr 1996 hatte deutlich gemacht, dass die Kohl/Genscher-Regierung an ihre Grenzen stößt, sowohl was die Expansion nach Außen, als auch den Umverteilungs- und Unterdrückungskurs nach Innen angeht. Zudem werden die Affären aus der Einverleibung der DDR und der Deal mit Frankreich (Leuna/Elf-Aquitaine) ruchbar. Die entscheidenden Teile des deutschen Finanzkapitals halten eine Verbreiterung ihrer gesellschaftlichen Basis für angezeigt. Mit Gerhard Schröder gelangt der Repräsentant der Arbeiteraristokratie (soziale, nicht militärische Hauptstütze der Bourgeoisie) an die Macht und darf zusammen mit den Grünen die Geschäfte für das deutsche Finanzkapital führen. Ein Teil der Minister und sonstigen Großfunktionäre stammen von dem Teil der 68er Generation, die sich auf den „Marsch durch die Institutionen“ begeben hatte (Josef Fischer, Ulla Schmidt, Andrea Fischer, Jürgen Reents, Jürgen Trittin, Joscha Schmierer, Christian Semler ...). Sie dokumentieren in der Folge sehr anschaulich, wohin dieser Marsch führt: In den Hintern der Bourgeoisie. Nach Außen ist der Weg von den „humanitären Missionen“ hin zu Kampfeinsätzen des deutschen Militärs zu ebnen. Die Inszenierung im Krieg gegen Jugoslawien 1999 unter Berufung auf Auschwitz kann mit dem Schein von Glaubwürdigkeit nur von einem Sozialdemokraten wie Scharping und einem für Pazifismus der Grünen stehenden Protagonisten wie Fischer durchgeführt werden. Im Ergebnis wird jedoch deutlich, dass ohne revolutionäre Arbeiterbewegung die sozialdemokratisch geführte Arbeiteraristokratie und das von den Grünen geführte demokratische Kleinbürgertum alle Prinzipien fahren lassen für die Interessen des deutschen Monopolkapitals.

Nach Innen und gegen die Arbeiterklasse werden die Hartz-Gesetze verabschiedet und umgesetzt. Dies hätte bei einer CDU-geführten Regierung sicher zu erheblich heftigerem Widerstand geführt. Aber in den mittleren Kreisen der Gewerkschaften fängt es zu brodeln an. Um diese Unruhe und die damit verbundenen Aktionen mit Massenbeteiligung in den Griff zu bekommen, wird die WASG gegründet (Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit).

Zur Rolle der **Trotzkisten** einige (unvollständige) Hinweise:

Der Versuch, sich bei den Volkskammerwahlen 1990 auf dem Gebiet der DDR als eigenständige Kraft zu etablieren, scheitert kläglich und führt zur Auflösung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), Teil der Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL).

„In Rußland wurde der Funke entfacht – in Deutschland wird es zur Flamme!‘: diese Losung der KPD aus den 20er Jahren verkündete ein Banner auf der Massendemonstration am 4. November in Ostberlin“, berichtet das erste Flugblatt, das die Trotzkiistische Liga Deutschlands (TLD – Teil der IKL) in der DDR verteilte (Nov. 1989). Der TLD benutzt dabei die Parole Lenins von 1917 und bezieht sie auf Gorbatschow 1989. Drei Wochen später sah sich die TLD prompt im Flammenmeer und sprach von „... der sich entfaltenden politischen Revolution“ (Arbeiterpressekorespondenz (APK) 1 / 07.12.89) und erklärte: „Heute entwickelt sich in der DDR eine proletarische politische Revolution“ (APK 13 / 27.12.89). Der angebliche proletarische Charakter dieser „Revolution“ wurde auch in den „internationalistischen Grüßen“ verdeutlicht, die die TLD, stellvertretend für das deutsche Proletariat, an die polnischen, vietnamesischen, kubanischen und sowjetischen Genossen richtete: „In diesem Winter reicht euch, Genossen Sowjetoffiziere und Sowjetsoldaten, die ihr Wache steht gegen den westlichen Imperialismus, die politische Revolution der deutschen Arbeiter die Hand der internationalistischen Solidarität!“ (APK 7./15.12.89). Dieser erste Gruß schloss mit dem Trinkspruch „Glasnost! Freundschaft! Solidarität!“

„Gegen“-Position der IV. Internationale:

Die Entwicklungen in der SED-PDS waren für sie ein wichtiges Element für die Entwicklung des revolutionären Faktors. Um die Basis der SED-PDS von ihren reformistischen Führern zu trennen, sagte die Gruppe IV. Internationale:

„SED-Mitglieder! ‚Statt ‚dritten Weg‘ – zieht die revolutionären Konsequenzen aus dem stalinistischen Verrat! Keine Neuauflage der stalinistischen SED – Kampf dem pro-sozialdemokratischen Kurs von Gysi, Modrow und Berghofer – Für eine leninistisch-trotzkistische Partei (Forderungskatalog / 11.12.89). Revolutionäre wissen, dass in Zeiten, in denen es gilt ‚gegen den Strom zu schwimmen‘, Autorität nicht über populäres Anschmiegen, sondern nur durch klare Positionsbestimmung zu erlangen ist. Notwendig ist die Bildung einer leninistischen-trotzkistischen Fraktion in der SED...“

Alles in Allem: Beschönigung der Konterrevolution und Desorientierung – das letzte Wort des Trotzkismus im Größer-Deutschland!

Heute agieren von den zahlreichen trotzkistischen Gruppen vor allem SAV (Antikapitalistische Linke/u.a. Lucy Redler) und Marx21 (Sozialistische Linke/u.a. Christine Buchholz) in und um die PDL.

Kurzzeitig gewann die seminar-marxistische Marxistische Gruppe (MG) einen gewissen Einfluss in der DDR. Angeblich aufgrund von Repressalien durch den Verfassungsschutz löste sie sich kurzerhand im Mai 1991 auf. Aus dieser Kapitulation entstand dann ab 1992 die Publikation „Gegenstandpunkt“.

2. Entwicklung der zentralen Widersprüche 1990 – 2019

• Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager:

Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa und der Zerschlagung der SU 1992 verbleiben als sozialistische Länder: die Republik Kuba, die Volksrepublik China, die Sozialistische Republik Vietnam, die Demokratische Volksrepublik Laos, Demokratische Volksrepublik Korea. Mit großer Brutalität geht vor allem der US-Imperialismus gegen Kuba und Korea vor. Gegenüber China, Laos und Vietnam wird überwiegend die Methode „Wandel durch Annäherung“ praktiziert, flankiert durch Einkreisung und Unterwanderung. Mit ihrer Politik der „Reformen und Öffnung“ kommen China und Vietnam den Imperialisten scheinbar entgegen. Letztlich gelingt es aber, so können wir nach 30 Jahren feststellen, die Produktivkräfte in Riesenschritten zu entwickeln und eine Aufbauleistung ohne gleichen zu erbringen und den Sozialismus nicht nur zu verteidigen, sondern ihn wieder zur Hoffnung des internationalen Proletariats werden zu lassen. Die Neuorientierung, verbunden mit erheblichen Zugeständnissen an die Imperialisten, wurde in heftigen internen Auseinandersetzungen durchgesetzt, die drohten die Klassenbasis der KPCh im Proletariat und in der Bauernschaft zu schwächen. Das Jahr 1994 gilt nach 1989 als eines der schwierigsten Jahre bei der Verteidigung des Sozialismus in der VR China. Zum 100. Jahrestag der VR China wird die Partei- und Staatsführung um Xi Jinping feststellen können, dass das gesteckte Ziel erreicht ist: Den Sozialismus in seinem Anfangsstadium aufgebaut zu haben als Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand. Zur Entwicklung der VR China im inneren und äußeren Klassenkampf konnten in der KAZ-Artikelserie (s. Nrn. 344, 346, 347, 356, 362, 364, 365, 366) grundlegende Beiträge zur (hoffentlich nicht nur zur eigenen) Klärung erarbeitet werden.

Mit Zuckerbrot und Peitsche geht der Imperialismus gegen Kuba vor, die Peitsche ist dabei der US-Imperialismus, während die europäischen Imperialisten die Politik zu betreiben scheinen: Die Burg von Innen sturmreif machen. Durch die weitsichtige Politik der PCC unter der Führung von Fidel Castro und seiner Nachfolger Raoul Castro und Miguel Diaz-Canel konnten diese Versuche bislang abgewendet werden. Was dieses Volk seit 1992 geleistet hat, als 80% der Exporte und 80% der Ölimporte weggefallen waren, sprengt alle Dimensionen. Man kann es nur erfassen, wenn man sich vorstellt, was in der BRD passieren würde bei solchen Einbrüchen (siehe allein Wintereinbruch 2010).

Neben diesen Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Ländern galt es, den Sozialismus aus den Köpfen der Völker in Osteuropa und der Arbeiter in den imperialistischen Ländern selbst, sowie bei den um ihre Befreiung vom Imperialismus ringenden Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verbannen. Am Wenigsten ist ihnen das in Lateinamerika gelungen, wo nach Venezuela und Bolivien weitere

Länder unter sozialistischem Vorzeichen den Kampf um die Befreiung vom Imperialismus aufgenommen hatten. Die Intervention des US-Imperialismus in Honduras 2010 war der Auftakt zur Eindämmung und zum Rollback.

- **Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, hier BRD:**

Die relative Verelendung der Arbeiterklasse in Deutschland hat sich in den 90ern und verstärkt seit der SPD in der Regierung verschlimmert. Ausdruck dieser Entwicklung ist die Senkung der Lohnquote, selbst bei der bürgerlichen Statistik deutlich zu erkennen. Die absolute Verelendung (Preis der Arbeitskraft wird unter den Wert der Arbeitskraft gesenkt, was die Reproduktion der Arbeiterklasse nach Quantität und Qualität beeinträchtigt) steigt ebenfalls. Immer weniger reicht der Lohn aus einer „normalen“ Beschäftigung für den Lebensunterhalt. Immer mehr sind Teile der Klasse auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Aldi und Co vollziehen praktisch die Senkung des Werts der Arbeitskraft und die Drohung mit Hartz IV drückt die Löhne noch unter den Wert der Arbeitskraft. Vielfach wohnt das Elend in Ostdeutschland, mit Erwerbslosenquoten von zunächst weit über 20 %, aber auch in Westdeutschland wachsen „Tafeln“, Armenküchen und Ähnliches aus dem Boden.

Zudem sinkt der Industrialisierungsgrad in der BRD zugunsten des Dienstleistungssektors. Der Anteil des Industrieproletariats an der Gesamtbeschäftigtenzahl ist auf weniger als 20 % gesunken. In Ostdeutschland gingen die Industriearbeiterzahlen von 4,5 Millionen (1988/DDR) auf zeitweise unter 200 000 (2009/Ostdeutschland) zurück. Außerdem gab es in den Jahren unmittelbar nach der Einverleibung der DDR etwa 4,5 Millionen Arbeitsnomaden (das sind die aus China so verschrienen „Wanderarbeiter“), die im Westen der BRD ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, aber sich nur zum Teil dort angesiedelt haben.²⁶ Die Konkurrenz wurde weiter angestachelt durch Verlagerungen in osteuropäische Länder, die durch guten Ausbildungsstand, niedrigste Löhne, relativ entwickelte Infrastruktur, billige Grundstücke und hohe staatliche Vergünstigungen lockten.

Bei der Einverleibung der DDR wirken die Gewerkschaftsführungen aus Westdeutschland auf der Linie der SPD-Führung. Das bedeutet vor allem Zerschlagung des FDGB und des Arbeitsrechts der DDR. Bei den Abwehrkämpfen einiger Belegschaften erhält der Hungerstreik der Kalibergarbeiter von Bischofferode gegen die Betriebsschließung (die 1993 erfolgt) durch das BASF-dominierte Kalikartell Symbolcharakter. Ihr Kampf wird von der IG BE direkt sabotiert. Die Gewerkschaftsführung der IG Chemie um den rechtssozialdemokratischen Hermann Rappe lässt in Kassel Kollegen aufmarschieren faktisch für die Schließung von Bischofferode.

Einen Tiefpunkt erreicht die Gewerkschaftsbewegung in Ostdeutschland 2003:

²⁶ In einer Veröffentlichung von 2015 der Statistischen Ämter zu „25 Jahre deutsche Einheit“ (https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Publikationen/Downloads/25-jahre-deutsche-einheit-0007028159004.pdf?__blob=publicationFile) kann man folgende erhellende Fakten nachlesen: An Bevölkerung (Erwerbstätige in Klammern) zwischen 1991 und 2013 haben **verloren**: MV 15,6% (14,3%), Sachsen 13,5% (11,7%), Sachsen-Anhalt 20,5% (21,5%), Thüringen 16,0% (15,8%) – und selbst Brandenburg und Berlin, die von der Verlagerung der Hauptstadt nach Berlin betroffen waren haben noch 3,7% (10,2%) und 0,7% (+ 5,0%) verloren. Die Bevölkerung in Deutschland ist in diesem Zeitraum um 0,6% gewachsen, die westlichen Flächenländer um 4,1%, rd. 2,5 Millionen mehr. Insgesamt seien 3,3 Millionen dauerhaft nach Westdeutschland verzogen. Die Geburten gingen zwischen 1990 und 1994 von 163.000 auf 71.000 zurück, danach rd. 100.000. Zur Bedeutung der Industrie: „Von dem Zusammenbruch erholte sich die Industrie nur langsam: 1992 lag der Beitrag der östlichen Flächenländer zur gesamtdeutschen Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes bei nur 3,5%. 2013 betrug der entsprechende Anteil 8,7%.“

Durch die Niederlage im Osten beim Kampf um die 35-Stunden-Woche und der nachfolgenden Kapitulation unter dem Druck von gekauften und verkommenen BR-Vorsitzenden in der Autoindustrie (man erinnere sich an solche Vorturner wie Volkert von VW: „Gebauer, wo bleiben die Weiber.“) und das nachfolgende Stillhalten der Gewerkschaften haben Hartz und die entsprechenden Gesetze erst ermöglicht, die im Folgenden die ganze Arbeiterbewegung zerpflückt und niedergedrückt haben: Leiharbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Zerstörung von „Normal“arbeitsverhältnissen. Zahlen zeigen das Ergebnis des sozialpartnerschaftlichen Herunterwirtschaftens: Hatten die DGB-Gewerkschaften 1994 noch fast 10 Millionen Mitglieder, so waren es 2018 noch knapp 6 Millionen. Immerhin waren 2018 nach offiziellen Statistiken fast 700.000 KollegInnen im Streik. Das übertraf den bis dahin verzeichneten Höchstwert von knapp 600.000 aus dem Jahr 1992.²⁷

Zur Herrschaftssicherung betrieb die Bourgeoisie von Westdeutschland aus (unter Einbeziehung der „Dienste“) den Aufbau faschistischer Strukturen und Propagandazentren. Die Fanale Hoyerswerda (1991) und Rostock (1992) sind wie Siegel des deutschen Imperialismus auf die Einverleibung des Gebietes, das mehr als 40 Jahre seiner Herrschaft entzogen war. Dennoch ist zu fragen, weshalb die antifaschistische Erziehung in der DDR die Gegenkräfte nicht stärker mobilisieren konnte. Auf die Flüchtlings- und Arbeitsmigration wird im Teil zur AfD eingegangen.

Die BRD konnte, nach Einverleibung der DDR größer und nach Lohnkostensenkung durch die ‚Agenda 2010‘ kapitalstärker geworden, als stärkste wirtschaftliche Macht die Krisenpolitik in der EU diktieren. Die deutsche Finanzoligarchie hatte nach der wirtschaftlichen jetzt auch die politische Führung in der EU. 75 Jahre nach ihrer blutigen Niederlage konnte der deutsche Imperialismus nun auch wieder die Frage nach der militärischen Weltmachtposition stellen. Unter den deutschen Finanzoligarchen besteht aber keine Einigkeit, wie weit die Konkurrenz zum US-Imperialismus offen gezeigt werden kann und wie viel der französischen Finanzoligarchie zugestanden werden soll, damit sie diesmal friedlich an die Seite der BRD rückt. In ihrer offiziellen Formulierung der Rüstungspolitik bleibt die BRD-Regierung bei der bewährten Begründung „zur Unterstützung der USA“ gegen Russland. Weltkriegsgefahr wird dabei von der deutschen Finanzoligarchie billigend in Kauf genommen.

Der deutsche Imperialismus konnte seine starke ökonomische Position und die politische Führung in der EU nutzen, um die Krisenlasten der letzten zyklischen Krise ab 2007 nicht nur auf die eigene Bevölkerung, sondern auch auf schwächere Länder in der EU abzuladen. Die Krise schwelte aber nach 2009 weiter, weil ein echter Aufschwung ausblieb, der vor allem die Bankbilanzen saniert hätte. Schließlich konnte der Schwelbrand im Eurosystem nur durch die Politik des „billigen Geldes“ der EZB eingedämmt werden. Das Problem der chronischen Überkapazitäten und der Massenarbeitslosigkeit, die ökonomischen Charakteristika der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wurde durch das starke Wachstum des riesigen chinesischen Marktes übertüncht. Hohen Gewinnen bei den exportierenden Konzernen standen und stehen noch negative Nettoinvestitionen gegenüber. Hunderte von Milliarden nicht abgeschriebene „faule“ Kredite drohen weiter, wie 1929 Kettenzusammenbrüche bei den Banken auszulösen. Der deutsche Imperialismus hat mit dem Euro-Rettungssys-

²⁷ siehe https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31970/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17378&year_month=201812&year_month.GROUP=1&search=Suchen

tem ein Erpressungsinstrument zur Hand nicht zuletzt gegen Italien und Spanien, deren Bankensysteme im Zusammenhang mit der hohen Staatsverschuldung besonders anfällig sind.

Die hohen Gewinne der exportorientierten Konzerne schlugen sich weniger unmittelbar in neuen Produktionsanlagen nieder, als in Investitionen zur Entwicklung einer neuen Betriebsweise in Produktionstechnik und Verwaltung, Stichwort ‚Digitalisierung‘. Die IT bestimmt seit einer Generation die Entwicklungen der Produktivkraft, die sich verdichten zu einem systemischen Anstieg auf eine neue Stufe. Der US-Imperialismus hat hier einen Entwicklungsvorsprung. Auch der deutschen Finanzoligarchie ist klar, dass die Entwicklung der Internet-Plattformökonomie noch stärker auf Weltmarktbeherrschung ausgerichtet ist als die Entwicklung der Großserienproduktion des Fordismus/Taylorismus im 20. Jahrhundert. In der BRD entsteht zum Aufholen ein staatsmonopolistisches Netzwerk von Wissenschaft, Staat und Konzernen rund um die neuen Leitkonzerne Siemens und SAP. Entscheidend für die Nutzung der neuen Technologien ist eine sichere Infrastruktur zur Speicherung von riesigen Datenmengen und direktem Zugriff, d.h. „Cloud“ und 5G-Netz. Deshalb zeigen sich hier die Linien der Machtverschiebung im Imperialismus. Die „Digitalisierung“ verschärft die Probleme der Krise in der derzeit noch zentralen Branche der BRD, der Autoindustrie. Das trifft auch die Autozulieferer und indirekt weite Teile der Gesamtwirtschaft. Diese Industrien und ihre Finanziere versuchen nun die Kosten des Digital-Umbaus über den Staat nach dem Muster der ‚Agenda 2010‘ auf den Rest der Wirtschaft abzuwälzen.

Die USA wollen verhindern, dass die VR China eine technologisch führende Nation wird. Dabei werden auch die Widersprüche im deutschen Imperialismus deutlich. Hier kommt die Zusammenarbeit des deutschen mit dem französischen Imperialismus ins Spiel. Macron hatte in seiner Rede an der Sorbonne 2017 vorgeschlagen, eine von China, aber vor allem auch von den USA unabhängige Digital-Infrastruktur in der EU aufzubauen. Nach USA-Vorbild soll das über eine militärisch-zivile wissenschaftlich-technische Schiene laufen.

Der deutsch-französische Ministerrat legte im Oktober 2019 zum Thema Datensouveränität fest, Anfang 2020 die abgestimmte ‚Plattform für eine Dateninfrastruktur‘, Projektname „Gaia X“, vorzustellen. Es bleibt zu beobachten, wie sich die digitale militärische und zivile Zusammenarbeit in der Krise entwickelt, bzw. inwieweit es den USA und ihren Interessenvertretern in der EU gelingt, zu bremsen. Die ungeklärten Fragen zwischen den beteiligten Partnern – wer soll wie viel bezahlen – bieten viele offene Flanken. Die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Seite jeder Stufe der kapitalistischen Industrialisierung, ausgerichtet auf die Steigerung der Produktivität, ist immer verbunden mit Arbeitslosigkeit und damit dem Hebel zur Verlängerung des Arbeitstags und politischer Entrechtung. Der Drang des akkumulierenden Kapitals nach Expansion der Märkte potenziert sich mit jeder neuen Stufenleiter der Produktivkräfte. Für die im Rennen um die Märkte zu kurz und zu spät gekommenen Finanzoligarchen bleibt die Option von Krieg und Faschismus.

- Aktuell kommen die Angriffe im Gewand der sogenannten „digitalen Transformation“ deren Struktur und Klassencharakter ebenso wenig hinterfragt werden soll wie zu Zeiten Marx‘, des mechanischen Webstuhls und der Dampfmaschine, oder zu Zeiten Lenins, der Elektrifizierung und des Fließbands. Im Blick zu behalten sind dabei unbedingt die Optionen der einzelnen Finanzoligarchen, die in der „Transfor-

mation“ abgehängt werden. Sie werden erfahrungsgemäß mit den ebenfalls in der Transformationsmühle zerriebenen kleinbürgerlichen Schichten von den Verlockungen einer schnelleren Aufrüstung mit dem starken Partner USA gegen Russland und China angezogen. In den mit diesem Richtungsstreit im deutschen Finanzkapital verbundenen Auseinandersetzungen bilden sich seine reaktionärsten Elemente heraus und damit die Kräfte, die als Ausweg aus der Krise auf Faschismus und Krieg setzen. In diesem Prozess ist die Gründung und Entwicklung der AfD als Plattform zur Formierung von Teilen des Kleinbürgertums zur sozialen Hauptstütze der deutschen Finanzoligarchie zu sehen (siehe unten).

- **Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus:**

Mit dem Wegfall von RGW und Warschauer Pakt zwingen die Imperialisten die um Unabhängigkeit und Befreiung kämpfenden Völker und Nationen zu massiven Zugeständnissen, die das Eindringen der Monopole in diese Länder verstärken und die Abhängigkeit vom Imperialismus erhöhen. Der 11.9.2001 wird zum Anlass genommen, um nach dem Jugoslawien-Krieg die Kriege gegen Afghanistan und Irak vorzubereiten. Mit der offen aggressiven Politik gegen die arabischen Nationen (natürlich mit von Ausnahme der hörigen Saudi- und Emirate-Fürsten u.a.) soll das Ölmonopol der Exxon, Chevron, Shell und BP verteidigt und ausgeweitet werden. Gleichzeitig ist es ein Kampf um die anderen Rohstoffquellen, die Absatzmärkte und die Anlage- und Einflussphären, also ein Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte.

Nach vielen Jahren des verlustreichen Kampfs befreit sich unter der Führung Nelson Mandelas Südafrika ab 1990 vom kolonialen Joch und dem rassistischen Apartheid-Regime. Das Eigentum der ausländischen Monopole bleibt jedoch unangetastet. Ab 1998 kommt dann Venezuela mit Hugo Chávez an der Spitze dazu. Die nach dem niedergeschlagenen (und von den USA angeleiteten) Putschversuch relativ friedliche Entwicklung dort hat linke Akademiker wie Heinz Dieterich u.a. auf den Plan gerufen, die daraus die Theorie eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ abgeleitet haben. Es soll den Sozialismus bringen ohne Änderung der Eigentums- und ohne Änderung der Klassen- und Machtverhältnisse – ohje! Seit 2018 attackiert der US-Imperialismus mit Unterstützung auch durch den deutschen Imperialismus offen die boliviarische Revolution, um das seit 2010 (Honduras) erkennbare Rollback zu befeuern – immer natürlich mit Blickrichtung auf das sozialistische Kuba, diesen wunderbaren Stachel im Fleisch der imperialistischen Geier.

- **Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen:**

Hier verweisen wir auf die zahlreichen Analysen aus der KAZ ab ihrem Wiedererscheinen 1991 mit der Nr. 212 zuletzt z.B. „Die EU, ein imperialistisches Instrument“ (KAZ 366) oder zuvor „Unser Weg aus der Krise“ (KAZ 337 zum dritten Anlauf des deutschen Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft) sowie „Wie kriegsfähig ist der deutsche Imperialismus?“ (KAZ 355 und 369)

- **Widersprüche im sozialistischen Lager und in den sozialistischen Ländern**

Natürlich gibt es auch zwischen den Ländern, die nach der großen Niederlage 1989/92 in Europa den Sozialismus verteidigen und weiter entwickeln Widersprüche. Ausführlicher haben wir dies z.B. in KAZ 347 analysiert: „Vietnam und China: Was steckt hinter dem Streit um Inseln?“ Es überwiegt heute – nicht zuletzt durch die konsequente Politik der VR China mit Xi Jinping an der Spitze – die Freundschaft

und gegenseitige Hilfe.

Die Widersprüche in den sozialistischen Ländern mit Schwerpunkt auf der VR China haben wir in den Artikel „Klassen und Klassenkampf in der VR China“ (KAZ Nrn. 362, 364, 365) untersucht.

Entstehung und Entwicklung der PDS - PDL

Im Zuge der Auseinandersetzungen 1989/90 wurde die SED als kommunistische Partei faktisch liquidiert. Am 1. Dezember 1989 strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Damit wurde die DDR auch formal führungs- und orientierungslos gemacht, nachdem in den Kämpfen des Jahres 1989 die Kapitulanten in der SED-Führung die Oberhand gewonnen und dem Imperialismus am 9. November 1989 die Tore aufgemacht hatten. Die Liquidatoren benannten die SED auf dem Außerordentlichen Parteitag vom 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) um. Am 4. Februar 1990 trennte sich die SED-PDS vom Namensbestandteil SED, der neue Name lautete dann Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Am 17. Juli 2005 wurde die PDS umbenannt in Die Linkspartei.PDS. Daraus entstand 2007 durch Verschmelzung mit der WASG die Partei Die Linke (PDL). In einem Prozess vor der Presse-kammer des Berliner Landgerichts 2009 erklärte Bundesschatzmeister Karl Holluba, die Partei Die Linke sei jedoch nach wie vor „rechtsidentisch“ mit der SED.²⁸

Einen Wendepunkt in der Einschätzung der PDS waren die Volkskammerwahlen vom 18.3.1990, die zwar mit 40,8% für die CDU ausgingen, für die SPD aber nur 21,9% erbrachten; die PDS erhielt respektable 16,4%, während die in der DDR mit der Kon-terrevolution entstandenen Parteien wie Bündnis 90 (2,9%) oder auch DSU (6,3%) und BFD (5,3%) gegenüber den Erwartungen eher bescheidene Ergebnisse erreichten. Seitdem wurde die PDS als Partei des Ostens wahrgenommen, als Partei des Widerstands gegen die schlimmsten Auswüchse bei der Einverleibung durch die Plünderer, Barbaren und Banausen aus dem Westen. Bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 erhielt die PDS über 1,1 Millionen Stimmen (= 2,4%) und erhielt 17 Mandate.²⁹ Außer Bündnis 90 (1,2%) war keine der neugegründeten Parteien aus dem Osten im Bundestag vertreten. Die im Januar 1990 gegründete KPD, der sich u.a. Erich Honecker, Eduard v. Schnitzler angeschlossen hatten, konnte keinen Masseneinfluss erlangen.

²⁸ Hintergrund sind die Auseinandersetzungen um das Vermögen der SED. Hierzu nur ein Schlaglicht: In verschiedenen Organisationen, insbesondere in der SED, aber auch in den anderen Parteien sowie den teilweise in Auflösung befindlichen Massenorganisationen versuchten Funktionäre auf verschiedenen Ebenen, die Geldbestände zu „sichern“. Angeblich beläuft sich, lt. Bundesinnenministerium das 1990 sichergestellte Vermögen der SED auf rund 1,16 Milliarden Euro. Dazu zählen nach einem – noch nicht rechtskräftigen – Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich vom 25. März 2010 128.355.788 Euro, welche 1992 spurlos von Konten der ehemaligen DDR-Handelsgesellschaft Novum und deren Tochtergesellschaft Transcarbon verschwunden waren. Alleinige Gesellschafterin der beiden Unternehmen war die Österreicherin Rudolfine Steindling, genannt „Rote Fini“. Sie hat sich das Geld 1991 von der Bank Austria bar auszahlen lassen. Die Unicredit Bank Austria muss, als Rechtsnachfolger, der Bundesrepublik Deutschland den Schaden ersetzen.

²⁹ Die alten (inkl. West-Berlin) und die neuen Bundesländer (inkl. Ost-Berlin) bildeten jeweils ein Wahlgebiet. Um in den Bundestag einzuziehen, genügte es, in einem der beiden Wahlgebiete die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Infolge dieser Sonderregelung gelang der PDS der Einzug in den Bundestag, obwohl die Partei bundesweit die fünf Prozent deutlich verfehlte. Die Mandatsberechnung und -verteilung auf die Landeslisten erfolgte jedoch auf gesamtdeutscher Ebene, so dass eine PDS-Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen (Ulla Jelpke) in den Bundestag einzog. Die Grünen waren nicht im Bundestag vertreten,

Im gleichen Zeitraum zerfielen die DKP und die meisten noch verbliebenen aus der 1968er-Bewegung entstandenen Zirkel.³⁰

Das ist der Hintergrund, vor dem die PDS zu einer Art „Projekt“ vieler linker Gruppierungen wurde. Das bedeutete Verzicht auf organisatorische Bekämpfung und bedingte Unterstützung und Zusammenarbeit (z.B. bei Wahlen oder örtlichen Aktionen), zumal die PDS zum Hassobjekt der Reaktion wurde und sich an ihr der ganze Antikommunismus und die Wut auf die DDR ausließ als angebliche Nachfolgepartei der SED.

In der PDS wird seit ihrer Etablierung und Festigung zwischen zwei Hauptlinien gekämpft: Anpassung und Einfügen in das politische System des deutschen Imperialismus als „bessere SPD“ versus Widerstand gegen Regierung und Kapital.

Die Anpasser wollen – nicht zuletzt mit Blick auf Plätze an der Futterkrippe –, dass die PDS in der BRD „ankommt“. Dafür muss über die „Stöckchen“ gehüpft werden, die das Kapital vor Eintritt in die Manege hält: Sozialismus weg, DDR-Unrechtsregime von Anfang an, Einverleibung in die BRD, billigen Klassenkampf pfui, EU-Europa alternativlos, NATO prima. Bis auf die Ablehnung der NATO und die Verweigerung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind die anderen Hürden vom Anpasserflügel bereits genommen. Dafür wurde von der herrschenden Klasse und den meisten ihrer politischen Sprecher Regierungsbeteiligung auf Länderebene zugestanden nach dem Prinzip „Ausbluten durch Einbinden“ – z.T. mit verheerenden Folgen:

Die PDS ist seit 1998 mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern in einer Koalition; vorher schon wurde Höppner (SPD)-Regierung in Sachsen-Anhalt „geduldet“, also letztlich unterstützt. Besonders verheerend wird die Koalition der PDS in Berlin ab 2002 (bis 2011). Die PDS-Beteiligung an der Regierung dient dazu, den von der CDU-Vorgänger-Regierung zu verantwortenden Ruin Berlins mit den entsprechenden Bankpleiten und zugehörigen Korruptionsaffären (vor allem Berliner Bank, die nur durch Milliarden-Hilfen gerettet wird) auf die Werktätigen abzuwälzen.³¹ Gysi, der diese Koalition in der PDS durchgesetzt hatte, wird im Januar 2002 Bürgermeister, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Ende Juli tritt er im Zuge der von der Bild-Zeitung angestoßenen „Bonusmeilen-Affäre“ und aus „persönlichen Gründen“ zurück. Dadurch hält er sich die Weste sauber. Und die PDS-Führung reichte die Hand zu dem brutalen Sparkurs (u.a. massiver Verkauf von im staatlichen Besitz befindlichen Wohnungen, anhaltende Schlechterstellung der Kollegen im Ostteil der Stadt) unter dem berüchtigten Finanzminister Thilo Sarrazin.³²

dagegen das später einverleibte Bündnis 90 mit 8 Mandaten vertreten.

30 Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD spaltete sich 1990. Wir beschlossen angesichts der Niedergeschlagenheit, Zerfahrenheit und Desorientierung der gesamten kommunistischen Bewegung weltweit, uns an die Wiederherausgabe unserer Zeitung, der KAZ, zu machen unter dem Namen Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (KAZ-Fraktion). Nicht weil wir meinten, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben, sondern um im Austausch und in Auseinandersetzung mit den verbliebenen revolutionären Kräften Antworten zu finden, auf die Frage zu finden: Wie konnte es zum Sieg der Konterrevolution in Europa kommen und welche Schlüsse sind daraus für die Arbeiterbewegung zu ziehen? Die KAZ 212 erschien im November 1990 regelmäßig als Monatszeitung. Ab 1996 wird die KAZ von der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung herausgegeben, seit 1997 vierteljährlich im heutigen Format.

31 Die sanierte Bank wurde übrigens 2006 verkauft – an die Deutsche Bank.

32 Hier sind auch die Äußerungen von Gysi aus den Enthüllungen von wikileaks anzuführen, als er sich in

Die sozialgrüne Schröder/Fischer – Regierung ist 2004 unter massivem Beschuss: Einerseits durch die eigene Basis, wegen der Angriffe auf die Sozialkassen und auf Errungenschaften der Arbeiterbewegung (Hartz IV etc.). In dieser Regierung sind ja zudem die Auswürfe der Nach-68er-Bewegung und der verschiedenen Zirkel versammelt: Ulla Schmidt (KBW), Jürgen Trittin (KB), Antje Vollmer (KPD/AO), Josef Fischer (Sponti/Basisgruppen), Joscha Schmierer (KBW). Neben den sozialen Angriffen macht die Kriegspolitik dieser Regierung seit dem Jugoslawien-Krieg und schließlich seit dem „Krieg gegen den Terror“ 2001 deutlich, dass auch eine solche Regierung die Geschäfte des Kapitals nicht nur besorgt. Es wird deutlich, dass die Interessen des Kapitals nur mit dieser Regierung durchgesetzt werden konnten, um den Widerstand möglichst gering zu halten.

In dieser Situation gilt es für die herrschende Klasse einer Radikalisierung auf der Linken zuvorzukommen. Neben der Korrumpierung und Desorientierung von Linken durch den Terrorismus (siehe Enzensberger, Grass, Walser... etc.) und durch die anwachsende „antideutsche“ Strömung³³ ist dies auch die objektive Rolle der WASG. Sie ist zudem eine Gründung gegen die PDS. Der PDS soll der Anspruch einer linken Massenpartei und der Rolle als Sprecherin des Ostens genommen werden. Eine kritische Haltung der WASG zur imperialistischen Einverleibung ist nicht bekannt. Der Sozialismus als Ziel (auch nicht in der Form des berüchtigten „demokratischen Sozialismus“) wird nicht benannt. Im Endeffekt wirkt die WASG so, dass die PDS noch akzeptabler für das Kapital wird und Lafontaine in den sozialen Fragen links blinken und in der nationalen Frage bei Gauweiler parken kann.

Die WASG wurde am 3.7.2004 als Verein gegründet: Wahlalternative soziale Gerechtigkeit. Als Initiatoren fungieren zunächst mittlere Gewerkschaftsfunktionäre aus Süddeutschland (u.a. Händel/Fürth, Klaus Ernst/Schweinfurt) Als Partei gründet sich die WASG im Januar 2005. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 ziehen WASG-Mitglieder auf den Listen der umbenannten PDS (Linkspartei.PDS) ins Parlament ein. Wegen der Zusammenarbeit mit der PDS gibt es in der WASG heftige Auseinandersetzungen von Seiten der Troztkisten (Luzy Redler, SAV) und von den Rechten aus dem Leverkusener Kreis. Die PDS-Führung verlangt als Voraussetzung für ein Zusammengehen ein Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“. Das Programm der WASG lehnt sich an linkssozialdemokratischen Forderungen aus den 70er Jahren (Mitbestimmung, Investitionslenkung, Verstaatlichung, Wirtschaftsdemokratie) an. Ehemalige SPD-Führer wie Lafontaine und Maurer stoßen ab Juni 2005 zur WASG.

Diesmal wird die USPD schon ohne Weltkrieg oder revolutionäre Situation aus der Taufe gehoben. Die Auseinandersetzung in der WASG und nach dem Zusammenschluss mit der PDS wird darum geführt, ob die Partei sich als neue Sozialdemokratie etabliert und dafür dem Sozialismus, dem Klassenkampf und der DDR abschwört und dafür der Nato, der EU und Deutschland (imperialistisch) zuschwört.

der USA-Botschaft in Berlin brüstet, die PDS auf nationalen Kurs gebracht zu haben.

33 s. hierzu ausführlich KAZ 317: „Antideutsche“ – Im Sumpf verrannt (dabei auch mit einer Auseinandersetzung zur „Wertkritik“), KAZ Nr. 355 „Querfront“ – Rosstäuscher am Werk, KAZ 361 „Falsche Fährten“.

Im Juni 2007 wird auf dem Parteitag in Berlin die „Partei Die Linke“ als Zusammenschluss von PDS und WASG gegründet. Die Partei hatte damals 70.000 Mitglieder (2018 rd. 62.000). Die Bundestagswahl 2009 wird mit drei wesentlichen Forderungen bestritten: Raus aus Afghanistan, Weg mit Hartz IV, Mindestlohn. Sie erreicht mit 11,9% ihr bisher bestes Ergebnis. Die Hoffnungen, dass dadurch ein Massenaufschwung der Arbeiterbewegung entstehen, dass der Widerstand in die Betriebe oder auf die Straße getragen werden könnte, werden im Weiteren enttäuscht. Versuche zur Wiederbelebung der Massensorientierung wie mit „Aufstehen“ können in der etablierten Partei nicht durchgesetzt werden. Sie bleiben angesichts der Erkenntnis, dass führende Repräsentanten nicht über den Horizont eines „Kapitalismus ohne Gier“ hinausgehen und sich lediglich in gesicherten Staatsgrenzen ein besseres Dasein für Deutsche ohne Migration und Flüchtlinge wünschen, in den Startlöchern stecken.

Mit der zunehmenden Orientierung auf das städtische Kleinbürgertum führt der Anpasserflügel die Partei zunehmend weg von der Arbeiterklasse und vom „Osten“ und den in den „Blühenden Landschaften“ Abgehängten. In das entstehende Vakuum versucht die AfD einzudringen.

Als kommunistische, revolutionäre Partei hat sich weder die PDS noch die WASG noch die PDL je verstanden.

Kommunisten wären deshalb schlecht beraten, würden sie auf die Zerschlagung der PDL setzen oder zu Spaltungen anspornen. Sie haben den Aufbau der Kommunistischen Partei zu betreiben, um die Arbeiterklasse aus dem Schlepptau der Bourgeoisie zu holen. Die Schlepptau haben Namen: sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsführung, rechte Führer der SPD und führende „Anpasser“ aus der PDL. Die gilt es zu isolieren! Wodurch? Durch eine revolutionäre Politik für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Dabei gilt es insbesondere bei der PDL zu berücksichtigen, dass sie eine Partei ist, die sich noch so sehr bemühen kann, in der BRD „anzukommen“, bürgerlich zu werden – die Reaktionäre lassen sie nicht. Der PDS haftet der Geruch der Arbeiterbewegung, des Sozialismus an, den bekommt sie auch durch Anpassung und Verbiegung/Verbeugung nicht weg. Insofern ist man an die SPD erinnert, die doch nach dem 1. Weltkrieg so sehr dem Kapital zu Diensten war und ihm die Herrschaft gerettet hatte, sich gegen die Kommunisten abgestrampelt hatte, aber 1933 verfemt wurde und viele Genossen den Kurs der SPD-Führung im KZ büßten.

Die Gründung der AfD und ihr Stellenwert im deutschen Imperialismus

Die Gründung der AfD

Die politische Situation 2013 war gekennzeichnet durch eine weitere Verschärfung der grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus und des Widerspruches zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten in der Gesellschaft.

Seitens der verschiedenen Kapitalfraktionen entbrannte ein erbitterter Streit über den Umgang mit Griechenland und über die Haltung zum Euro und zur EU im Gefolge der schweren Weltwirtschaftskrise 2007/08. Man kann die Gründung der AfD im Februar 2013 als Anti Euro bzw. Anti EU-Partei kennzeichnen. Das reichte noch nicht ganz für den Einzug in den Bundestag 2013. Mit 4,7% wurde das angestrebte Ziel aber nur knapp verfehlt. Erst die ansteigenden Zahlen bei der Zuwanderung in den Folgejahren brachten der AfD den parlamentarischen Durchbruch und die Vertretung in allen Parlamenten.

Nochmals zurück zur Gründungsphase.

Der Gründung der AfD vorausgegangen ist eine Phase der Sammlung verschiedenster Akteure aus dem liberalen, nationalistischen und reaktionären Milieu, die sich in diversen Sammlungsbewegungen zusammenfanden. Sie einte die Kritik an der Europapolitik der Regierung und die Kritik an den etablierten Parteien. Darunter auch eine Reihe sogenannter Mittelständler, die ihre Existenz bedroht sahen. Im kommunistischen Manifest werden sie wie folgt charakterisiert:

„Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen...Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft...wird ...bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“

Genannt seien solche Zusammenschlüsse, wie „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, „Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft“ oder „Bund freier Bürger“. Die AfD Gründungsmitglieder Karl Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty und Bruno Bandulet haben ihre politische Karriere allesamt beim „Bund freier Bürger“, begonnen.

Die Gründer der AfD waren eng mit Wirtschaft und Kapital verbunden, z.B. Hans-Olaf Henkel, der unterschiedliche Positionen der bundesdeutschen Wirtschaft innehatte. Von 1995 bis 2000 war er beispielsweise Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Ergänzt durch Personen die im „Politzirkus“ bereits erfahren waren, wie z.B. dem ehemaligen CDU-Rechtsaußen Alexander Gauland war der Einzug ins Europaparlament (2014) ein erster Achtungserfolg mit 7,1%. Die AfD entstand **also** aus dem wirtschaftsliberalen, nationalkonservativen, reaktionären und völkisch gesinnten Milieu.

„Die ideologisch-programmatische Grundlage bezieht die AfD aus dem ethischen Nationalkonservatismus, der von den Kreisen des „Alldeutschen Verbandes“ politikwirksam begründet, sowohl in der Weimarer Republik als auch im Deutschland des Faschismus gepflegt wurde“. (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform 1/2017/S.35/ Prof. Dr. Anton Latzo „Partei Alternative für Deutschland“ – wo führt das hin?)

Die Gründung und der Aufbau erfolgte also nicht im luftleeren Raum, sondern die äußeren Bedingungen wie die zunehmende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, die Verstärkung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, die Expansion des deutschen Imperialismus, sowie die Stärkung seiner politischen Rolle auf der Weltbühne sind dabei entscheidende Faktoren.

Die AfD hat es inzwischen geschafft, dass „eine zunehmende Zahl von führenden Mitgliedern hohe Ämter im Militär, im Staatsapparat, an den Universitäten bekleiden. Die Führenden der AfD kommen aus elitären Kreisen der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist nicht der Rand, der sich trifft.“ (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform a.a.O. S.34)

Die AfD ist nationalistisch, chauvinistisch, rassistisch und antisemitisch!

Die AfD ist „Fleisch vom Fleische“ des deutschen Imperialismus.

Die AfD ist „Fleisch vom Fleische“ der bundesdeutschen Staatsparteien!

Aber:

Ist die AfD eine faschistische Partei?

Die AfD ist keine faschistische Partei!

Was unterscheidet sie von einer faschistischen Partei?

Bisher – und das ist ein entscheidendes Kriterium – verzichtet die AfD auf den Unterhalt terroristischer Banden und Bataillone. Faschistische Parteien und Organisationen tun das i.d.R. nicht. Wichtig ist auch, dass die AfD bisher (noch) daraufsetzt, dass sie ihre Ziele im Rahmen der bürgerlichen Demokratie erreichen kann, während eine faschistische Partei offen, für die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie eintritt.

Was aber nicht heißt, dass offene Faschisten wie z.B. Höcke, keine führende Rolle in der AfD innehaben können oder es Kooperationen mit faschistischen Gruppen gibt (z.B. Pegida, 3.Weg, Bürgerwehren...). Dies kommt keiner Verharmlosung der AfD gleich. Jedoch ist noch nicht definitiv entschieden, wie sich die AfD in Zukunft weiterentwickelt.

Welche spezifische Rolle kommt der AfD zu?

Spezifische Funktion der AfD ist es, das bestehende „Herrschaftssystem“ von rechts infrage zu stellen: „Die bescheißen uns“, „Migranten sind schuld an der sozialen Not“ usw.

Das „Volk“ soll mobilisiert werden für den Zeitpunkt, wenn die Oberen nicht mehr in der Lage sind zu regieren und das Volk sich nicht mehr regieren lässt. Die Unterdrückten und Ausgebeuteten sollen mit Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus infiziert werden!

Die AfD hat den klaren Klassenauftrag, „einen starken Staat aufzubauen...die Militarisierung der Gesellschaft abzusichern...mit Hilfe politischer und sozialer Demagogie in den Mittelschichten und in der Arbeiterklasse die Anhänger für die Politik der Sicherung des kapitalistischen Systems unter den Bedingungen der Krise und für die Durchsetzung einer reaktionären und aggressiven Innen- und Außenpolitik zu mobilisieren“ (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, a.a.O.)

Hinter der AfD steht ein bestimmter Teil des Finanzkapitals, der (noch) nicht offen hervortritt, der (noch) nicht faschistisch ist. Das ist auch in der jetzigen Situation (noch) nicht notwendig. Die Herausbildung und Formierung entsprechender Fraktionen ist bei weitem nicht abgeschlossen.

Aber diese Kräfte des Kapitals sind bei Bedarf durchaus geneigt, die Option des Faschismus als Herrschaftsform zur Durchsetzung und Absicherung des Monopolprofites zumindest in Erwägung zu ziehen.

Die AfD ist also Ausdruck einer wachsenden Bereitschaft bei Bedarf auf Faschismus zu setzen. Die Option des Faschismus wird somit diskussionsfähig gemacht und in die Öffentlichkeit getragen. Faschisten wie Höcke u.a. werden salonfähig gemacht.

Die AfD ist auch Ausdruck einer Neuformierung und Neuorganisierung der verschiedenen Kapitalfraktionen und somit auch der bundesdeutschen Parteienlandschaft, was vor dem Hintergrund der Stärkung und der Gelüste des deutschen Imperialismus im internationalen Maßstab nur allzu verständlich ist. Eine solche Neujustierung innerhalb der verschiedenen Kapitalfraktionen und innerhalb der bürgerlichen Parteien geht nicht reibungslos über die Bühne und war in der bundesdeutschen Geschichte schon öfter zu beobachten (NPD, Republikaner, weiterhin Drohungen der CSU mit einer bundesweiten Partei) und jetzt auch verschärft innerhalb der AfD selbst.

Die neuen Aufgaben nach außen erfordern zwingend auch „Neues Reaktionäres“ im Innern.

Das Weltmachtstreben mit Kriegen, Aufrüstung und Militarisierung ist ohne verschärften Nationalismus und Chauvinismus nun mal nicht zu bewerkstelligen und zu bekommen – das hat die Geschichte gezeigt. Und genau das treibt die AfD verschärft voran, indem sie einen starken Staat nach außen und innen fordert und auf die ethnische „völkische“ Einheit der Nation pocht.

Und selbstverständlich darf der Rassismus nicht fehlen. Er ist gleichsam das Schmiermittel zur möglichst reibungslosen Funktionsweise im Innern und zur Durchsetzung der Ambitionen nach außen.

Damit wird bewusst die Spaltung der Arbeiterklasse vorangetrieben (Deutsche gegen Nicht-Deutsche usw.) und versucht eine klassenunspezifische Denk- und Handlungsweise zu erzeugen, nach dem demagogischen Motto „Wir sind das Volk“. Einmal mehr soll auf diese Art und Weise abgelenkt werden, dass wir in einer Klassengesellschaft leben und unsere Interessen mit denen des Kapitals nichts gemein haben.

Es ist spezifische Aufgabe der AfD – Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus – in die Klasse zu tragen.

Die AfD vertritt in jeder Hinsicht eine nationalistische, chauvinistische und zutiefst rassistische Programmatik und Politik.

Die AfD ist offen für faschistische Kräfte und hat das Zeug faschistische Entwicklungen zu fördern. Im AfD-Programm ist die Rede von der Partei „des gesunden Menschenverstandes“ bei den Nazis hieß dies bekanntlich „das gesunde Volksempfinden“.

Rolle und Stellenwert der AfD im deutschen Imperialismus

Die Analyse der faschistischen Gefahr ist – wie bereits betont – untrennbar verbunden mit der Analyse des Imperialismus weltweit und der Entwicklung des deutschen Imperialismus im Speziellen.

In der KAZ 355 wird unter dem Titel „Wie kriegsfähig ist der deutsche Imperialismus?“ eine kurze Bestandsaufnahme gegeben und die Tendenz sichtbar gemacht, „die den deutschen Imperialismus für das kommende Jahrzehnt erneut in der Rolle des Brandstifters sehen wird.“ Diese Tendenz wird zurzeit durchgesetzt mit der verlässlichen sozialen Hauptstütze des deutschen Imperialismus, der Arbeiteraristokratie, vertreten durch die rechten sozialdemokratischen Führer. Es muss aber damit gerechnet werden, dass es im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wie sie sich nach 1945 und in neuer Form nach 1989 entwickelt hat, zu einer tiefgehenden, langanhaltenden ökonomischen Krise und einer massiven Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche kommen wird. Wann das genau sein wird und welche Form die daraus entstehende politische Krise annehmen wird, lässt sich heute nicht sagen. Wir müssen aber davon ausgehen, dass dann die faschistische Gefahr eine unmittelbare Bedrohung wird und die reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals auf den Desperado-Weg gehen und Kurs nehmen auf den Austausch der soliden Stütze der Arbeiteraristokratie durch die wildgewordenen Kleinbürger. Das schließt natürlich nicht aus, dass die faschistischen Kräfte heute schon von Zeit zu Zeit gestärkt und losgelassen werden, um zu testen, wie weit man bereits das politische Klima nach rechts verschieben und die Arbeiteraristokratie und ihre Führung nach rechts drücken kann. Denn rechtes Klima mit der Sozialdemokratie als Feigenblatt und zur Lähmung der Arbeiterklasse, damit kann und konnte die deutsche Finanzoligarchie lange und gut leben. (vgl. dazu auch KAZ 363/S.23-24)

Die sich seit 2018 entwickelnde zyklische Krise des Kapitalismus verschärft alle Widersprüche im Imperialismus noch weiter und betrifft sehr stark vor allem auch (nicht nur wegen der starken Exportabhängigkeit) den deutschen Imperialismus. (vgl. KAZ 368/S.22-25)

Solange es den deutschen Monopolen nämlich noch gelingt, weltweit relativ ungehindert „frei“ mit Waren und Rohstoffen zu handeln und im Innern gut qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, die jederzeit wegrationalisiert werden können und solange es eine einflussreiche Schicht bessergestellter, „bestochener“ Arbeiteraristokraten gibt, die dieses Spiel gerne mitspielen, solange also relative Ruhe im Lande herrscht, also sozial-

partnerschaftlicher Betrug funktioniert, fährt das Kapital gut damit bzw. bevorzugt das Kapital diese Variante im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, **die Variante des parlamentarischen und sozialpartnerschaftlichen Betruges!**

Das funktioniert solange, bis die „Krise“ kommt. Mit allen Begleiterscheinungen für das Kapital und für uns. Dann steht die bürgerliche Demokratie zur Disposition; **dann steht auch in der Konsequenz der Nutzen der Arbeiteraristokratie als soziale Hauptstütze infrage.** Und um ihre angestammten Privilegien nicht zu verlieren in diesem Prozess, sind die sozialdemokratischen Führer zu nahezu jeder Drecksarbeit für das Kapital bereit, aber sie verlieren dadurch zunehmend an Einfluss auf die Arbeiterklasse und bringen zunehmend weniger Nutzen für das Kapital. Ein fataler Teufelskreis für die Sozialdemokratie selbst denn jetzt werden die Faschisten zunehmend interessant für das Finanzkapital (offene, terroristische Diktatur, Volksgemeinschaft, Expansion nach außen und Kriegsvorbereitung...). Dieser Prozess ist zurzeit in vollem Gange: Zerfallerscheinungen in der EU; Handelskrieg und dadurch Druck auf die deutschen Exporte...

Wie wir wissen, wächst die Gefahr von Faschismus und Krieg, insbesondere wenn der deutsche Imperialismus bei seiner Expansionspolitik nach außen und seiner Ausbeutungs- und Verelendungspolitik nach innen an Grenzen stößt bzw. wenn ihm Widerstand entgegengebracht wird.

Wie wir auch wissen, kommt die Gefahr des Faschismus von den aggressivsten Teilen des deutschen Finanzkapitals (Offensive des Monopolkapitals, unter Führung der aggressivsten Teile des Finanzkapitals, die vor Faschismus und Krieg nicht zurückschrecken).

Das starke Anwachsen der AfD ist allerdings nicht Ausdruck, dass wir unmittelbar vor dem Faschismus stehen, aber es ist Ausdruck dafür, dass es innerhalb des Finanzkapitals eine wachsende Bereitschaft gibt, bei Bedarf auf kleinbürgerliche Schichten (incl. Lumpenproletariat und Lumpenbourgeoisie) als soziale Hauptstütze zu setzen und die sozialdemokratische Arbeiteraristokratie, mit ihrem Einfluss auf die besser gestellten Arbeiter und auf die Gewerkschaften, zu ersetzen.

Mit dem Faschismus als unmittelbar drohender Gefahr zu spielen, bedeutet die rechten sozialdemokratischen Führer aus der Schusslinie zu nehmen, ihr Kungeln mit dem Kapital zu verharmlosen, wohl wissend, dass durch SPD-getragene Agenda-Gesetze, Bankenrettung, Überwachungsstaat, Kriegseinsätze, dass durch Herren wie Scharping, Schröder, Hartz, Clement, Steinbrück und Gabriel mehr Leute den Rechten und Faschisten in die Arme getrieben wurden als durch faschistische Propaganda selbst.

Die Fehleinschätzung, dass der Faschismus vor der Tür stünde, führt dazu, das Wirken der rechten sozialdemokratischen Führer zu unterschätzen und den Kampf dagegen zu lähmen: gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen den Ausbau des staatlichen Repressionsapparats, gegen die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegsvorbereitungen, gegen die soziale Desorientierung durch die Propagierung des Friedens mit der Bourgeoisie, gegen die Sozialpartnerschaft, gegen den Standortchauvinismus und die dadurch wachsende Flanke zum bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus.

Dimitroff weist im Abschnitt „Die Festigung der kommunistischen Parteien“ auf die Fortschritte hin, die die Parteien der KI seit 1928 gemacht hatten: *„Nach dem VI. Kongress ... wurde ein erfolgreicher Kampf gegen die Tendenz der opportunistischen Anpassung an die Verhältnisse der kapitalistischen Stabilisierung und gegen die Ansteckung mit reformistischen und legalistischen Illusionen geführt.“* Deshalb kann Dimitroff ausführen: *„Unsere Bereitschaft, zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, verbinden wir und werden wir verbinden mit dem unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis des Kompromisses mit der Bourgeoisie und folglich auch gegen jedes Eindringen dieser Ideologie in unsere eigenen Reihen.“*

Dimitroff zeigt umfassend, worum es geht:

„Der Faschismus konnte vor allem zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen.“ (Vgl. KAZ 367/S.13)

Wie weit das vor 1933 ging, kann man bei Kurt Gossweiler nachlesen:

„Die rechten Führer der Sozialdemokratie waren für die Bourgeoisie deshalb gerade in dieser Periode der Vorbereitung der faschistischen Diktatur unentbehrlich, weil sie die Gewähr dafür boten, dass sie die von ihnen beherrschten Arbeiterorganisationen für die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse einsetzen würden.“

„Brüning führte einen Scheinkampf gegen die NSDAP (so verfügte er zum Beispiel im April 1932 die Auflösung der SA und SS), womit er drei Fliegen mit einer Klappe schlug.

Er erleichterte den SPD-Führern die Rechtfertigung ihrer Tolerierungspolitik, er verschaffte der Naziartei den Nimbus einer verfolgten ‚revolutionären‘ Bewegung und hatte gleichzeitig den Vorwand für die verstärkte Terrorisierung der KPD im Namen der ‚ausgleichenden Gerechtigkeit.“ (vgl. KAZ 363/S.24)

D.h. es geht heute darum, das Zusammenspiel und die Konkurrenz im rechten Lager und damit die zwei Seiten der Interessen des Monopolkapitals – Terror durch die Faschisten und Massengewinnung durch die bürgerlichen Kräfte – genauestens zu untersuchen und Konsequenzen für unsere Strategie und Taktik zu ziehen.

Denn für den Fall, dass der Faschismus unmittelbar droht, ist auf ein Umstellen

der Taktik zu orientieren: Statt Kampf um das Herankommen an die Revolution und dementsprechend Kampf gegen die sozialdemokratische Führung als dem Haupthindernis innerhalb der Arbeiterklasse (was aber nicht bedeutet, dass wir bei bestimmten Punkten mit der Sozialdemokratie konkrete Einheitsfrontpolitik machen) – Kampf um den Erhalt der bürgerlichen Demokratie gegen die Faschisten unter Einbeziehung der sozialdemokratischen Führer, die selbst von den Faschisten bedroht werden. (vgl. KAZ 363/S.24)

Die verheerende Politik der SPD und der Frust in der Bevölkerung darüber (Niedermachen der DDR, Hartz IV, Kriege...) haben der AfD und den faschistischen Kräften Auftrieb verliehen, die diese Stimmung geschickt für ihre Zwecke genutzt haben.

D.h. Regierung und Kapital haben unter der aktiven Beteiligung der rechten sozialdemokratischen Führer erst die faschistische Ideologie hochkommen lassen, deshalb gilt es den Sozialdemokratismus zu bekämpfen (vgl. KAZ, 357 S.8 – 9).

Im imperialistischen Deutschland sind alle bürgerlichen Parteien von der AfD bis zur SPD Filialen der einen großen Partei der deutschen Monopolbourgeoisie. Diese Filialen drücken dabei die verschiedenen Interessen der einzelnen Teile, der einzelnen Fraktionen und Elemente des deutschen Monopolkapitals aus. Die zahlenmäßig kleine (zahlungsfähig natürlich sehr große) Monopolbourgeoisie braucht zu Absicherung ihrer Herrschaft staatliche Repressionsorgane, aber auch Rückhalt in der Gesellschaft. In relativ friedlichen und stabilen Zeiten der Ausbeuterordnung hat sie sich seit Ende des 19. Jahrhunderts als soziale Hauptstütze die Arbeiteraristokratie herangezogen, wie wir mit Lenin wissen. Diese soziale Hauptstütze hat sich in ihrem Sinn auch in Zeiten des Krieges und der Revolution bewährt. Dafür stehen die Namen Ebert, Scheidemann und Noske. **Für den Fall, dass die staatliche Repression nicht mehr ausreicht, für den Fall, dass die Arbeiteraristokratie ihren Einfluss verlieren sollte, um die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ruhig zu halten, für den Fall, dass sie den Aggressionskurs nach Innen und Außen nicht aktiv mitmachen will, sucht die Monopolbourgeoisie im buntscheckigen Kleinbürgertum eine Alternative als soziale Hauptstütze.** Das ist gegenüber der „soliden“ Arbeiteraristokratie mit ihrer Verankerung in den Oberschichten der Arbeiterklasse ein riskanter Weg. Denn das Kleinbürgertum ist durch den Kapitalismus und verstärkt im Imperialismus in seiner Existenz bedroht durch das Monopolkapital selbst. Hier wird der Widerspruch eklatant, dass Teile des Volks (objektiv im Widerspruch zum Monopolkapital) zur Unterstützung ihres ärgsten Feindes herangezogen werden sollen. Demgegenüber sichert der Imperialismus ja geradezu die Existenz und das Wachstum der Arbeiteraristokratie in den Metropolen.

Wie diese soziale Stütze organisiert wird, ob in Massenbewegung, vernetzten Gruppen, Partei usw., auf welcher ideologischen und politischen Grundlage und mit welcher Taktik dies geschieht, wird durch den Klassenkampf und durch die Auseinandersetzungen in der Monopolbourgeoisie und im Kleinbürgertum selbst, erprobt und entschieden. In diesem Kontext erst kann geklärt werden, ob eine Partei faschistisch ist.

Die AfD konnte und kann Stimmen einsammeln nicht nur aus den Resten des alten Nazi-Sumpfes der NPD, Republikaner etc., sondern auch von EU- und Agenda-Verlierern, wo ihnen keine Alternative von links angeboten wurde und wird. 15% der Gewerkschaftsmitglieder wählten bei den Bundestagswahlen 2017 AfD im Vergleich zu 13% der Gesamtwähler. Die AfD konnte der Finanzoligarchie ein Auffangbecken von rechts bieten. Das ist das Rezept, mit dem sich die AfD erfolgreich an die finanzoligarchischen Fleischtöpfe bringt: Der Herrschaftsform des Faschismus die ideologische Tür öffnen, den Opfern des Monopolkapitals eine „Lösung“ anbieten und gleichzeitig die demokratische Herrschaftsform offen angreifen, vor allem die Gewerkschaftsfreiheit. (vgl. KAZ 361.S.8)

